

Pressemappe

des Thüringer Innenministeriums

Verfassungsschutzbericht

2012

Verfassungsschutzbericht

Freistaat Thüringen

2012

Pressefassung

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
I. Einige Informationen zum Verfassungsschutz	7
1. Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie	7
2. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)	9
II. Rechtsextremismus	12
1. Überblick	12
1.1 Das rechtsextremistische Personenpotenzial in der Bundesrepublik	12
1.2 Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen	13
2. Ideologischer Hintergrund	14
3. Rechtsextremistische Parteien	15
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	15
3.1.1 Der Bundesverband der NPD	16
3.1.1.1 Entwicklung der Partei	16
3.1.1.2 Ideologie der Partei	19
3.1.1.3 Strategie der Partei	20
3.1.2 Der Thüringer Landesverband der NPD	22
3.1.2.1 Entwicklung des Landesverbands	22
3.1.2.2 Kreisverbände	23
3.1.2.3 Personelle Zusammensetzung	24
3.1.2.4 Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten	25
3.1.2.5 Publikationen/Internet	26
3.1.2.6 Aktivitäten des Landesverbands	28
3.1.2.7 Bewertung und Ausblick	35
3.1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	35
3.1.4 „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)	37
4. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)	38
4.1 Ideologischer Hintergrund	38
4.2 Organisations- und Aktionsformen der Neonaziszene im Allgemeinen	38
4.3 Zusammenarbeit mit der NPD	41
4.4 Die Neonaziszene in Thüringen	42
4.4.1 Kameradschaften	42
4.4.2 „Autonome Nationalisten“ (AN) in Thüringen	46

4.4.3	Sonstige Personenzusammenschlüsse	46
4.4.4	Vereinsaktivitäten von Neonazis	51
4.4.5	Gewaltpotenzial der Neonaziszene	53
4.4.6	Aktivitäten und Themenschwerpunkte der Neonaziszene	53
5.	Subkulturell geprägte Rechtsextremisten.....	57
5.1	Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen	57
5.2	Erscheinungsformen, Botschaften und Wirkung rechtsextremistischer Musik	58
5.3	Produktions- und Vertriebsstrukturen	60
5.4	Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen	61
5.5	Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen	62
5.6	Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen	63
6.	Immobilienutzung und Internetaktivitäten von Rechtsextremisten.....	66
6.1	Von Rechtsextremisten genutzte Immobilien in Thüringen	66
6.2	Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten	69
7.	Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen	71
8.	Politisch motivierte Kriminalität – Rechts im Überblick.....	73
III.	Linksextremismus	74
1.	Überblick	74
2.	Ideologischer Hintergrund	75
3.	Autonome	76
3.1	Allgemeines	76
3.2	Die autonome Szene in Thüringen	78
3.3	Thüringer Autonome und ihr „Antifaschismus“-Verständnis.....	80
3.4	Autonomer „Häuserkampf“	88
4.	Anarchisten	89
4.1	„Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)	89
5.	Marxistisch-leninistische Parteien und sonstige Gruppierungen	90
5.1	„Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“	90
5.2	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).....	92
5.3	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	94
5.4	„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	96
5.5	„Rote Hilfe e. V.“ (RH)	98
6.	Politisch motivierte Kriminalität – Links im Überblick	100

IV.	Islamismus/ Ausländerextremismus	101
1.	Überblick	101
2.	Islamismus	102
2.1	Internationaler islamistischer Terrorismus	103
2.1.1	Aktuelle Entwicklungen	103
2.2	Die Lage in Thüringen	105
2.2.1	Salafistische Bestrebungen	105
2.2.2	„Muslimbruderschaft“ (MB)	108
2.2.3	„Tablighi Jama’at“ (TJ – Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)	110
2.2.4	„Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)	111
3.	„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	113
3.1	Überblick, allgemeine Lage	113
3.2	Organisatorische Situation/Strukturen	115
3.3	Finanzierung	116
3.4	Propaganda und Themenschwerpunkte	116
V.	Scientology-Organisation (SO)	118
1.	Verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO	118
2.	Organisationsstruktur	119
3.	SO in Thüringen	119
VI.	Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen.....	120
VII.	Organisierte Kriminalität (OK)	123
1.	Aufgaben des Verfassungsschutzes	123
2.	Bundesweit agierende kriminelle Rockergruppierungen	124
3.	Lage in Thüringen	125
4.	Rocker und Rechtsextremismus.....	126
VIII.	Spionageabwehr	127
1.	Überblick	127
2.	Methoden der Nachrichtendienste	128
3.	Wirtschaftsspionage	129
4.	Proliferation	131
5.	Fazit	132

IX.	Geheimchutz.....	133
1.	Allgemeines.....	133
2.	Personeller Geheimchutz	133
3.	Materieller Geheimchutz.....	134
4.	Sonstige Überprüfungen	136

I. Einige Informationen zum Verfassungsschutz

1. Verfassungsschutz – Instrument der streitbaren Demokratie

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Freistaats Thüringen garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Freiheit. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit der Weimarer Verfassung ist es die Aufgabe der Gesellschaft, denjenigen Kräften entgegenzuwirken, die die freiheitliche demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Das Grundgesetz legt folglich nicht nur die Prinzipien des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats fest, es trifft auch Vorkehrungen zu seinem Schutz.

Die streitbare Demokratie beschreitet – notwendigerweise – einen schwierigen Weg, indem sie auch gegenüber ihren Gegnern grundsätzlich Toleranz übt. Denn auch Personen, Vereinen und Parteien, die den demokratischen Rechtsstaat beseitigen wollen, stehen die Freiheitsrechte – wie zum Beispiel das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht – zu.

Jedoch liefert sich die streitbare Demokratie den Bestrebungen politischer Extremisten nicht tatenlos aus. So sind beispielsweise nach den Artikeln 9 und 21 des Grundgesetzes das Verbot verfassungswidriger Parteien und Vereine oder nach Artikel 18 die Aberkennung von Grundrechten möglich. Außerdem verfügt unser Rechtsstaat über effektive Institutionen, deren Aufgabe darin besteht, als „Frühwarnsystem“ politischen Extremisten entgegenzuwirken und die konstitutiven Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung abzusichern. Ein wesentliches Element der streitbaren Demokratie stellen die 17 Verfassungsschutzbehörden dar, die der Bund und die Länder unterhalten. Im Freistaat Thüringen ist die Verfassungsschutzbehörde als Landesoberbehörde 1991 errichtet worden.

Die Verfassungsschutzbehörden gehen vor allem der Frage nach, aus welchen Parteien und Gruppierungen sich das extremistische Spektrum zusammensetzt und welche Ziele es verfolgt. Ebenso klären sie Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste auf. In einigen Bundesländern, darunter Thüringen, beobachtet der Verfassungsschutz auch Bestrebungen der Organisierten Kriminalität (OK). Die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden sollen es den zuständigen Stellen ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie solcher Gefahren zu treffen, die von Aktivitäten der OK ausgehen.

Der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht dient der Unterrichtung der Öffentlichkeit über verfassungsschutzrelevante Bestrebungen. Diese ist dann geboten, wenn auf Tatsachen gestützte Anhaltspunkte vorliegen, die in ihrer Gesamtschau zu der Bewertung führen, dass ein Personenzusammenschluss verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und damit die Feststellung seines extremistischen Charakters verbunden ist.

Die Verfassungsschutzbehörden unterliegen der Kontrolle insbesondere durch die von den Parlamenten eingesetzten Kontrollgremien, durch die Innenministerien, durch die Gerichte, sowie durch die Bundes- bzw. Landesbeauftragten für Datenschutz. Sie besitzen keine Zwangsbefugnisse, die ausschließlich in die Zuständigkeit der Polizeibehörden fallen. Sie unterscheiden sich grundlegend sowohl von der „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo) der Nationalsozialisten als auch vom „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) der ehemaligen DDR. Jene waren darauf ausgerichtet, totalitäre Staaten abzusichern und abzuschirmen, wohingegen der Verfassungsschutz die freiheitliche demokratische Grundordnung schützt. Darüber hinaus besaß das MfS keinerlei rechtsstaatliche gesetzliche Grundlage und unterlag dementsprechend auch keiner rechtsstaatlichen Kontrolle. Verfassungsschutzbehörden unterliegen der strikten Bindung an Recht und Gesetz. Verstand sich die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der SED“, dienen die Verfassungsschutzbehörden keiner Partei, sondern sind dem Mehrparteiensystem als essentiellm Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verpflichtet.

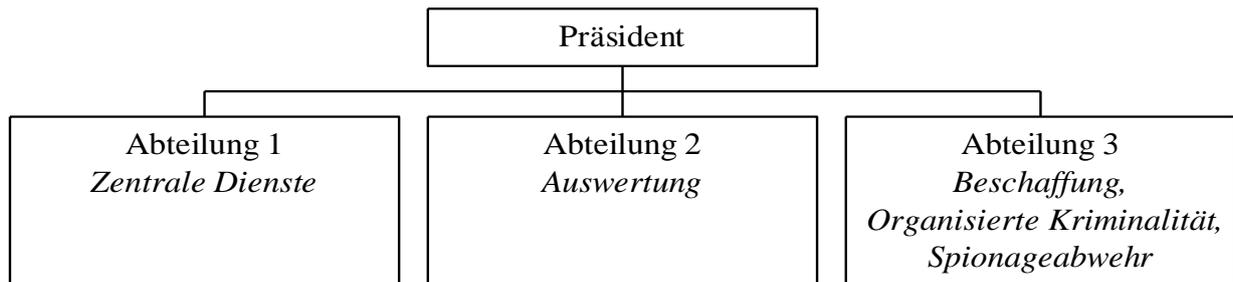
Hinsichtlich der anstehenden Neuordnung des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland sind die Erkenntnisse der verschiedenen Untersuchungsausschüsse und -kommissionen zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) im Hinblick auf die künftige Arbeitsweise und die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, um die geeigneten Maßnahmen zur Optimierung der Sicherheitsstrukturen in unserem Land und zur effektiveren Gestaltung der Kontrolle des Verfassungsschutzes zu treffen.

Die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen umfassend zu informieren, wird künftig eine noch größere Bedeutung haben. Der Verfassungsauftrag aus Art. 97 Thüringer Verfassung erfordert zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine effizient ausgestaltete Verfassungsschutzbehörde, die im Gefüge der bundesweiten Sicherheitsarchitektur den modernen Anforderungen eines „Frühwarnsystems“ gerecht wird.

2. Das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV)

Aufbau und Organisation des TLfV

Das TLfV verfügte im Haushaltsjahr 2012 über 98 Stellen und Planstellen. Für die Wahrnehmung seiner Aufgaben waren ihm durch Haushaltsgesetz Mittel in Höhe von 6.219.500 Euro zugewiesen. Das Amt ist wie folgt strukturiert:



Die Fachaufsicht über das Landesamt führt das Thüringer Innenministerium, Referat „Verfassungsschutz, Geheimschutz“.

Abteilung „Zentrale Dienste“

Die Abteilung „Zentrale Dienste“ ist für den inneren Dienstbetrieb und für fachübergreifende Aufgaben des Amts zuständig. Sie umfasst die Bereiche Grundsatz- und Rechtsfragen, Geheimschutz, Personal, Haushalt, Innerer Dienst, EDV sowie Registratur, Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen.

Von den nach außen wirksamen Aktivitäten dieser Abteilung sind die Organisation und Durchführung von Vorträgen, die Beantwortung von Bürgeranfragen und die Herausgabe periodischer Berichte hervorzuheben. Im Jahre 2012 hielten Referenten des Amts insgesamt 64 Vorträge (2011: 49). Bedingt durch die intensiven Ermittlungs- und Aufklärungsarbeiten in Zusammenhang mit der rechtsterroristischen Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bildete das Themenfeld Rechtsextremismus hierbei den Schwerpunkt. Daneben wurden Vortragsersuchen zu den Bereichen Islamismus, Organisierte Kriminalität, Spionageabwehr und Scientology bedient. Publikationen zu all diesen Themen hält das TLfV auch als Onlineversionen im Internet vor.

In Zusammenarbeit mit dem Thüringer Justizministerium und mehreren Justizbehörden wurde im Berichtszeitraum die Präventionsarbeit im Justizvollzug intensiviert. Darüber hinaus fanden Informationsveranstaltungen an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in

Gotha sowie bei Polizeidienststellen, dem Thüringer Liegenschaftsmanagement und dem Technischen Hilfswerk statt.

Das TLfV präsentierte sich wiederum bei mehreren öffentlichen Veranstaltungen, so z. B. dem Tag der offenen Tür des Thüringer Landtags.

Die Wanderausstellung des TLfV mit dem Titel „Feinde der Demokratie/Politischer Extremismus in Thüringen“ wurde im Beisein des Thüringer Innenministers am 15. April vorgestellt. Schwerpunktmäßig beinhaltet diese interaktiv gestaltete, vorwiegend an Jugendliche gerichtete Ausstellung Erscheinungsformen des Rechtsextremismus. Sie wurde 2012 in Erfurt, Gotha und Meiningen gezeigt und durch ein Angebot an Führungen und Vorträgen angereichert. Interessierten Institutionen steht sie kostenfrei zur Verfügung.

Abteilung „Auswertung“

Die Abteilung „Auswertung“ erhält von der Abteilung „Beschaffung“ Informationen zu den Aufgabefeldern Links-, Rechts- und Ausländerextremismus/Islamismus sowie frühere, fortwirkende Strukturen der Aufklärungs- und Abwehrdienste der ehemaligen DDR. Sie lenkt diesen Informationsfluss, führt die Erkenntnisse mit anderen Informationen, etwa aus offen zugänglichen Quellen, zusammen und wertet sie aus. Zudem repräsentiert sie das TLfV in den auf Bundesebene bestehenden gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentren von Verfassungsschutz und Polizei. Darüber hinaus ist sie mit den Verfahren der Post- und Telekommunikationsüberwachung (G10) betraut.

Abteilung „Beschaffung, Organisierte Kriminalität, Spionageabwehr“

Diese Abteilung hat die Aufgabe, durch Ermittlungen und den Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln (z. B. Observationen, Führen von sog. Vertrauensleuten) die für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags erforderlichen Informationen zu beschaffen. Darüber hinaus obliegt ihr, die unerlaubte Tätigkeit fremder Nachrichtendienste im Freistaat aufzuklären und Informationen über Bestrebungen der Organisierten Kriminalität in Thüringen zu erheben.

„Thüringer Informations-Auswertungs-Zentrale von Polizei und Verfassungsschutz“ (TIAZ)

Aufgabe der TIAZ, einer Projektorganisation des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA) und des TLfV ist es, Informationen zu politisch motivierter Kriminalität in den Phänomenbereichen „Rechts“, „Links“ und „Ausländer“ sowie den Erscheinungsformen des internationalen Terrorismus zu bündeln und einer gemeinsamen Analyse zuzuführen. Die TIAZ übernimmt darüber hinaus die Aufgaben des Freistaats Thüringen im Wirkbetrieb der „Antiterrordatei“ (ATD).

Kontakt:

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz

Postfach 450 121

99051 Erfurt

Telefon: (03 61) 44 06-0

Telefax: (03 61) 44 06-251

Internet: www.thueringen.de/th3/verfassungsschutz

E-Mail: kontakt@tlfv.thueringen.de

Thüringer Innenministerium

Referat 23

Steigerstraße 24

99096 Erfurt

Telefon: (03 61) 37-90 0

Telefax: (03 61) 37-93 111

Internet: www.thueringen.de/de/tim

II. Rechtsextremismus

1. Überblick

1.1 Das rechtsextremistische Personenpotenzial in der Bundesrepublik Deutschland

Innerhalb der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) war das erste Jahr unter Führung des neuen Parteivorsitzenden Holger APFEL maßgeblich von der Diskussion um dessen Person und die von ihm betriebene Modifizierung der Parteiausrichtung geprägt. So war er bemüht, die extremistischen Kernpositionen der Partei nach innen nicht infrage zu stellen, nach außen aber zu versuchen, Wählergruppen über die eigene Kernklientel hinaus anzusprechen. Mit der Ausrufung seines Konzepts der „seriösen Radikalität“ gelang ihm dies allerdings nicht. In weiten Teilen des neonazistischen – jedoch mit der NPD kooperierenden – Spektrums ist APFEL ohnehin umstritten gewesen. Eine merkliche Konsolidierung der Parteientwicklung war ebenfalls nicht festzustellen. Im Gegenteil, der Mitgliederbestand ist erneut auf nunmehr ca. 6.000 gesunken. Im Hinblick auf ein mögliches neues Verbotsverfahren war die NPD bemüht, möglichst souverän zu erscheinen, um der Verunsicherung eigener Mitglieder und potenzieller Wähler vorzubeugen. Ihr Versuch, dem abzusehenden Verbotantrag des Bundesrates durch Feststellung ihrer Verfassungskonformität beim Bundesverfassungsgericht entgegenzutreten, scheiterte. Der Antrag wurde nicht zur Entscheidung angenommen.

Der im Vorjahr noch zu beobachtende Anstieg des neonazistischen Personenpotenzials ist im Berichtszeitraum zum Erliegen gekommen. Bundesweit ist unverändert von etwa 6.000 Personen auszugehen, die diesem rechtsextremistischen Teilspektrum zugerechnet werden. Es ist allerdings wegen seiner weiterhin sehr heterogenen Struktur keine wirklich eigenständige Kraft innerhalb der rechtsextremistischen Szene Deutschlands oder gar ein Gegenpol zur immer noch dominierenden NPD. Das Bekenntnis zum Neonazismus verlagert sich zunehmend in den Bereich des Ideologischen, äußere Erkennungsmerkmale rücken hingegen in den Hintergrund. Wegen ihres subkulturellen Auftretens und ihrer Gewaltbereitschaft stoßen die „Autonomen Nationalisten“ (AN) im überwiegenden Bereich des organisierten Rechtsextremismus weiterhin auf Ablehnung. Ihre Attraktivität für junge aktionsorientierte und zugleich stark neonazistisch ideologisierte Rechtsextremisten eröffnet den AN jedoch weiteres Wachstumspotenzial.

Die Anzahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten belief sich 2012 bundesweit auf 7.500 (2011: 7.600). Das in dieser Kategorie erfasste Personenpotenzial ist inzwischen sehr heterogen und weist einige Überschneidungen zu anderen Teilspektren der rechtsextremistischen Szene auf.

1.2 Das rechtsextremistische Potenzial in Thüringen

	Thüringen			Bund
	2012	2011	2010	2012
NPD	330	300	350	6.000
Neonazis	350	300	180	6.000
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	280	300	450	7.500

Abgesehen von einer leichten Konsolidierung der Thüringer NPD auf vergleichsweise niedrigem Niveau und einem Anstieg beim neonazistischen Personenpotenzial entsprach die Entwicklung in Thüringen in den wesentlichen Zügen dem bundesweiten Trend. Wenngleich die Mitgliederzahl der Thüringer NPD nach den Verlusten der Vorjahre wieder leicht anstieg, vermochte die Partei weder ihre Strukturen noch ihre Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit auszubauen. Insofern ist ein tatsächlicher Aufwärtstrend nicht erkennbar.

Die 17 Thüringer NPD-Kreisverbände entfalteten auch im Jahr 2012 sehr unterschiedliche Bereitschaft, zur Profilbildung der Partei beizutragen. Einige Gliederungen verharrten in weitgehender Inaktivität, andere versuchten, regelmäßig auch öffentlich in Erscheinung zu treten. Die angestrebte kommunale Verankerung blieb allerdings im Berichtszeitraum weiterhin nur Fernziel der Partei. Sofern die mit entsprechenden Mandaten ausgestatteten Vertreter der NPD¹ aktiv an den Sitzungen der Stadträte und Kreistage teilnahmen, hielt sich die öffentliche Wahrnehmung ihrer dort entfalteten Aktivitäten in sehr engen Grenzen.

Mit dem leichten Anstieg der Mitgliederzahlen bei der Thüringer NPD ging – anders als in Vorjahren – auch ein Anstieg des Personenpotenzials in der Thüringer Neonaziszene einher. Dies ist u. a. Ergebnis des weiterhin zu beobachtenden Versuchs der Neonaziszene, sich als eigenständige Kraft neben der NPD zu etablieren und verloren gegangenes Terrain zurückzugewinnen. Der inzwischen zum Vorsitzenden der Thüringer NPD aufgestiegene Patrick WIESCHKE hat daher insbesondere im Hinblick auf die 2014 in Thüringen anstehenden

¹ Bei der Kommunalwahl 2009 gingen 23 der insgesamt 10.390 zu vergebenden Mandate an Kandidaten der NPD.

Landtags- und Kommunalwahlen eine Neuausrichtung der Bündnispolitik mit parteiungebundenen Kräften angekündigt. So wird eine konstruktive Zusammenarbeit angestrebt.

Das Personenpotenzial der subkulturell geprägten Rechtsextremisten war 2012 zwar erneut leicht rückläufig. Dennoch konnte ein leichter Anstieg der Anzahl rechtsextremistischer Konzerte verzeichnet werden. Es fanden im Berichtszeitraum acht solcher Musikveranstaltungen statt.² Mit dem durch Rechtsextremisten erworbenen Wohn- und Veranstaltungsobjekt in Crawinkel verfügte die Szene 2012 über einen entsprechend oft frequentierten Raum für solche Konzerte.³

2. Ideologischer Hintergrund

Rechtsextremistisches Denken wurzelt nicht in einer fest strukturierten Ideologie. Es setzt sich aus geistigen Versatzstücken unterschiedlicher ideengeschichtlicher Herkunft zusammen, die innerhalb der jeweiligen Ausprägung des Rechtsextremismus in unterschiedlicher Form zum Ausdruck kommen. Immer wiederkehrende Grundelemente sind:

- ein überzogener, häufig aggressiver Nationalismus, der das Prinzip der Völkerverständigung missachtet,
- die Überhöhung des Staats zu einem sich aus sich selbst heraus rechtfertigenden Wert und die Überbetonung der Staatsinteressen gegenüber den Freiheitsrechten des Einzelnen (Etatismus),
- eine völkische Ideologie, die sich typischerweise zu Rassenideologie und Fremdenfeindlichkeit verdichtet, wobei dem Antisemitismus eine besondere Stellung zukommt,
- das Leugnen oder Verharmlosen der Verbrechen des Nationalsozialismus sowie das Hervorheben angeblich positiver Elemente des Dritten Reichs (Revisionismus).

Weitere Elemente stellen die Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine Ideologie der Ungleichwertigkeit dar. Antipluralismus und Autoritarismus sind in unterschiedlicher ideologischer Ausdrucksweise bei allen Rechtsextremisten zu finden.

² Die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen angegebene höhere Anzahl rechtsextremistischer Konzertveranstaltungen steht hierbei nicht unbedingt im Widerspruch zu diesen Angaben. Vielmehr unterscheiden sich die Kriterien der jeweiligen Zählweise. So geht man z. B. von Seiten des Verfassungsschutzes bei den in Thüringen inzwischen etablierten rechtsextremistischen Großveranstaltungen wegen ihrer vom Veranstalter gewählten Rechtsform von Parteiveranstaltungen aus, auch wenn für die rechtsextremistische Szene bei dieser grundgesetzlich besonders geschützten Form der Kundgebung die Musikdarbietungen im Vordergrund stehen.

³ Siehe die Kapitel 4.4.3 und 6.1.

So ist das Weltbild subkulturell geprägter und sonstiger gewaltbereiter Rechtsextremisten diffus. Ihre Einstellungen sind von fremdenfeindlichen, oft rassistischen sowie gewaltbejahenden Ressentiments geprägt. Die Überzeugungen von Neonazis orientieren sich in der Regel an nationalsozialistischen Vorstellungen eines totalitären „Führerstaats“ auf rassistischer Grundlage. Sie konzentrieren sich stärker auf zielgerichtete politische Aktivitäten, die oftmals sehr aktionistisch angelegt sind. Aus ihrer Sicht ist das deutsche Volk höherwertig und deshalb vor „rassisch minderwertigen“ Ausländern oder Juden zu schützen. Bei den rechtsextremistischen Parteien finden sich eher nationalistische Positionen. Ihnen gilt die Nation als oberstes Prinzip; damit einher geht eine Abwertung der Menschen- und Bürgerrechte. Dies hat insbesondere eine Ablehnung der Gleichheitsrechte für diejenigen zur Folge, die nicht dem – von ihnen ausschließlich ethnisch definierten – „Deutschen Volk“ angehören. Sie streben nach einem autoritären Staat, in dem die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt wäre.

Insbesondere Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit für alle politischen Parteien sind diejenigen Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gegen die Rechtsextremisten vorgehen.

3. Rechtsextremistische Parteien

3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1964	1990
Sitz	Berlin	Eisenach
Mitglieder		
2012	ca. 6.000	ca. 330
2011	ca. 6.300	ca. 300
2010	ca. 6.600	ca. 350
Publikation	„Deutsche Stimme“ (DS)	diverse „Thüringer Regionalzeitungen“
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

3.1.1 Der Bundesverband der NPD

3.1.1.1 Entwicklung der Partei

Die 1964 gegründete NPD galt lange Zeit als „Altherrenpartei“. Erst mit der Wahl Udo VOIGTs 1996 zum Bundesvorsitzenden vollzog sie einen Wandel zu einer Partei, die sich als Spitze einer nationalistischen Protestbewegung versteht. VOIGT entwickelte nicht nur das „Drei-Säulen-Konzept“, das 2004 in ein „Vier-Säulen-Konzept“⁴ ausgeweitet wurde, er leitete auch in Bezug auf die Nachwuchsrekrutierung einen Paradigmenwechsel ein und vertiefte die Verbindungen zum neonazistischen und subkulturellen Spektrum.

Im Jahr 2001 stellten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat vor dem Bundesverfassungsgericht Anträge, um die Verfassungswidrigkeit der NPD feststellen zu lassen und infolgedessen ein Verbot der Partei zu erreichen. Das Verbotsverfahren wurde 2003 eingestellt, da eine Sperrminorität des Zweiten Senats des Gerichts die Beobachtung der NPD auf Bundes- und Landesvorstandsebene durch V-Leute unmittelbar vor und während des Verfahrens als ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ bewertet hatte.

Gemäß einer im September 2004 zwischen der NPD und großen Teilen der Neonaziszene getroffenen Absprache wirken beide Spektren seither offen zusammen. Diese Kooperation basiert auf dem von der NPD propagierten Konzept, die rechtsextremistischen Parteien und „Freien Kräfte“ in einer „Volksfront von Rechts“ zu bündeln, um als „Gesambewegung des nationalen Widerstands“ geschlossen gegen das politische System der Bundesrepublik vorzugehen. Die Strategie fand in der extremen Rechten Resonanz und bewirkte eine vorübergehende Aufwärtsentwicklung der NPD, die sowohl bundesweit als auch in Thüringen zu einem Anstieg der Mitgliederzahl führte.

Ihre Bemühungen, sich als Gravitationszentrum und stärkste Kraft des rechtsextremistischen Lagers zu etablieren, erreichten 2006 einen Höhepunkt, als die NPD nach 2004 in Sachsen auch in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern einzog. Danach trat sie mit gestärktem Selbstbewusstsein auf und verzeichnete bis 2007 stetig wachsende Mitgliederzahlen. Seit 2008 hat sich dieser Trend umgekehrt. Neben ausbleibenden Wahlerfolgen sah sich die NPD u. a. mit Rückzahlungspflichten, die ihr im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung auferlegt worden waren, konfrontiert. Die finanzielle Lage der Partei blieb auch im Beobachtungszeitraum angespannt. Zudem wurde sie durch ein schwebendes Verfahren gegen einen Sanktionierungsbescheid der Bundestagsverwaltung wegen Unrichtigkeiten im Rechen-

⁴ Siehe „Strategie der Partei“, Kapitel 3.1.1.3.

schaftsbericht 2007 belastet. Am 12. Dezember 2012 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, dass die Festsetzung der Zahlungsverpflichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages überhöht und der Bescheid deshalb teilweise rechtswidrig war. Das Gericht begrenzte die Strafzahlung auf einen Betrag von höchstens 1,27 Mio. Euro, die Bundestagsverwaltung hatte 2,5 Mio. Euro festgelegt. Das Bundesverwaltungsgericht stellte jedoch auch fest, dass der Rechenschaftsbericht im Wesentlichen die beanstandeten Unrichtigkeiten aufwies.

Nach der für die NPD erfolglosen Bundestagswahl 2009 beschwor das NPD-Präsidium die Partei als „einzige ernstzunehmende nationale Kraft!“ und forcierte in der Folge die Verschmelzung mit der „Deutschen Volksunion – Die neue Rechte“ (DVU). Seit deren Vollzug im Januar 2011 führt die NPD den Namenszusatz „Die Volksunion“. Der erhoffte Stärkezuwachs trat jedoch nicht ein. Die NPD blieb bei den Landtagswahlen 2011 weitgehend erfolglos. Einzig in Mecklenburg-Vorpommern gelang ihr trotz Stimmverlusten der erneute Einzug in das Landesparlament.

Unter dem Druck der offensichtlichen Misserfolge begann im Frühjahr 2011 innerhalb der NPD und ihrem politischem Umfeld eine Diskussion über die künftige strategische Ausrichtung der Partei. Die Debatte drehte sich insbesondere um die Veränderung des Erscheinungsbilds und eine dadurch erhoffte veränderte Wahrnehmung. Bei einer Veranstaltung der NPD-nahen Stiftung „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e. V.“ im Mai 2011 vertraten verschiedene Redner entsprechende Ansätze. Man solle sich nicht auf den Nationalsozialismus festlegen lassen und entsprechende Geschichtsdebatten in der Öffentlichkeit vermeiden.

Auf dem Bundesparteitag am 12./13. November 2011 in Neuruppin (Brandenburg) setzte sich Holger APFEL bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden gegen den langjährigen Parteivorsitzenden Udo VOIGT durch. Dem Parteipräsidium gehören neben APFEL seither zehn weitere Personen an, darunter die drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden Udo PASTÖRS, Karl RICHTER und Frank SCHWERDT. SCHWERDT ist Ehrenvorsitzender des NPD-Landesverbands Thüringen. Der Thüringer Landesverband ist außerdem mit Patrick WIESCHKE als Bundesorganisationsleiter im Bundesvorstand vertreten. Dem Bundesvorstand gehören weitere acht gewählte Vertreter, 13 Landesvorsitzende als berufene Beisitzer sowie die Vorsitzenden der Untergliederungen „Ring Nationaler Frauen“ (RNF), „Kommunalpolitische Vereinigung in der NPD“ (KPV) sowie „Junge Nationaldemokraten“ (JN) an. Die Führungsspitze der NPD ist männlich dominiert. Neben der Vorsitzenden des RNF gehören dem Parteivorstand nur zwei weitere Frauen an.

In einem Interview für die parteieigene „Deutsche Stimme“ nannte APFEL nach seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden einige Nahziele zur Straffung der Arbeit innerhalb der NPD. So wolle man die Binnenkommunikation z. B. durch Regionalkonferenzen und die Erarbeitung von Handlungsanleitungen für die alltägliche Arbeit verbessern. Zu diesem Zweck würden „ein Leitfaden für die Zusammenarbeit mit freien Kräften oder eine Handreichung zu Erscheinungsbild und Auftritt bei Veranstaltungen“ abgefasst. Am 25. März 2012 fand in Kirchheim bei Arnstadt eine der angekündigten Regionalkonferenzen statt. Drei weitere Konferenzen führte die NPD am 24. und 31. März sowie am 1. April in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern), Dillingen (Bayern) und Siegburg (Nordrhein-Westfalen) durch.

Mit einem im Internet veröffentlichten und zudem der „Deutschen Stimme“, Ausgabe Dezember 2011, als Sonderausgabe beigelegten Text unter dem Tenor „Der Aufbruch in die Zukunft hat begonnen“ wandte sich APFEL direkt an die Parteimitglieder. Er kündigte an, dass sich die Partei künftig stärker als „Kümmererpartei“ profilieren solle. Dabei wolle sie „keine Schlachten der Vergangenheit schlagen oder ständig mit Assoziationen zu vorgestern aufmerksam machen“. Ein Hauptthema sei die Fortführung der Kampagne für den Ausstieg aus dem Euro, ein weiteres die Forderung nach einer Verfassung, die das Grundgesetz ablösen solle. Es gelte, sich auf die Europawahl 2014 und die im selben Jahr stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und dem Saarland zu konzentrieren. Nach dem Fall der Fünf-Prozent-Hürde bei der Europawahl gehe die Partei fest von Mandatsgewinnen aus.

Insgesamt betreffen die angekündigten Veränderungen der NPD neben strukturellen Umstellungen vor allem das äußere Erscheinungsbild; die extremistische Grundsubstanz der Partei bleibt hingegen unberührt. Dies betonte auch APFEL, der eine Aufweichung der politischen Inhalte der NPD ablehnt und sich unverändert auf das 2010 in Bamberg beschlossene Programm der Partei beruft.

Im Jahr 2012 bildete die Kampagne gegen den Euro einen der wenigen bundesweiten thematischen Schwerpunkte der NPD. Sie führte hierzu mehrere Aktionstage durch, u. a. am 9. Juni und 15. September. An diesen Terminen fanden auch in Thüringen mehrere – von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtete – Aktionen statt. In der Zeit vom 12. Juli bis 11. August führte die NPD mit ihrem Werbe-LKW eine sog. Deutschlandfahrt durch, in deren Verlauf Station in 52 Städten gemacht wurde. Auch in Erfurt und Gera fanden in diesem Zusammenhang am 6. August Kundgebungen unter dem Motto „Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein – Raus aus dem Euro!“ statt. Patrick WIESCHKE hatte diese in seiner Funktion als Bundesorganisationsleiter angemeldet.

Zur Bundespräsidentenwahl am 18. März nominierte die NPD den Historiker Dr. Olaf ROSE⁵ als eigenen Kandidaten. Die Partei war mit drei Wahlmännern in der Bundesversammlung vertreten. Der Kandidat konnte über die eigenen Wahlmänner hinaus keine weiteren Stimmen gewinnen.

Am 14. Dezember beschloss der Bundesrat, einen Antrag auf Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht einzubringen. Die NPD gab sich davon unbeeindruckt, sie sehe „diesem Vorhaben mit dem notwendigen Ernst, aber auch mit der angemessenen Gelassenheit entgegen“. Schon am 12. November hatte die Partei ihrerseits einen Antrag auf Feststellung der Verfassungskonformität vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) eingereicht.⁶

3.1.1.2 Ideologie der Partei

Die NPD propagiert einen völkischen Kollektivismus und agiert fremdenfeindlich und antisemitisch. Sie strebt nach einer „ethnisch homogenen Volksgemeinschaft“, die sich durch „gemeinsame Abstammung, Sprache, geschichtliche Erfahrungen und Wertvorstellungen“ definiere. Sie bilde zugleich die Grundlage für die – anstelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – angestrebte „Volksherrschaft“. Die pauschale Überbewertung der aufgrund ethnischer Zugehörigkeit definierten „Volksgemeinschaft“ beschneidet die vom Grundgesetz garantierte Freiheit, sich persönlich zu entfalten. Die Rechte und Interessen des Einzelnen werden eingeschränkt.

Diesen Ansichten wird auch im Parteiprogramm Rechnung getragen. Demnach müsse Deutschland „das Land der Deutschen bleiben“ bzw. „dort, wo dies nicht mehr der Fall ist, wieder werden“. Für Fremde dürfe es grundsätzlich „kein Bleiberecht geben, sondern nur eine Rückkehrpflicht in ihre Heimat“. Die „Systemparteien“ hingegen nutzten Einwanderung und Überfremdung als Mittel, um sich, „durch Austausch des Volkes an der Macht [zu] halten“.

In der von der NPD propagierten Gesellschaftsordnung sollen autoritäre Eliten vorherrschen. Der Anspruch auf Führerschaft steht im Widerspruch zum pluralistischen Mehrparteiensystem der Bundesrepublik.

⁵ Dr. ROSE besitzt innerhalb der rechtsextremistischen Szene wegen seiner regen Vortragstätigkeit einen hohen Bekanntheitsgrad. Von Mai 2008 bis April 2009 gehörte er dem NPD-Bundesvorstand als Beisitzer an. Seit 2007 fungiert er als parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

⁶ Das BVerfG wies den Antrag mit Beschluss vom 20. Februar 2013, 2 BvE 11/12, als unzulässig zurück.

Im Juli 2012 veröffentlichte die NPD eine Neuauflage der von Jürgen GANSEL⁷ erarbeiteten Schrift „WORTGEWANDT Argumente für Mandats- und Funktionsträger“. Die darin enthaltenen Thesen skizzieren die angestrebte völkische Gemeinschaft und ihre Ablehnung individueller Grundrechte. „In Deutschland haben Moslems und ihre Religion nichts verloren!“ heißt es dort und „Nur ethnisch geschlossene Gesellschaftskörper mit geringem Ausländeranteil sind solidar- und belastungsfähig“. Als übergeordnetes Subjekt wird die Volksgemeinschaft deklariert, zu der man nur durch Geburt gehört. „Angehörige fremder Rassen“ blieben „körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper“.

3.1.1.3 Strategie der Partei

Das „Vier-Säulen-Konzept“, das den „Kampf um die Straße, die Köpfe, die Parlamente und den organisierten Willen“ umfasst, bildete auch im Berichtszeitraum die Basis für die politische Agitation der NPD.

„Kampf um die Straße“

Diesem Ansatz folgend organisiert die NPD zentrale Großveranstaltungen ebenso wie regionale Demonstrationen, an denen sich auch Neonazis und subkulturelle Rechtsextremisten beteiligen. Oftmals werden Termine und Orte für Aktionen so gewählt, dass mit einer hohen öffentlichen Aufmerksamkeit und Gegenaktionen zu rechnen ist. Zielgerichtet werden soziale und sog. Alltagsthemen aufgegriffen, um sich als Teil einer Protestbewegung zu geben, innerhalb derer einzig die NPD die Interessen des „kleinen Mannes“ vertrete. Vielmehr noch als nur die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung wahrzunehmen, meint die NPD, mit dem „Kampf um die Straße“ Stärke suggerieren, potenzielle politische Gegner einschüchtern und sie aus dem öffentlichen Raum verdrängen zu können.

„Kampf um die Köpfe“

Der „Kampf um die Köpfe“ zielt darauf ab, die von der NPD vertretenen Ideen mittels „Einbindung von Persönlichkeiten“ und über die Bildung „intellektueller Netzwerke“ in breiteren Kreisen der Gesellschaft zu verankern. Bislang beschränkt sich der „Kampf um die Köpfe“ auf den Versuch, die eigenen Mitglieder politisch zu schulen, die Programmatik der Partei mit Flugblättern zu verbreiten und die Monatszeitung „Deutsche Stimme“ zu vertreiben. An Bedeutung zugenommen haben jedoch auch Versuche, über die kostenlose Verteilung von

⁷ Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Beisitzer im Landesvorstand der NPD Sachsen.

regionalen Zeitungen breitere Personengruppen zu erreichen. In Thüringen gibt es ein derartiges Projekt seit März 2010.⁸

Mit der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ verfügt die NPD über ein eigenes Publikationsorgan des Parteivorstands, dem ein Versandhandel für rechtsextremes Propaganda- und Werbematerial angeschlossen ist. Unter der Bezeichnung „offensiv.tv“ veröffentlicht die Partei im Internet eigene Spots. Diese sind über die Seite des Bundesverbands sowie über das Videoportal YouTube abrufbar.

Über Seminare und Publikationen des „Bildungswerks für Heimat und nationale Identität e. V.“ will die Partei „politische Bildungsarbeit“ betreiben und die „Denkansätze der ‚Dresdner Schule‘⁹“ im öffentlichen Diskurs popularisieren. Mit der Einrichtung verfolgt die NPD darüber hinaus die Absicht, sich zum Kristallisationspunkt jener Bestrebungen zu entwickeln, die auf die Intellektualisierung des rechtsextremistischen Lagers ausgerichtet sind. Gleichmaßen ist sie bestrebt, die Parteiarbeit zu intensivieren, indem sie der Partei nicht zugehörige Intellektuelle einzubinden sucht. Bislang zeigten diese Bemühungen jedoch kaum Erfolg. Auch die Übernahme der Zeitschrift „Hier & Jetzt“ vom sächsischen Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN)¹⁰ Ende 2009 änderte daran nichts.

„Kampf um die Parlamente“

Mit dem „Kampf um die Parlamente“ verfolgt die NPD die wohl spannungsreichste Strategie im rechtsextremistischen Lager, die ihr als Gravitationszentrum der „Volksfront von Rechts“ intern ein hohes Maß an Rechtfertigungsdruck auferlegt. Sie selbst versteht sich eigentlich als parlamentsfeindlich und kommuniziert dies auch so an die eigenen Anhänger. Nicht selten sehen sich die Parteiführung und verschiedene NPD-Abgeordnete mit dem Vorwurf – insbesondere des neonazistischen Spektrums – konfrontiert, das Streben nach Parlamentssitzen weniger als Mittel des Kampfs gegen das herrschende politische System zu verstehen, sondern als persönliches Versorgungswerk zu missbrauchen. Dabei ist der Kampf um die Parlamente ein wesentlicher Teil der legalistischen Strategie der NPD. Sie will über den Einzug in die Kerninstitutionen der Demokratie diese selbst abschaffen. Das vom NPD-Bundesverbandsvorsitzenden APFEL verfolgte Konzept der „seriösen Radikalität“ dürfte vorgenannte Kritikpunkte anheizen. Teile der neonazistischen „Freien Kräfte“ vermuten, APFEL beabsichtige durch den Verzicht auf allzu extremistische Positionen Distanz zum neonazistischen Lager zu schaffen, um somit die NPD für weitere Wählerschichten zu öffnen. Sie deu-

⁸ Siehe Kapitel 3.1.2.5.

⁹ Von Jürgen GANSEL, Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, entworfenes Konzept einer rechtsextremistischen „Denk- und Politikschule“.

¹⁰ Siehe Kapitel 3.1.3.

ten dies als Verrat an der reinen Lehre und zugleich als Versuch, die Partei gegen ein mögliches Verbot zu immunisieren.

„Kampf um den organisierten Willen“

Die NPD verfolgt den „Kampf um den organisierten Willen“ in der Absicht, „möglichst alle nationalen Kräfte“ zu konzentrieren, um so die Macht zu erlangen. Diese „Volksfront von Rechts“ strebt die NPD seit 2004 an. Ziel ist, eine engere Kooperation mit Neonazis, rechtsextremistischen Parteien sowie subkulturellen Rechtsextremisten zu erreichen, um sowohl die personellen als auch strukturellen Ressourcen des gesamten Spektrums zu bündeln. Seitdem näherten sich rechtsextremistische Parteien und Organisationen der NPD in unterschiedlicher Form an. Jüngstes Beispiel für die Umsetzung des Konzepts ist die Verschmelzung mit der DVU.

3.1.2 Der Thüringer Landesverband der NPD

3.1.2.1 Entwicklung des Landesverbands

Im Zuge des gegen die NPD im Jahr 2001 angestregten Verbotsverfahrens schränkte der NPD-Landesverband die enge Zusammenarbeit mit Neonazis offensichtlich aus rein taktischen Gründen vorübergehend ein. Nach Einstellung des Verfahrens im Jahr 2003 wurde die gekappte Kooperation fortgesetzt und damit ein Aufwärtstrend des Landesverbands eingeleitet. Im Jahr 2007 erreichte er mit 550 Mitgliedern einen personellen Höchststand. Innerparteiliche Grabenkämpfe sowie die bei den Landtags- und Bundestagswahlen im Jahr 2009 erlittenen Niederlagen führten allerdings in den Folgejahren zu einem deutlichen Mitglieder-rückgang und beeinträchtigten die Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit erheblich. Im Berichtszeitraum gelang es dem Landesverband, den Abwärtstrend der Mitgliederzahlen geringfügig umzukehren. Die Mitgliederzahl stieg auf etwa 330 leicht an.

Auf Bundesebene erlangt der Thüringer Landesverband über seinen Vorsitzenden Patrick WIESCHKE und den nunmehrigen Ehrenvorsitzenden Frank SCHWERDT sowie den bundesweit bekannten Neonazi Thorsten HEISE Bedeutung. SCHWERDT und WIESCHKE gehören dem Bundesvorstand der NPD an, wobei SCHWERDT die Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden inne hat und zudem das „Amt Recht“ betreut. WIESCHKE fungiert als Bundesorganisationsleiter.

3.1.2.2 Kreisverbände

Im Berichtszeitraum war der Landesverband in folgende 17 Kreisverbände untergliedert: Schmalkalden-Meiningen/Suhl, Altenburger Land, Eichsfeld, Erfurt/Sömmerda, Gera, Gotha, Greiz, Hildburghausen, Ilmkreis, Jena/Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saale-Orla-Kreis, Saalfeld-Rudolstadt/Sonneberg, Unstrut-Hainich-Kreis, Wartburgkreis sowie Weimar/Weimarer Land. Ihre Aktionsfähigkeit ist weiterhin sehr heterogen. Während z. B. die Untergliederungen Wartburgkreis, Gera, Gotha und Kyffhäuserkreis bestrebt waren, ihre Parteiarbeit kontinuierlich öffentlichkeits- und medienwirksam zu gestalten, traten die Kreisverbände Hildburghausen, Ilmkreis, Greiz, Jena/Saale-Holzland-Kreis und Schmalkalden-Meiningen/Suhl nach außen praktisch gar nicht in Erscheinung.

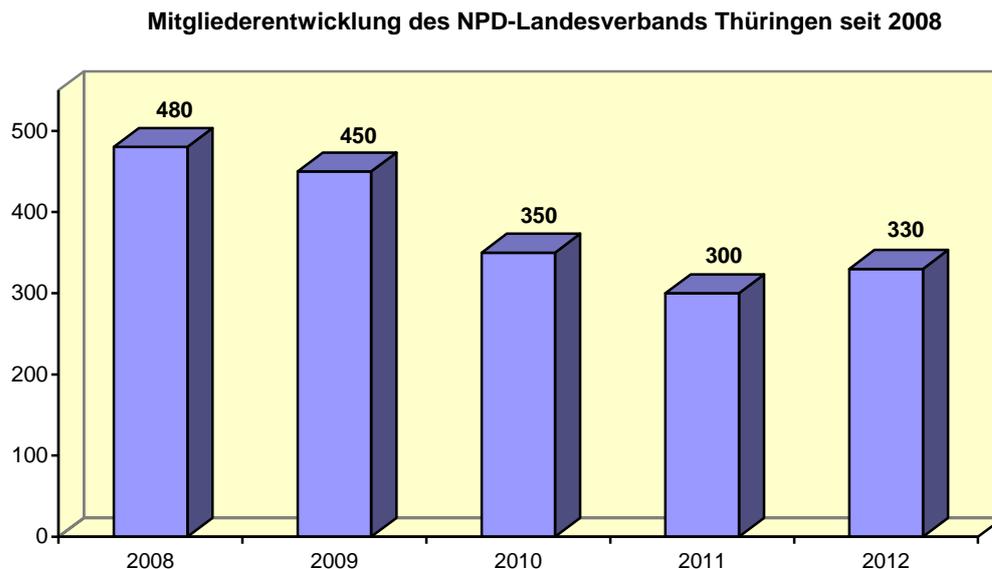
Welche Aktivitäten von einem Kreisverband ausgehen und wie hoch deren Anziehungskraft auf Gesinnungsgenossen ist, hängt wesentlich vom Engagement der Funktionäre und dem einzelner Aktivisten ab. Die Mehrzahl der NPD-Mitglieder jedenfalls scheint weiterhin weder willens noch in der Lage, eine kontinuierliche Parteiarbeit zu leisten. Sie nimmt lediglich mehr oder minder regelmäßig an einzelnen Szeneveranstaltungen teil. Die geringe Aktivistenbreite wurde im Berichtszeitraum insbesondere während der Aktionswochen in der zweiten Septemberhälfte deutlich, an denen neben einem Stamm von NPD-Funktionären nur wenige weitere Personen teilnahmen.

Von den bei der Kommunalwahl 2009 errungenen 23 Mandaten standen den NPD-Kreisverbänden ab Februar 2011 noch 22 zur Verfügung. Ein NPD-Mandatsträger distanzierte sich von der Partei und erfüllt sein Mandat seitdem parteiunabhängig. Im November 2011 trat der Vorstand des NPD-Kreisverbands Greiz geschlossen zurück; all seine Mitglieder erklärten zugleich den Austritt aus der Partei. Somit dürften die zwei vormals im Kreistag gehaltenen Mandate sowie eines im Stadtrat ebenfalls nicht mehr der NPD zugerechnet werden können – der Landesverband führt sie allerdings weiterhin auf seiner Homepage auf. Zusätzlich rechnet sich der Landesverband zwei Mandate im Stadtrat Lauscha zu, die durch die frühere DVU errungen wurden.

Während die Arbeit einiger NPD-Mandatsträger kaum wahrnehmbar war, nutzten andere beispielsweise die Websites ihrer Kreisverbände als Darstellungsmedium oder richteten, wie die NPD-Fraktion im Stadtrat Eisenach, eigens eine Homepage ein. Ihr Einfluss auf die Kommunalpolitik blieb insgesamt jedoch ohne nennenswerte Impulse.

3.1.2.3 Personelle Zusammensetzung

Der in den Vorjahren zu verzeichnende Mitgliederrückgang kehrte sich 2012 leicht um. Dem Landesverband gehörten zuletzt etwa 330 Personen an. Die Wahlniederlagen 2009 und die nur schwach ausgeprägte Mobilisierungs- und Aktionsfähigkeit der Partei dürften für die weiterhin relativ niedrige Mitgliederzahl ausschlaggebend sein.



Seit dem 12. Mai wird der NPD-Landesverband von Patrick WIESCHKE geleitet. Der langjährige Landesvorsitzende Frank SCHWERDT trat nicht noch einmal zur Wahl an. Für ihn wurde das Amt des Ehrenvorsitzenden geschaffen. Als Stellvertreter amtierten im Berichtszeitraum Gordon RICHTER, der Vorsitzende des Kreisverbands Gera, sowie Thorsten HEISE, Vorsitzender des Kreisverbands Eichsfeld. Als Beisitzer gehörten dem Landesvorstand die Kreisverbandsvorsitzenden Patrick WEBER (Kyffhäuserkreis), Roy ELBERT (Nordhausen), Jan MORGENROTH (Weimar/Weimarer Land), Hendrik HELLER (Wartburgkreis), Sebastian REICHE (Gotha) und Monique MÖLLER (Unstrut-Hainich-Kreis) sowie der stellvertretende Vorsitzende im Kreisverband Wartburgkreis, Tobias KAMMLER, an. Das Durchschnittsalter im Landesvorstand liegt bei etwa 35 Jahren.

3.1.2.4 Das Verhältnis der Thüringer NPD zu anderen Rechtsextremisten

Verhältnis zur Neonaziszene

Das Verhältnis zwischen NPD-Landesverband und Neonazis ist in Thüringen traditionell vor allem durch Integration und Kooperation gekennzeichnet. Die NPD zeigte sich in den vergangenen Jahren als dominierende Kraft innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums. Ihr gelang es, maßgebliche Personen des neonazistischen Spektrums in die Parteiarbeit einzu beziehen und an sich zu binden. Fast alle Mitglieder des Landesvorstands und die meisten Kreisverbandsvorsitzenden waren deshalb ursprünglich im neonazistischen Spektrum aktiv. Einige NPD-Funktionäre fungierten zugleich als Führungspersonen lokaler neonazistischer Gruppierungen. Bei Thorsten HEISE ist dies auch heute noch der Fall. Die Kooperation beider Spektren äußert sich insbesondere in der gemeinsamen Organisation von Veranstaltungen und Kampagnen. Teilnehmer, Redner und Ordner treten oftmals auch auf Veranstaltungen des jeweils anderen Spektrums auf.

Insgesamt war es dem Thüringer Landesverband der NPD im Laufe eines längeren Prozesses gelungen, das neonazistische Personenpotenzial bis 2009 weitgehend zu integrieren, wodurch dieses seine frühere Eigenständigkeit innerhalb des rechtsextremistischen Lagers eingebüßt hatte. Einzelne Neonazis, die sich dennoch neben der NPD zu behaupten suchen, unterstützen die Partei in der Regel auf Kreis- und Landesverbandsebene. Trotzdem stößt die NPD bzw. ihr Versuch eines taktisch motivierten moderaten Auftretens in der Öffentlichkeit bei Teilen der Neonaziszene auch auf erhebliche Kritik. So werden die von der NPD für ihre Veranstaltungen aufgestellten Verhaltens- und Bekleidungsregeln kategorisch abgelehnt. Zudem führte die schwindende Aktionsfähigkeit der NPD auch dazu, dass sich auf lokaler Ebene wieder parallele neonazistische Strukturen bildeten. Das Erstarken „Freier Kräfte“ im Berichtszeitraum belegt dies anschaulich. Diese Kräfte zeigen sich derzeit jedoch nicht als Konkurrenz zur NPD, sondern zeugen eher von ihrem Unvermögen, einzelne rechtsextremistische Aktionsfelder wirkungsvoll zu besetzen. Zudem ist das Verhältnis trotz Separierungsbestrebens seitens der „Freien Kräfte“ auch weiterhin durch Kooperation geprägt. Mit Blick auf die Landtagswahlen 2014 kündigte der Landesverband eine bessere Zusammenarbeit an. Die künftige Bündnispolitik soll neu ausgerichtet werden und eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem parteiungebundenen Spektrum beinhalten.

Verhältnis zum subkulturellen Spektrum

Um das subkulturelle rechtsextremistische Spektrum zu umwerben, setzt der NPD-Landesverband nach wie vor auf Veranstaltungen, die einen Mix aus Parteipropaganda und rechtsextremistischer Musik darstellen. Die keine eigenständigen politischen Aktionen entfaltenden subkulturell geprägten Rechtsextremisten fühlen sich davon durchaus angesprochen und erhöhen so das Mobilisierungspotenzial der Partei. Da sie – sofern überhaupt – lediglich regional organisiert sind, basieren die Verbindungen zur NPD zumeist auf persönlichen Kontakten und sind lokal begrenzt.

3.1.2.5 Publikationen/Internet

Um Intensivierung seiner Öffentlichkeitsarbeit bemüht, konzentrierte sich der Landesverband nahezu ausschließlich auf sein Projekt „Thüringer Regionalzeitungen“, mit dem flächendeckende Präsenz im Freistaat erreicht werden soll. Weiterhin verfügten noch immer nicht alle Kreisverbände über eine eigene Internetpräsentation; auch die bestehenden Seiten wurden zum Teil kaum gepflegt.

Projekt „Thüringer Regionalzeitungen“

Im Beobachtungszeitraum führte der Landesverband sein Zeitungsprojekt erneut mit drei Ausgaben fort. Mit dem Ende März 2010 gestarteten Projekt wolle er „den Lesern fernab der gleichgeschalteten Presse ein Gegenmedium“ anbieten, „das kontinuierlich nationale Positionen verbreitet und wesentlich zum Ziel der kommunalen Verankerung der NPD beiträgt“, hieß es in dem entsprechenden Beitrag auf der Website des NPD-Landesverbands. Das Projekt habe man inzwischen „als starken Faktor in der links dominierten Medienlandschaft im Freistaat etabliert“. Die NPD gibt sich überzeugt, durch „diese Daueroffensive die Menschen im Freistaat zum Umdenken“ bewegen zu können. Im Berichtszeitraum erschienen drei Ausgaben (April, August, Dezember). Die Gesamtauflage gab der Landesverband zuletzt mit 180.000 Exemplaren an. Im Einzelnen handelte es sich um folgende Regionalblätter:

- „Bürgerstimme!“ (Region Erfurt),
- „Weimarer Landbote“ (Region Weimar/Weimarer Land),
- „Eichsfeldstimme“ (Region Eichsfeld),
- „Der Nordthüringen Bote“ (Regionen Kyffhäuserkreis und Unstrut-Hainich-Kreis),
- „Der Rennsteig Bote“ (Region Gotha),

- „Wartburgkreis Bote“ (Region Eisenach/Wartburgkreis),
- „Ostthüringen Bote“ (Region Ostthüringen),
- „Südthüringen Stimme“ (Südthüringen) und
- „Saale Stimme“ (Region Saalfeld-Rudolstadt, Jena, Saale-Holzland-Kreis und Saale-Orla-Kreis).
- „Faktum“ (Landkreis Nordhausen).

Die Ausgaben enthielten einen identischen überregionalen Teil, ergänzt um Berichte zu regionalen Themen. Die Redaktion oblag maßgeblich den NPD-Funktionären Patrick WIESCHKE und Tobias KAMMLER, die bei allen Regionalausgaben als Teil der Redaktion angegeben wurden.¹¹ Unterstützung fanden sie jeweils bei regionalen Redakteuren und anderen Mitgliedern des Landesvorstands. Die Zeitungen konnten im Internet über eine zentrale Seite des Landesverbands eingesehen werden. Für „Wartburgkreis Bote“ und „Nordthüringen Bote“ gibt es zudem eigene Homepages.

Im Ergebnis der Landtagswahl 2009 hatte der NPD-Landesvorstand insbesondere die unzureichende kommunale und regionale Präsenz der Partei und die daraus resultierenden Versäumnisse bei der Kommunalwahl als Gründe für das erneute Scheitern der NPD ausgemacht. Mit Hilfe des Zeitungsprojekts sollte diesem Mangel begegnet werden. Nicht zuletzt deshalb kamen in den vorgenannten Regionalzeitungen auch die kommunalen Mandatsträger der NPD zu Wort, deren Aktivitäten ansonsten weitestgehend ohne Außenwirkung blieben und keine mediale Beachtung fanden. Innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums erfuhr das Projekt auch überregionale Resonanz.

Internet

Der Landesverband und die Kreisverbände Eichsfeld, Erfurt/Sömmerda, Gera, Gotha, Jena/Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuserkreis, Nordhausen, Saalfeld-Rudolstadt/Sonneberg, Schmalkalden-Meiningen/Suhl, Unstrut-Hainich-Kreis, Wartburgkreis und Weimar/Weimarer Land betrieben jeweils eigene Websites, die allerdings in unterschiedlichem Maße aktualisiert wurden. Zudem unterhielt die NPD-Fraktion im Stadtrat Eisenach eine eigene Internetpräsenz. Darüber hinaus betätigten sich Thüringer NPD-Untergliederungen bei Facebook und Twitter.

¹¹ Einzige Ausnahme bildet der „Wartburgkreis Bote“. WIESCHKE wird hier nicht als Redakteur, sondern als Herausgeber und Verantwortlicher im Sinne des Pressegesetzes (V.i.S.d.P.) angegeben.

Vorzugsweise sind Berichte zu regionalen und überregionalen Veranstaltungen und Aktionen, aber auch Stellungnahmen zu tagespolitischen Themen oder Videos veröffentlicht worden. Seit Mai 2012 unterhält der Landesverband zudem einen Videokanal bei YouTube unter der Bezeichnung „NPD Thüringen TV“.

3.1.2.6 Aktivitäten des Landesverbands

Der Partei gelang es im Beobachtungszeitraum nur begrenzt, sich mit einzelnen Veranstaltungen in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken. Insgesamt stand erneut die Agitation gegen das politische System der Bundesrepublik, die etablierten Parteien sowie die Politik der Länder und Kommunen im Zentrum ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Mit den Schwerpunkten „Ausländerpolitik“/Islamismus“ sowie „Sozialabbau“ und „Abwanderung“ war die Partei wiederum bestrebt, in Städten und Gemeinden hervorzutreten, Rückhalt in der Bevölkerung zu finden und als Sachverwalter der „kleinen Leute“ wahrgenommen zu werden.

Teilnahme an der Kommunalwahl am 22. April

Für die NPD nahmen vier Kandidaten¹² an den Bürgermeisterwahlen in Blankenhain, Lauscha, Rudolstadt und Sonneberg teil.

	Kandidat	absolute Stimmen	Anteil in %
Blankenhain	Jan MORGENROTH	90	3,0
Lauscha	Uwe BÄZ-DÖLLE	311	18,1
Rudolstadt	Friedhard BECK	392	4,1
Sonneberg	Frank NEUBERT	222	2,8

Die NPD bezeichnete das Ergebnis in einer Pressemitteilung vom 23. April als „ausbaufähig“. Während die Ergebnisse in Blankenhain und Sonneberg hinter den eigenen Erwartungen zurückgeblieben seien, habe man in Rudolstadt ein „respektables“ Ergebnis erzielt. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und NPD-Landesgeschäftsführer Patrick WIESCHKE wertete das Abschneiden von BÄZ-DÖLLE in Lauscha als Ergebnis „kontinuierlicher Graswurzelarbeit“. Bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2014 müsse das kommunale Fundament der NPD vergrößert werden.

Die niedrigen Wahlergebnisse der NPD-Kandidaten waren wenig überraschend. Sie widerlegen die seitens der NPD stets propagierte wachsende regionale Verankerung und verdeutli-

¹² Der ursprünglich als Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl in Gera benannte Gordon RICHTER wurde von dem zuständigen Wahlausschuss abgelehnt.

chen den geringen Einfluss des Projektes „Thüringer Regionalzeitungen“. Das überdurchschnittlich gute Wahlergebnis in Lauscha ist auf die kommunalpolitische Präsenz von BÄZ-DÖLLE zurückzuführen, die bei einer Personenwahl zum Tragen kommt.

Landesparteitag am 12. Mai in Haselbach

Am 12. Mai fand unter dem Motto „Gemeinsam. Entschlossen. Erfolgreich.“ der diesjährige Parteitag des NPD-Landesverbands Thüringen in Haselbach/Landkreis Sonneberg statt. Zentrales Thema war die Neuwahl des Landesvorstands. Schon im Vorfeld war verkündet worden, dass der langjährige Landesvorsitzende Frank SCHWERDT aus Altersgründen nicht erneut für den Posten zur Verfügung stand; einziger Kandidat war der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Patrick WIESCHKE. Er wurde mit 48 Ja-Stimmen bei sechs Enthaltungen zum Landesvorsitzenden gewählt. Die erst auf diesem Parteitag eingeführte Position des Ehrenvorsitzenden füllt Frank SCHWERDT aus.

Über die bereits im Vorfeld im Internet veröffentlichten Anträge „Gemeinsam. Entschlossen. Erfolgreich.“ (Leitantrag), „Sicherheit durch Recht und Ordnung“, „Unser Zukunftsmodell: Thüringen – Land der Arbeit und sozialen Gerechtigkeit“ und „Der Überfremdungslobby den Kampf ansagen“ hinaus beantragte der Kreisverband Saalfeld-Rudolstadt die Nichtzulassung öffentlicher Medien. Zur Begründung hieß es, Ziel dieser „Systemmedien“ sei die „skrupellose Machterhaltung der heute etablierten Politik mit der damit einhergehenden und jeder ehrlichen journalistischen Arbeit hohnsprechenden brutalen Stigmatisierung jeder politischen Konkurrenz – insbesondere der maßlosen Verleumdung der politischen Arbeit der NPD“. Der Kreisverband machte auch ansonsten sein Verständnis von Pressefreiheit deutlich. Aufgabe der nationalen Opposition nach einem erwarteten „Zusammenbruch des heutigen Finanz- und damit politischen Systems“ sei es, „in den (zum allergrößten Teil auch noch steuerfinanzierten) Redaktionsstuben mit eisernem Besen zu kehren“.

An der Veranstaltung nahmen ca. 100 Personen teil, darunter 54 Delegierte. Zu den Gästen zählten der NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL und der Rechtsanwalt Ingmar KNOP¹³. Einem Beitrag auf der Homepage des Landesverbands zufolge habe APFEL in seiner Rede deutlich gemacht, dass „weder der Davidstern noch der Halbmond über Deutschland und Europa wehen darf“ und „Deutschland das Land der Deutschen“¹⁴ sei. Bei den Verbrechen der Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) handle es sich seinen dort

¹³ KNOP ist parlamentarischer Berater der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Bis zur Fusion von „Deutsche Volksunion – Die neue Rechte“ (DVU) und NPD im Januar 2011 war er stellvertretender DVU-Bundesvorsitzender. Bis November 2011 gehörte er dem Bundesvorstand der NPD an.

¹⁴ Fehler im Original.

wiedergegebenen Ausführungen nach um „von bundesdeutschen Geheimdiensten initiierten Staatsterrorismus“.

Im Vorfeld des Parteitags hatte der Landesverband verschiedene Anmietversuche durchgeführt. In diesem Zusammenhang ergingen seit Februar dieses Jahres wiederholt Anfragen zweier ein und dieselbe Adresse in Eisenach nutzender Firmen für Veranstaltungsorte u. a. in Heiligenstadt und Großschwabhausen. Nach entsprechender Zusage des jeweiligen Vermieters wurde die Anmeldung mit der expliziten Anmerkung zurückgezogen, dies zu Gunsten des Landesparteitags der NPD zu tun. Unmittelbar darauf erfolgte eine Anfrage der NPD. Den abschlägig beschiedenen Antrag auf Nutzung des Dorfgemeinschaftshauses in Großschwabhausen versuchte sie gerichtlich durchzusetzen. Nach einem Erfolg vor dem Verwaltungsgericht Weimar hob das Thüringer Oberverwaltungsgericht das erstinstanzliche Urteil auf. Auch die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts brachte der NPD keinen Erfolg. Kurzfristig wick sie deshalb auf das Kulturhaus in Haselbach aus.

„Regionalkonferenzen“ des NPD-Landesverbands Thüringen

Anlässlich einer Eigenangaben nach am 5. Oktober in Jena durchgeführten ersten „Regionalkonferenz“ kündigte der NPD-Landesverband an, insgesamt drei solcher Treffen ausrichten zu wollen. Vorrangige Anliegen seien die Einbeziehung der Parteibasis in Planungen des Landesvorstands, die Mobilisierung des Umfelds, die Gewinnung neuer Mitglieder sowie das Erschließen neuer Bündnisse. Der Landesvorstand lud neben NPD-Mitgliedern auch Interessenten und „freie Aktivisten“ aus den Regionen ein.

Weitere Regionalkonferenzen sollen am 1. November in Kirchheim und am 1. Dezember in Schmalkalden stattgefunden haben.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum bewegte sich das öffentlichkeitswirksame Engagement der NPD auf einem etwas höheren Niveau als im Vorjahr. Im August und September wurden ein „Außendienstkonzept“ aufgestellt und Aktionswochen durchgeführt. Diese beinhalteten vor allem eine Vielzahl von Informationsständen. Die Zahl der Mitwirkenden blieb jedoch gering.

Neben Informationsständen und Mahnwachen führte die Partei im Jahresverlauf 18 Kundgebungen und Demonstrationen (2011: 9) mit insgesamt etwa 2.400 Teilnehmern (2011: 2.100) durch. Einige Veranstaltungen verzeichneten lediglich Teilnehmerzahlen im einstelligen Be-

reich. Die Aktivitäten erfolgten zum größten Teil in Kooperation mit dem neonazistischen Spektrum.

Mit der zehnten Kundgebung „Rock für Deutschland“, dem „NPD Eichsfeldtag“ und der Unterstützung des 11. „Thüringentags der nationalen Jugend“ hielt der Landesverband an seiner Strategie fest, rechtsextremistische Musik mit politischer Agitation zu verbinden. Ziel dabei ist es, den Teilnehmerkreis für öffentlichkeitswirksame Aktionen der Partei zu vergrößern, die Akzeptanz der NPD im aktionsorientierten rechtsextremistischen Spektrum zu steigern und in der Öffentlichkeit stärkere Präsenz zu zeigen.

„NPD-Eichsfeldtag“ am 5. Mai in Leinefelde

Am 5. Mai fand zum zweiten Mal der „NPD Eichsfeldtag“ unter dem Motto „Sozial geht nur National“ in Leinefelde mit ca. 960 (2011: 350) Teilnehmern statt. Veranstalter war der unter der Leitung von Thorsten HEISE¹⁵ stehende NPD-Kreisverband Eichsfeld.

Die Mobilisierung erfolgte vornehmlich im Internet. Auf den Webseiten des NPD-Kreisverbands Eichsfeld, des „Germaniaversands“, des „W & B-Versands“, der „Aktionsgruppe4Hessen“ sowie in den Foren „nationale-revolution“ und „Thiazi“ fanden sich entsprechende Veranstaltungshinweise.

Im Veranstaltungsverlauf traten der Liedermacher „Torstein“ (Thüringen) sowie die rechtsextremistischen Bands „Tätervolk“ (Mecklenburg-Vorpommern), „Timebomb“ (Schleswig-Holstein), „Preussenstolz“ (Brandenburg) und „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) auf. Dazwischen erfolgten Redebeiträge u. a. von HEISE, dem Publizisten Roland WUTTKE (Bayern) und dem wenig später zum NPD-Landesvorsitzenden Thüringen gewählten Patrick WIESCHKE.

Anders als im Vorjahr war die Bewertung der Veranstaltung im „Thiazi-Forum“ überwiegend positiv. So schreibt ein Besucher: „Die Organisation war bestens, Preise in Ordnung und auch genügend Angebot für die Kaufsüchtigen. Die Bands waren allesamt Top!“. Ein anderer Besucher bemerkt: „Es war eine gute Veranstaltung die ohne irgendwelche Zwischenfälle ablief [...] ich schätze mal das das schlechte Wetter sehr viele davon abgehalten hat nach Eichsfeld zu fahren [...]“.¹⁶ HEISE kündigte im Internet bereits die Folgeveranstaltung für das Jahr 2013 an.

¹⁵ Siehe Kapitel 4.4.1.

¹⁶ Fehler im Original.

11. „Thüringentag der nationalen Jugend“ am 9. Juni in Meiningen

Zu dem 11. „Thüringentag der nationalen Jugend“ unter dem Motto „Volkstod stoppen“ versammelten sich ca. 280 (2011: 750) Rechtsextremisten in Meiningen. Im Vorfeld der Versammlung führten 25 Personen einen Aufzug durch.

Neben den Thüringer NPD-Funktionären Patrick WIESCHKE und Hendrik HELLER trat auch der NPD-Bundesvorsitzende Holger APFEL als Redner auf. Im Wechsel dazu erfolgten Musikbeiträge der Bands „Preussenstolz“ (Brandenburg), „Strongside“ (Sachsen-Anhalt), „Faust“ (Hessen) und „KZT“ (Thüringen). Auf dem Veranstaltungsgelände befanden sich Verkaufsstände des Textillabels „Ansgar Aryan“¹⁷ und von dem einschlägig bekannten „Germania Versand“¹⁸. Weiterhin waren Vertreter des „Dresdner Aktionsbündnis gegen das Vergessen“ sowie des „Gedenkbündnis Bad Nenndorf“ anwesend. Die Landtagsfraktion der NPD Sachsen präsentierte sich mit einem Werbefahrzeug und einem Informationsstand. Im Rahmen eines taggleich von der NPD bundesweit betriebenen „Anti-Euro-Aktionstags“ wurde zudem ein entsprechender Informationsstand unterhalten.

Im Zusammenhang mit der Veranstaltung wurden Ermittlungsverfahren zu drei Verstößen gegen § 86 a Strafgesetzbuch, einem Verstoß gegen das Waffengesetz sowie zu drei Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

Die Veranstaltung war von Hendrik HELLER im Namen des NPD-Landesverbands Thüringen ursprünglich für Bad Salzungen angemeldet, später jedoch aus organisatorischen Gründen nach Meiningen verlegt worden. Einer Internetdarstellung zufolge wollte man zudem zeigen, mit der Veranstaltung „mehr als Tausend Besucher in die Residenzstadt“ locken zu können, obgleich sie seit mehreren Jahren als Austragungsort für „Rock gegen Rechts“ bekannt ist. Die erwartete Teilnehmerzahl von 1.500 bis 2.000 Personen wurde deutlich verfehlt. Die Angaben zu der Höhe des erhobenen Eintrittspreises differieren; er soll bei 15 bzw. 25 Euro gelegen haben.

Unter Bezugnahme auf die Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) sprach Holger APFEL von „kriminellen Geheimdiensten, die über Leichen gehen“ und „Staatsterrorismus“. Die „Herrschenden“ wollen mit einem „so genannten rechten Terrornetzwerk“ von

¹⁷ Am 29. März durchsuchten Polizeikräfte die Geschäftsräume des Textilvertriebs/-labels „Ansgar Aryan“ in Oberhof und beschlagnahmten mit verfassungsfeindlichen Symbolen versehene Bekleidungsstücke, Computer, Akten und die Kundendatei. Das Label wirbt in einem rechtsextremistischen Forum. Vgl. Monatsbericht April 2012.

¹⁸ Siehe Kapitel 5.3.

der „unappetitlichen Rolle der Geheimdienste“ ablenken. Schließlich forderte er „die Freiheit für alle politischen Gefangenen wie Horst MAHLER und co...“.

„Rock für Deutschland“ am 7. Juli in Gera

„Europas Zukunft liegt in Deutschland und nicht im Euro“ lautete das Motto der am 7. Juli in Gera zum zehnten Mal durchgeführten NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“. Mit ca. 990 Besuchern lag die Teilnehmerzahl über der des Vorjahrs (2011: ca. 670). Vor Zutritt zum Veranstaltungsgelände war ein „Beitrag“ in Höhe von 15 Euro zu entrichten.

Die Anmeldung ging auf den NPD-Kreisverband Gera zurück. Als Versammlungsleiter fungierte dessen Vorsitzender Gordon RICHTER, als sein Stellvertreter André BERGHOLD¹⁹. Die Mobilisierung erfolgte u. a. über die eigens dafür eingerichtete Internetseite. Darüber hinaus existierten auf zahlreichen Szeneseiten Verlinkungen und Hinweise. Auch in den einschlägigen Foren wurde die Veranstaltung thematisiert.

Neben der Eröffnungsrede von Gordon RICHTER lieferten Udo VOIGT²⁰, Matthias FISCHER²¹, Patrick SCHRÖDER²², Dieter RIEFLING²³ und Matthias FAUST²⁴ Wortbeiträge, die jeweils im Wechsel mit Auftritten der rechtsextremistischen Bands „Words of Anger“ (Schleswig-Holstein), „Oidoxie“ (Nordrhein-Westfalen), „Exzess“ (Brandenburg) und „Tätervolk“ (Mecklenburg-Vorpommern) erfolgten.

Insgesamt sind 21 Straftaten und sieben Ordnungswidrigkeiten registriert worden sowie zwei vorläufige Festnahmen erfolgt. Überdies wurden drei Gewahrsamsnahmen durchgeführt und 14 Platzverweise erteilt.

„Anti-Moschee-Kampagne“ des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis

Am 27. Juli fand in Eisenach eine Kundgebung des NPD-Kreisverbands Wartburgkreis unter dem Motto „Überfremdung stoppen – Keine Moschee in Eisenach!“ statt. Die Veranstaltung war Abschluss einer „Anti-Moschee-Kampagne“ des Kreisverbands, zu der auch zwei Infostände gehörten. Zudem behauptet die Partei, 10.000 Flugblätter zu diesem Thema in Ei-

¹⁹ Stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Gera.

²⁰ Ehemaliger NPD-Bundesvorsitzender.

²¹ Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Fürth.

²² Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Weiden/Oberpfalz.

²³ Den „Freien Kräften“ zuzurechnender Rechtsextremist aus Niedersachsen.

²⁴ Beisitzer im Bundesvorstand der NPD.

senach verteilt zu haben. An der Veranstaltung beteiligten sich nach Polizeiangaben etwa 70 Personen. Die NPD gab 100 bis 150 Teilnehmer an.

Die „Anti-Moschee-Kampagne“ war bereits im Februar des Jahres angekündigt worden. Im Internet thematisierte Patrick WIESCHKE den Bestand einer Moschee in Eisenach. Diese solle man „als ersten Pflock betrachten, den der Prophet Mohammed und seine Jünger ins Herz der Stadt rammen“. Als Ziel der Aktionen wurde benannt, „die Eisenacher über die Gefahren einer Islamisierung Deutschlands und Europas aufzuklären und den dort ein- und ausgehenden Fremden klar zu machen, dass wir ihre Ausbreitung auf deutschem Boden nicht akzeptieren werden“. Die NPD werde „massiven Widerstand gegen die Überfremdung Deutschlands und noch(!) deutscher Städte leisten“.

„Außendienstkonzept“ und Aktionswochen des NPD-Landesverbands

In einer Mitteilung vom 31. August kündigte der NPD-Landesverband ein „Außendienstkonzept“ an. Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle waren demnach aufgefordert, wöchentlich Informationsstände oder öffentliche Aktionen durchzuführen. Nach Informationsständen in Greiz, Zeulenroda und Kölleda folgten weitere u. a. in Schmalkalden, Meiningen, Bleicherode und Nordhausen. Im Zeitraum vom 15. bis 30. September wurden die Aktivitäten verstärkt. Die Thüringer NPD stellte die „Aktionswochen“ unter das Motto „Deutsche Kinder groß und klein, sollen Deutschlands Zukunft sein“. Den Kern bildeten besagte Informationsstände in weiten Teilen Thüringens überwiegend zu der Thematik „NPD – Raus aus dem Euro“. Am 20. September fand zudem eine Kundgebung vor dem Thüringer Landtag statt. An der mit „Deutsche Kinder braucht das Land – Demokratischen Wandel erkämpfen“ betitelten Veranstaltung nahmen ca. 45 Personen teil. Die „Aktionswochen“ wurden durch eine Ausgabe der „Thüringer Regionalzeitungen“ begleitet. Die Partei gab zudem an, 200.000 Flugblätter sowie Hunderte Plakate gedruckt zu haben. Unter dem Slogan „Der demographische Wandel ist kein Naturgesetz“ wurde ein angeblich „schleichender Volkstod“ thematisiert. Thüringen stehe nach Ansicht der NPD vor einer „bevölkerungspolitischen Katastrophe“.

Die Veranstaltungen im Rahmen der „Aktionswochen“ blieben in der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Das Resümee des NPD-Landesvorsitzenden Patrick WIESCHKE fiel dennoch erwartungsgemäß positiv aus. Demnach habe die Thüringer NPD bewiesen, dass sie ihre „Kernthemen“ erfolgreich vermarkten und in die öffentliche Wahrnehmung bringen könne. Die „familienpolitischen Gegenmaßnahmen“ zur „bevölkerungspolitischen Katastrophe“ würden auch in den kommenden Wahlkämpfen ein zentrales Thema der Öffentlichkeitsarbeit darstellen. Einzig die NPD nehme sich dieser Problematik an und vermeide es, den „Volks-

tod als Naturgesetz zu beschönigen“. Trotz der Ankündigung, das „Außendienstkonzept“ kontinuierlich weiterzuführen, fanden im vierten Quartal 2012 keine derartigen Aktionen statt. Offenbar verfügt der hiesige Landesverband nicht über die für umfangreiche Kampagnen erforderlichen Ressourcen.

3.1.2.7 Bewertung und Ausblick

Auch nach der Übernahme des Landesvorsitzes durch Patrick WIESCHKE bleiben strukturelle und personelle Defizite Charakteristika des Thüringer NPD-Landesverbands. WIESCHKE versuchte die Aktionsfähigkeit des Landesverbands nach seiner Wahl zu steigern. Ausdruck dessen waren das „Außendienstkonzept“ und die Aktionswochen im August bzw. September 2012. Bislang ist jedoch kein grundlegender Wandel im Landesverband zu erkennen. Möglicherweise nimmt die Aktionsbereitschaft mit wachsender zeitlicher Nähe zur Landtagswahl 2014 weiter zu. Zu erwarten sind auch weitere Bemühungen zur Integration von parteiunabhängigen Rechtsextremisten in die NPD. Im Berichtsjahr wurde das Projekt „Thüringer Regionalzeitungen“ fortgesetzt. Die von der NPD seit Jahren propagierte kommunale Verankerung erfuhr zumindest durch die von NPD-Kandidaten bei der Kommunalwahl 2012 erzielten Ergebnisse keine Bestätigung. Zudem ist die Partei längst nicht in allen Thüringer Regionen präsent, bereits bestehenden Strukturen mangelt es nicht selten an der notwendigen Handlungsfähigkeit. Auch die Repräsentanten der Partei in den einzelnen Stadträten und Kreistagen vermochten es nicht, dort merkliche Akzente zu setzen und der NPD kommunalpolitisches Kapital einzubringen. Die wenigen Aktivitäten wurden bestenfalls im eigenen politischen Umfeld wahrgenommen und waren auch dort nicht unumstritten. Im Berichtszeitraum kündigte der Landesverband wiederholt an, sich für die Landtagswahlen 2014 rüsten zu wollen.

3.1.3 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

	Bund	Thüringen
Gründungsjahr	1969	2006
Sitz	Bernburg	-
Mitglieder		
2012	ca. 350	ca. 5
2011	ca. 430	ca. 5
2010	ca. 430	ca. 10
Publikation	Zentralorgan „Der Aktivist“	–

Der Bundesverband der JN

Die Jugendorganisation der NPD gilt als „integraler Bestandteil“ der Partei. Der Vorsitzende der JN hat gleichzeitig einen Sitz im Bundesvorstand der NPD inne. Die JN verstehen sich als „Kaderorganisation der Nationalen Bewegung“ und „nationalistische Jugendbewegung Deutschlands“ mit „revolutionärer Ausrichtung“. Sie bekennen sich zur „Volksgemeinschaft“, die sie in „einer neuen nationalistischen Ordnung“ verwirklichen wollen. Im Selbstverständnis der Organisation heißt es: „Ein Kader der JN zu werden bedeutet, Elite der deutschen Volksgemeinschaft zu sein!“. Ungeachtet dieses Anspruchs sind die JN nicht im gesamten Bundesgebiet präsent. In Thüringen treten sie seit Längerem nicht mehr in Erscheinung.

Die JN sind unverändert bemüht, sich deutlicher von der NPD abzugrenzen und ein eigenständiges Profil zu erlangen. Dieses ist verbal deutlich radikaler als das der Mutterpartei. Wie die NPD definieren die JN ihr gesellschaftliches Ziel in Form einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft. Im Streben danach müsse man „zunächst eine eigene Kampfgemeinschaft gründen“. Typisch für die JN ist eine starke Wertsetzung auf eine romantisierte und mystisierte Sicht auf die Vergangenheit als Gegensatz zu einer zerstörerisch wahrgenommenen Gegenwart. Dabei verkünden sie vorgebliche „deutsche Tugenden“. So sei „es der Deutsche, der von niemandem auf dieser Welt an Ehre übertroffen“ würde. Die „Ehre ist für den Deutschen der höchste Besitz“ und verlange „das Loslösen vom Individuum, der Ich-Sucht und setzt an diese Stelle den Wert der Gemeinschaft, des Stammes, der Sippe“.

Bundeskongress der JN am 27. Oktober in Kirchheim

Am 27. Oktober fand in Kirchheim der diesjährige Bundeskongress der JN mit etwa 120 Teilnehmern statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Wir schreien, wenn alle schweigen“. Im Ergebnis der dort durchgeführten Neuwahl des Bundesvorstands steht nunmehr Andy KNAPE (Sachsen-Anhalt) an der Spitze der Organisation. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Julian MONACO (Sachsen) gewählt. Der frühere Bundesvorsitzende Michael SCHÄFER (Sachsen-Anhalt) gehört dem Vorstand als Beisitzer weiterhin an, für den Vorsitz hatte er jedoch nicht mehr kandidiert. Weitere Programmpunkte sollen ein Vortrag von Dr. Tomislav SUNIC (kroatisch-amerikanischer Politikwissenschaftler) und ein Auftritt des Liedermachers „Jugendgedanken“ (Niedersachsen) gewesen sein.

Die JN in Thüringen

Im Berichtszeitraum traten die Thüringer JN nicht in Erscheinung. Strukturell etabliert scheinen sie hier nicht, allenfalls ist von einzelnen Mitgliedern auszugehen. Mit dem Bundeskongress am 27. Oktober in Kirchheim fand innerhalb knapper Jahresfrist die zweite Veranstaltung²⁵ des JN-Bundesverbands in Thüringen statt. Diese Veranstaltungen sind jedoch nicht als Indiz für etwaige regionale Organisationsstrukturen zu verstehen. Sie beruhen eher auf der zentralen Lage Thüringens in der Bundesrepublik und dem Vorhandensein einer durch Rechtsextremisten nutzbaren Lokalität in Kirchheim.

3.1.4 „Ring Nationaler Frauen“ (RNF)

Der RNF wurde im September 2006 gegründet und versteht sich als Frauenorganisation der NPD. Durch ihre Vorsitzende ist sie mit einem Sitz im NPD-Bundesvorstand vertreten. Dabei fühlt sich der RNF ganz dem antiemanzipatorischen Bild der Mutterpartei verpflichtet. Seiner Ansicht nach befinde sich „Deutschland in großer Gefahr“ und drohe „durch die multikulturellen Wahnfantasien der etablierten Parteien“ unterzugehen. Obwohl Frauen „gemeinhin nicht auf Konflikte und Auseinandersetzungen aus“ seien, wüssten sie, „wie eine Löwenmutter ihre Heimat und ihr Volk zu verteidigen“. Trotz dieses kämpferischen Anscheins zeigt der RNF innerhalb der NPD kaum eigenes Profil und ist in der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar. Seine Aktivitäten sind meist auf Informationsstände bei NPD-Veranstaltungen beschränkt.

Am 25. Februar trat die bisherige Vorsitzende des RNF, Edda SCHMIDT, überraschend von ihrem Amt zurück. Auf dem Bundeskongress des RNF am 28. April wurden ein neuer Vorstand und Gitta SCHÜßLER²⁶ (Sachsen) zur Bundesvorsitzenden gewählt. Dem neuen Bundesvorstand gehört auch Gaby ZELLMANN, Gründungsmitglied des RNF und Mitglied im NPD-Kreisvorstand Eichsfeld, an.

Auch nach der Wahl ZELLMANNs waren im Berichtszeitraum keine Aktivitäten des RNF in Thüringen erkennbar.

²⁵ Zuletzt am 5. November 2011.

²⁶ Gitta SCHÜßLER ist Mitglied der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

4. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

4.1 Ideologischer Hintergrund

Die Ansichten der Neonazis setzen sich aus ideologischen Versatzstücken nationalsozialistischer, gewaltverherrlichender Rhetorik und Symbolik sowie subkulturellen Elementen zusammen. Die Übergänge zwischen der politisch-ideologisch geprägten Neonaziszene einerseits und dem subkulturell geprägten Spektrum andererseits sind fließend, es bestehen starke personelle Überschneidungen. Was den meisten Neonazis an weltanschaulich-ideologischem Wissen fehlt, wird von ihnen durch eine provozierende und aggressive Haltung nach außen kompensiert. Da sich Neonazis auf führende Personen der nationalsozialistischen Diktatur, auf deren Symbole und Riten berufen, geht von ihnen ein hohes Provokationspotenzial aus.

Neonazis betrachten ihre Umwelt aus der Sicht rassistisch unterlegter „Freund-Feind-Kategorien“. Sie sind der Überzeugung, sich in einem permanenten Kampf gegen das angeblich übermächtige „Weltjudentum“ zu befinden, das sie Außenstehenden gegenüber mit der Kurzformel ZOG²⁷ verschleiern. Ihrer Ansicht nach werden die westlichen Regierungen – insbesondere die der USA und Deutschlands – vom „internationalen Finanzjudentum“ gesteuert und unterstützten dessen Streben nach der Weltherrschaft. Als Chiffre für diese Behauptung wird von ihnen der Begriff „amerikanische Ostküste“ verwandt.

4.2 Organisations- und Aktionsformen der Neonaziszene im Allgemeinen

Neonazis sind in einer Vielzahl rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen sowie meist regional in lockeren Strukturen organisiert. Nachdem Anfang der neunziger Jahre mehrere neonazistische Organisationen verboten worden waren, reagierten die Neonazis mit zwei verschiedenen Gegenstrategien. Auf der Suche nach Organisationsformen fand sich ein Teil der Neonazis, die sich selbst als „Freie Nationalisten“ bezeichnen, in unabhängigen Kameradschaften („Organisierung ohne Organisation“) zusammen. Andere wählten das „legale Dach“ der NPD als Unterschlupf und nutzten deren Parteienprivileg für eigene Aktionen. Ein Teil der Neonaziszene tritt unter der Bezeichnung „Autonome Nationalisten“ auf. Dieses Phänomen stellt allerdings weniger eine Organisations-, sondern vielmehr eine Aktionsform dar.

²⁷ ZOG steht für „Zionist Occupied Government“ („zionistisch beherrschte Regierung“).

Konzept der „Freien Kameradschaften“

Die dominierende Organisationsform der Neonaziszene bildete viele Jahre die „Freie Kameradschaft“. Kameradschaften existieren in fast allen Bundesländern, obwohl selbst führende Neonazis in den letzten Jahren der NPD beigetreten sind und sich dort engagieren. Die Parteienbindung hindert sie in der Regel nicht, weiter für die Kameradschaft aktiv zu bleiben. Das Konzept der „Freien Kameradschaften“ sieht vor, sowohl in kleinen autonomen Einheiten auf meist lokaler bzw. regionaler Ebene zu agieren als auch, sich über technische und personelle Kontakte überregional zu vernetzen. Aufgrund ihres informellen Charakters sollen den Behörden weniger Angriffspunkte geboten werden, gegen die Kameradschaften vorzugehen. Obwohl Kameradschaften meist keine oder nur in Ansätzen vereinsähnliche Strukturen aufweisen, sind sie dennoch kraft einer verbindlichen Funktionsverteilung deutlich strukturiert. Sie werden durch die Bereitschaft getragen, gemeinsam politische Arbeit in der Absicht zu leisten, neonazistisches Gedankengut zu verbreiten. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen dann von einer neonazistischen „Kameradschaft“, wenn die jeweilige Gruppierung die folgenden Merkmale aufweist:

- einen abgegrenzten Aktivistenstamm mit beabsichtigter geringer Fluktuation,
- eine lediglich lokale oder maximal regionale Ausdehnung,
- eine zumindest rudimentäre Struktur und
- die Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf Basis einer rechtsextremistischen, insbesondere neonazistischen Grundorientierung.

Die Grenzen zu einem eher losen Personenzusammenschluss sind dabei meist fließend. Wichtig bei der Beurteilung durch die Verfassungsschutzbehörden, ob es sich um eine Kameradschaft handelt, oder um eine noch verhältnismäßig lose strukturierte Gruppierung, ist vor allem, wie lange eine solche Gruppierung entsprechende Aktivitäten entfaltet. Auch bei zeitweilig sehr intensiver Ausübung rechtsextremistischer Bestrebungen kann die Schwelle zur Kameradschaft mitunter noch nicht überschritten sein. Für die Beurteilung der Aktivität und ihre schädliche Wirkung ist dies allerdings zunächst unerheblich.

„Autonome Nationalisten“ (AN)

Bei AN handelt es sich um überwiegend junge, aktionsorientierte Rechtsextremisten, die ihre politischen Überzeugungen schnell in die Tat umsetzen wollen und in der Mehrzahl grundsätzlich auch bereit sind, hierfür Gewalt einzusetzen.

Kennzeichen der AN sind:

- militante Kampfformen („Schwarzer Block“ und Gewaltandrohungen gegen Polizei und Gegendemonstranten),
- ein verändertes Outfit (schwarze Kleidung oder/und Vermummung),
- die Verwendung von Versatzstücken linksextremistischer Symbolik und
- eine mit Anglizismen durchsetzte Sprache.

Die AN stellen keine Organisation im klassischen Sinne, sondern eine spezielle Strömung innerhalb der Neonazi-Szene dar, deren Entstehung und Habitus u. a. durch Einflüsse anderer Jugendsubkulturen sowie der linksextremistischen Autonomen geprägt sind. Die Angehörigen dieser Bewegung wollen sich durch „erlebnisorientierte“ Aktionsformen Gehör verschaffen. Die meist jugendlichen Aktivisten orientieren sich in ihrem Erscheinungsbild an dem aus der linksextremistischen autonomen Szene bekannten „Schwarzen Block“. Ideologisch richten sie sich teilweise – oft auch nur vorgeblich – am sozialrevolutionären Flügel der NSDAP um die Gebrüder Strasser aus. Die AN verfügen insofern über kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Die gewählten „autonomen“ Aktionsformen sowie der Verzicht auf straff organisierte Gruppen sollen staatlichen Stellen und dem politischen Gegner die Aufklärungsarbeit erschweren. In dieser Hinsicht ähneln sie den „Freien Kameradschaften“.

Zwischen AN und einem Teil der klassischen Kameradschaften bzw. den „Freien Kräften“ lässt sich eine zunehmende ideologische Annäherung und stärkere personelle und strukturelle Verzahnung feststellen. Personenzusammenschlüsse, die sich selbst als AN bezeichnen, weisen bei öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten und in ihrem äußeren Erscheinungsbild keine Unterschiede zu anderen neonazistischen Personenzusammenschlüssen mehr auf. Im Berichtszeitraum war zunehmend festzustellen, dass die Elemente der AN von einer Vielzahl der neonazistischen Personenzusammenschlüssen übernommen wurden.

Das Verhältnis zwischen der NPD und den AN ist weiterhin ambivalent. Ist die Partei einerseits auf jegliche Unterstützung aus dem rechtsextremistischen Spektrum bei Wahlkämpfen und öffentlichen Veranstaltungen angewiesen, hat sich das NPD-Bundespräsidium schon vor Jahren von den „anarchistischen Erscheinungsformen“ der AN distanziert.

Jugendcliquen/Mischszene

Neben den angesprochenen Organisationsformen existieren weitere weitgehend unstrukturierte Szenen, in denen Neonazis Aktivitäten entfalten. Diese bilden sich aus Mangel an at-

traktiven sozialen Alternativen vorrangig im ländlichen Raum. Zwischen diesen Cliques und dem Bereich der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bestehen keine klaren Trennlinien.

Auch diese Jugendcliques wählen mitunter die Bezeichnung „Kameradschaft“. In einigen Fällen wird der Zusammenhalt auch durch martialisch klingende Phantasienamen beschworen. Solche überwiegend regionalen, subkulturell geprägten Cliques treffen sich u. a. in Privatwohnungen und Gaststätten, an Tankstellen, Garagenkomplexen und anderen öffentlichen Räumen. Ihre Mitglieder verfügen meist über eine rechtsextremistische Grundeinstellung. Im Vordergrund der Cliques stehen jedoch gemeinsame Freizeitaktivitäten, die Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen und Konzerten sowie das gemeinschaftliche Auftreten. Den Cliques mangelt es oft entweder an einem abgegrenzten Aktivistenstamm oder an einer zumindest ansatzweisen Struktur, die auch gebietet, sich dauerhaft zu engagieren. Die Anzahl der ihnen zugehörigen Personen schwankt. Mitunter fallen diese Cliques durch provokatives Verhalten in der Öffentlichkeit auf, dessen Folgen auch Propagandadelikte, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen sein können.

4.3 Zusammenarbeit mit der NPD

Der von der NPD proklamierte und von Teilen der Neonaziszene verwendete Begriff „Nationaler Widerstand“ bezeichnet den Willen von Rechtsextremisten, gemeinsam organisationsübergreifend gegen das politische System der Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte vorzugehen. Während des letzten Jahrzehnts war das Verhältnis zwischen NPD und Neonazis sowohl von Annäherung als auch von Abgrenzung gekennzeichnet. Im Jahr 2004 leitete die zwischen der NPD und Teilen der Neonaziszene getroffene Absprache, künftig offen zusammenzuarbeiten, eine neue Entwicklung ein. Sie erreichte ihren Höhepunkt in dem Konzept, die extreme Rechte in einer „Volksfront von Rechts“ zusammenzuschließen.²⁸

Trotz der weit gediehenen Kooperation brechen gelegentlich deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Freien Kräften“ und der Partei auf. Für einen Teil des neonazistischen Spektrums sind die öffentlichen Positionen der NPD zu „weichgespült“. Sie misstrauen der von Holger APFEL verfolgten „seriösen Radikalität“ und sehen die Partei durch deren Beteiligung an Wahlen und der Inbesitznahme von Mandaten eher als Teil des verhassten Systems der Bundesrepublik. Zudem werfen sie ihren Funktionären „Bonzentum“ vor.

²⁸ Siehe die Kapitel 3.1.1.1 und 3.1.1.3.

4.4 Die Neonaziszene in Thüringen

Die Zahl der Neonazis bundesweit entspricht mit ca. 6.000 Personen dem Vorjahresniveau. In Thüringen war hingegen ein Anstieg auf etwa 350 (2011: 300) Personen zu verzeichnen. Die leichte Konsolidierung der Thüringer NPD führte anders als in den Vorjahren nicht zu einem Rückgang des neonazistischen Personenpotenzials. Vielmehr verfestigte sich dort der Trend, größere Eigenständigkeit gegenüber der Thüringer NPD zu gewinnen.

Soweit Thüringer Neonazis organisiert sind, handelt es sich dabei neben Mitgliedschaften in der NPD vor allem um Zugehörigkeiten zu Kameradschaften, Mischszenen oder sonstigen lockeren Personenzusammenschlüssen. Zudem gibt es Neonazis, die ohne Organisationszugehörigkeit an entsprechenden Veranstaltungen der NPD oder des Neonazispektrums teilnehmen oder eigene Aktivitäten, wie z. B. die Gestaltung von Internetauftritten, entfalten.

Ein besonderes Phänomen des Bestrebens, der neonazistischen Szene auch überregionale Vernetzung zu verleihen, stellt das sog. Freie Netz (FN) dar. In Thüringen sind entsprechende Ableger in Jena/Kahla, Saalfeld und Altenburg bekannt. Nicht alle diese Gruppierungen sind nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden jedoch als Kameradschaft im engeren Sinne zu klassifizieren. Ihre Funktion für die regionale und überregionale Vernetzung von Neonazis ist allerdings nicht zu unterschätzen.

4.4.1 Kameradschaften

In Thüringen konnten im Berichtszeitraum vier aktive Kameradschaften festgestellt werden. Zudem traten vereinzelt Gruppen in Erscheinung, die zumindest ihrem Selbstverständnis nach eindeutig dem Konzept der „Freien Kameradschaften“ bzw. den „Freien Kräften“ zugeordnet werden können.

„Kameradenkreis um Thorsten Heise“

auch:	„Kameradschaft Northeim“, „Kameradschaft Eichsfeld“
Sitz:	Fretterode
Mitglieder:	ca. 15
Führungsperson:	Thorsten HEISE

Die „Kameradschaft Northeim“ wurde 1995 von dem Neonazi Thorsten HEISE²⁹ gegründet. Auf seinem Anwesen in Fretterode finden wöchentliche „Kameradschaftsabende“ statt, an denen in der Regel ca. 15 Personen aus Thüringen und den angrenzenden Bundesländern teilnehmen. Über HEISE unterhält die Kameradschaft Kontakte zu Rechtsextremisten in anderen Bundesländern und im Ausland. Die Kameradschaftsangehörigen nehmen vorwiegend an szenetypischen Veranstaltungen außerhalb Thüringens teil, im Freistaat tritt die Kameradschaft nur selten öffentlich auf.

HEISE betreibt den „W & B Versand“³⁰, einen Großhandel für Bild- und Tonträger, Geschenkartikel und Militärkleidung sowie einen Einzelhandel mit Wein und Spirituosen. Mit seinem Vertrieb ist er auch im Internet aktiv. Mitte 2008 wurde das bestehende Gewerbe um einen Buchverlag erweitert, in dem seit Anfang des Jahres 2011 die Zeitschrift „Volk in Bewegung - Der Reichsbote“ erscheint. Für die Zeitschrift, die hauptsächlich neonazistische und geschichtsrevisionistische Artikel beinhaltet, zeichnet HEISE als Herausgeber verantwortlich.

Seit Mitte 2010 ist HEISE Vorsitzender des NPD-Kreisverbands Eichsfeld und versucht – insbesondere in Ausübung seines 2009 errungenen Kreistagsmandats – die Partei bürgerlich und engagiert zu präsentieren. Im Mai 2012 wurde HEISE zudem zum stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Landesverbands Thüringen gewählt.

Kameradschaft „Freies Netz Jena“ (FN Jena)

vormals:	„Nationaler Widerstand Jena“ (NWJ)
Sitz:	Jena/Kahla
Mitglieder:	ca. 20

Das FN Jena ging aus dem NWJ hervor, der sich Ende 2008 dem Aktionsbündnis „Freies Netz Mitteldeutschland“ (FN Mitteldeutschland) anschloss und in der Folge seinen Namen entsprechend änderte. Der sich nunmehr unter der Bezeichnung FN Jena etablierten Gruppierung dürften insgesamt etwa 20 Personen zuzurechnen sein. Als Treff- und Veranstaltungsstätte diente vorrangig das zum „Braunen Haus“³¹ gehörende Außengelände.

²⁹ HEISE zählt zu den bekanntesten deutschen Neonazis. Er war Landesvorsitzender der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) in Niedersachsen, die bis zu ihrem Verbot im Jahre 1995 über ein Jahrzehnt eine der auffälligsten Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik darstellte. Nachdem die NPD-Führung „Volksfront statt Gruppenegoismus“ propagierte, trat HEISE 2004 in die NPD ein. Kurze Zeit später erfolgte seine Wahl in den Bundesvorstand, dem er bis November 2011 angehörte.

³⁰ Siehe auch Kapitel 5.3.

³¹ Siehe Kapitel 6.1.

Das FN Jena beschreibt sich selbst als einen „Zusammenschluss junger Deutscher, die alle an irgendeinem Punkt im festgelegten Zeitstrahl des ‚freien‘ Bürgers erwacht sind und die Realität hinter der BRD-Matrix in ihrer ganzen Hässlichkeit erkennen mussten. Aus der Erkenntnis über die Notwendigkeit des aktiven und des passiven Widerstandes gegen ein System, das die Zukunft der ihm anvertrauten Menschen für globalistische Strippenzieher verschachert, ist das ‚Freie Netz Jena‘ eine Einigung verschiedener politischer Bekenntnisse und Überzeugungen mit der Schnittmenge, das alle Aktivisten des FN ein freies und souveränes Deutschland als Bollwerk gegen Kapitalismus, Dekadenz und Überfremdung anstreben.“

Die Ausführungen auf der Website des FN Jena enthalten teilweise nationalistische und rassistische Formulierungen. Des Öfteren werden tagespolitische oder gesellschaftliche Themen aufgegriffen und mit einer von rechtsextremistischer Ideologie untermauerten Kommentierung versehen.

Das FN Jena entfaltet im Vergleich zu anderen neonazistischen Gruppierungen in Thüringen eine Vielzahl an Aktivitäten, die nicht zuletzt auch auf eine breitere öffentliche Wahrnehmung gerichtet sind. Hierzu berichtet das FN Jena im Nachgang auf seiner Homepage über diverse Aktionen.

Auch verfasste das FN Jena das seit April 2010 zunächst monatlich aufgelegte Informationsblatt „Freie Nachrichten Jena“, welches im Berichtszeitraum jedoch nur noch sehr selten erschien.

Zur Pflege „germanischen Brauchtums“ hält das FN Jena traditionelle Veranstaltungen, z. B. Sonnenwendfeiern, ab. Darüber hinaus werden Treffen zur politischen Meinungsbildung oder zur Unterhaltung der eigenen Anhängerschaft organisiert. Im Berichtszeitraum fanden u. a. eine Vortragsveranstaltung mit Zeitzeugen und ein rechtsextremistisches Fußballturnier statt.

Außerdem trat das FN Jena in Zusammenhang mit geschichtsrevisionistischen Veranstaltungen und neonazistischen Propagandaaktionen in Erscheinung. So beteiligte es sich erneut an der bundesweiten Aktionswoche „Ein Licht für Dresden“, die im Zusammenhang mit dem jährlich von Rechtsextremisten anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens 1945 organisierten „Gedenkmarsch“³² steht. Die in diesem Rahmen durchgeführten Aktivitäten umfassten im Wesentlichen Aufkleber- und Plakataktionen sowie das Aufstellen von

³² Siehe Kapitel 4.4.6.

Holzkreuzen. Auch anlässlich des Todestags von Rudolf HEB im August wurden Holzkreuze aufgestellt.

Darüber hinaus solidarisiert sich das FN Jena stark mit dem im NSU-Verfahren angeklagten Thüringer Rechtsextremisten Ralf WOHLLEBEN.³³

„Aktionsgruppe Weimarer Land“ (AG WL)

vormals: „Autonome Nationalisten Weimar“ (AN WE)

Sitz: Weimar/Weimarer Land

Angehörige: ca. 20

Seit September 2011 tritt das neonazistische Spektrum Weimars überwiegend unter der Bezeichnung „Aktionsgruppe Weimarer Land“ (AG WL) in Erscheinung. Eigenem Bekunden nach handelt es sich hierbei um „Nat(i)onale Sozialisten aus dem Weimarer Land“. Diese haben es sich zur Aufgabe gemacht, „den täglichen Kampf gegen ein (k)rankes und marodes System zu führen für ein Freies, Nationales und Sozialistisches Deutschland“. Die Gruppierung bekennt sich auf ihrer Internetseite zum „autonomen Nationalismus“ und befürwortet die Bildung „schwarzer Blöcke“.

Die AG WL trat mit der Durchführung zahlreicher Demonstrationen unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ im Raum Mittelthüringen in Erscheinung. Initiator war stets der Rechtsextremist Michél FISCHER. Unterstützung erfuhr die AG WL u. a. von Angehörigen der „Freien Kräfte Erfurt“ und des neonazistischen Spektrums Sachsen-Anhalts.

„Freie Kräfte Erfurt“ (FKE)

vormals: „Freies Netz Erfurt“ (FN Erfurt), „Aktionsgruppe Erfurt“ (AG Erfurt)

Sitz: Erfurt

Angehörige: ca. 30

Einer Eigendarstellung im Internet zufolge haben es sich Anhänger und Unterstützer der FKE zur Aufgabe gemacht, ein „starkes soziales Netz in Erfurt“ zu etablieren sowie auf ihrer Meinung nach bestehende Probleme aufmerksam zu machen. Als solche benennen sie z. B.

³³ Die Bundesanwaltschaft hatte am 8. November 2012 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München Anklage gegen das mutmaßliche Mitglied der terroristischen Vereinigung NSU, Beate ZSCHÄPE, sowie vier mutmaßliche Unterstützer und Gehilfen, darunter WOHLLEBEN, erhoben. Der Prozess wurde am 6. Mai 2013 eröffnet.

die vermeintlich hohe Kriminalitätsrate ausländischer Jugendlicher, die Überschwemmung durch Fremdkulturen und die „Rückführung kultur- und artfremder Ausländer“.

Die FKE lehnen eine Parteimitgliedschaft oder eine „Organisation klassischer Ausprägung“ ab. Vielmehr stelle die flächendeckende Vernetzung vieler unabhängiger Gruppierungen und Einzelpersonen eine geeignete Form des Widerstands gegen die herrschenden Zustände dar. Eine „Organisierung ohne Organisation“ biete die Möglichkeit, eine „kräftige Gegenmacht zu entwickeln, die in geeigneter Stunde eingreife“.

Neben der regen Teilnahme an rechtsextremistischen Demonstrationen in der Region und bundesweit, ist besonders die Kooperation mit der AG WL und die damit einhergehende Unterstützung bei zahlreichen Kundgebungen unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ hervorzuheben. Darüber hinaus pflegen die FKE enge Beziehungen zum rechtsextremistischen Verein „Pro Erfurt e.V.“³⁴.

4.4.2 „Autonome Nationalisten“ (AN) in Thüringen

In Thüringen traten 2008 erstmals Gruppierungen namens „Autonome Nationalisten Südthüringen“ oder „Autonome Nationalisten Erfurt“ bzw. AN-Anhänger im Raum Apolda in Erscheinung. Sie entfalteten jedoch kaum eigene Aktivitäten und bestehen inzwischen nicht mehr. In Nordthüringen agierten AN unter der Bezeichnung „Autonome Nationalisten Nordthüringen“ vorrangig über das Internet. Ende April 2012 wurde auch diese Seite vom Netz genommen. Eine noch im Vorjahr unter „Autonome Nationalisten Weimar“ aktive Gruppierung trat im Berichtszeitraum als „Aktionsgruppe Weimarer Land“ in Erscheinung und wird inzwischen als neonazistische Kameradschaft klassifiziert.³⁵

4.4.3 Sonstige Personenzusammenschlüsse

Neben den aufgeführten Kameradschaften im engeren Sinne entfalten in Thüringen weitere vergleichsweise lockere Personenzusammenschlüsse rechtsextremistische Aktivitäten. Sie haben teilweise nur eine Handvoll Mitglieder oder zeigten bislang noch nicht die Beständigkeit hinsichtlich ihres Bestehens bzw. ihrer auch öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten, als dass sie den „Freien Kameradschaften“ zuzuordnen wären.

³⁴ Siehe Kapitel 4.4.3.

³⁵ Siehe Kapitel 4.4.1.

„Hausgemeinschaft Jonastal“ (HGJ)³⁶

Vier seit 2011 in einer Wohngemeinschaft in Crawinkel lebende Rechtsextremisten treten seit Januar 2012 in einem sozialen Netzwerk als HGJ auf und vermitteln so den Eindruck eines über eine reine Wohngemeinschaft hinausgehenden Organisationsgrads.

Im Berichtszeitraum fanden in Crawinkel sieben rechtsextremistische Konzerte statt, ein weiteres wurde verhindert. Daneben dient das Objekt der rechtsextremistischen Szene als Treff- und sonstiges Veranstaltungsobjekt.³⁷

Im Dezember konnte in einem sozialen Netzwerk ein Bild festgestellt werden, welches u. a. die Bewohner der HGJ mit (Softair-)Waffen zeigt. Diesem waren verschiedene Kommentare, darunter „NSU reloaded“, zugeordnet. Möglicherweise sollte hierdurch eine gewisse Identifizierung mit den Zielen und Taten des NSU zum Ausdruck kommen.

„Aktionsgruppe Nordhausen“ (AG Nordhausen)

Nachdem Ende April 2012 die Internetseite der „Autonomen Nationalisten Nordthüringen“ (AN Nordthüringen) vom Netz genommen wurde, erfolgte im Juni die Freischaltung der Homepage der AG Nordhausen.

Eigenangaben zufolge ist sie am 2. Juni von einem Dutzend Nationalisten aus Nordhausen gegründet worden, um eine „Anlaufstelle für national gesinnte Menschen im Landkreis Nordhausen“ zu bieten. Es handele sich um „eine zukunftsorientierte, moderne Gruppierung, die für sämtliche Ansätze offen ist, die zum Wohle unseres Volkes und damit zum Wohle unserer Heimat beitragen“.

Die ca. 20 Personen umfassende Gruppierung entfaltete nach der Gründungsveranstaltung eine Handvoll Aktivitäten, u. a. führte sie einen Fackelmarsch zum „Gedenken an Rudolf Hess“ sowie ein „Heldengedenken“ anlässlich des Volkstrauertags am 18. November durch. Videos von diesen Aktionen wurden nicht nur auf der Homepage, sondern auch auf der Facebookseite der Gruppe veröffentlicht.

³⁶ Siehe auch „Szeneobjekt in Crawinkel“, Kapitel 6.1.

³⁷ Seit Januar 2013 liegt eine behördliche Untersagung vor, Nebengebäude des Objekts für öffentliche Veranstaltungen jeglicher Art, insbesondere Konzerte und sonstige Musikveranstaltungen, zu nutzen bzw. Dritten zu überlassen.

„Freie Kräfte Gera“

Die neonazistische Szene in Gera tritt unter Verwendung zahlreicher Bezeichnungen wie „Vollstrecker Gera“, „Volkszorn Gera“, „In Aktion gegen Kinderschänder“ oder „Freie Kräfte Gera“ bzw. „Freie Nationalisten Gera“ in Erscheinung. Ihr Handlungsrahmen ist von der Durchführung diverser Sprüh-, Plakat- oder Klebeaktionen geprägt. Diese betrafen auch Bürgerbüros demokratischer Parteien, wobei es hierbei auch zu Sachbeschädigungen durch Steinwürfe oder des Zünden von pyrotechnischen Erzeugnissen kam.

Die Durchführung eigener Aufzüge, wie jenem am 13. Februar unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“ mit 130 Teilnehmern, bildet hingegen die Ausnahme. Häufiger beteiligt man sich an den Demonstrationen des NPD-Kreisverbands Gera. Laut Eigenangabe im Internet handelt es sich bei der Gruppierung „Vollstrecker Gera“ um eine „junge Gruppe nationaler Aktivistinnen aus Gera“, die „NPD-freundlich, aktiv und organisiert“ sei. Die „Vollstrecker Gera“ verfügen über einen Twitter-Account, auf welchem gelegentlich Beiträge und Verlinkungen eingestellt sind, die gesellschaftliche Entwicklungen oder auch tagesaktuelle politische Themen kommentieren. Es wurden aber auch Danksagungen für die Teilnahme an Versammlungen der NPD getwittert, was eine gewisse Affinität zu dieser Partei bestätigt.

„Freies Netz Saalfeld“ (FN Saalfeld)

Das seit 2010 agierende FN Saalfeld betätigte sich im Berichtszeitraum überwiegend im Internet. Neben dem Aufgreifen lokaler Themen nutzt das FN Saalfeld seine Internetberichterstattung insbesondere für antikapitalistische und antisemitistische Propaganda, aber auch zur Hetze gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Neben einem kleinen Kreis ideologischer Führungspersonen werden dem FN Saalfeld etwa zehn Personen, welche für Veranstaltungen und Flugblattverteilungen rekrutiert werden können, zugerechnet. Ein Treff- und Veranstaltungsobjekt stand im Berichtszeitraum nicht zur Verfügung.

Die lokale Themen betreffenden Ausführungen auf der Internetseite des FN Saalfeld sind durch nationalistische und rassistische Äußerungen gekennzeichnet. Wiederholt greifen die Autoren aber auch überregionale Themen auf, welche einen stark ausgeprägten Antiamerikanismus und Antisemitismus erkennen lassen, verknüpft mit der Forderung nach „neuen Herrschaftsverhältnissen“. Das FN Saalfeld sieht seine Aufgabe weiterhin in der Ableistung

ideologischer Überzeugungsarbeit. So heißt es: „Wir werden [...] der Stachel im Fleisch des politischen Systems sein und dieses bekämpfen.“

Im Berichtszeitraum kam es zu Solidaritätsbekundungen den im NSU-Verfahren angeklagten Ralf WOHLLEN betreffend, die allem Anschein nach auf das FN Saalfeld zurückgehen. So war am 25. Februar in einigen Thüringer Tageszeitungen eine Geburtstagsannonce mit dem Wortlaut „zum Ehrentag für Wolle“, unterzeichnet mit „Saalfelder Jungs und Mädels“, geschaltet. Zudem existiert in sozialen Netzwerken ein virtueller „Button“ mit der Aufschrift „Freiheit für Wolle“, der von einem Angehörigen der rechtsextremistischen Szene Saalfelds eingerichtet wurde.

„Freies Netz Altenburg“ (FN Altenburg)

Das FN Altenburg organisierte im Berichtszeitraum keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Die Homepage ist zwar weiterhin geschaltet, allerdings konnten auf dieser sowie auf dem Twitter-Account 2012 keine neuen Beiträge festgestellt werden.

„Freies Netz Südthüringen“ (FN Südthüringen)

Das FN Südthüringen, welches im Mai 2011 erstmals öffentlichkeitswirksam in Erscheinung trat, nannte sich im Oktober 2011 in „Südthüringer Heimatschutz“ um. Seither fiel die Gruppierung mit keinerlei Aktivitäten auf.

„Aktionsbündnis Erfurt“ (AB Erfurt)

Das AB Erfurt, eigenem Bekunden nach eine Plattform „Nationaler Sozialisten in Wort und Tat“, trat im Berichtszeitraum vorwiegend mit Internetbeiträgen in Erscheinung. Neben Demonstrationsaufrufen wurden zum Großteil Themen bundesweiter Kampagnen übernommen, jedoch nur selten mit eigenen, lokalen Bezügen angereichert. So gab das AB Erfurt an, am 8. Februar mehrere Tausend Flugblätter im Erfurter Norden und in der Stadtmitte verteilt zu haben. Die Aktion habe in Zusammenhang mit der Aktionswoche „13. Februar 2012“ gestanden. Zudem hätten Angehörige des AB Erfurt am 28. Februar im Erfurter Süden mehrere Plakate mit der Forderung „Raus aus dem Euro“ an Laternenmasten befestigt.

„Bündnis-Zukunft-Hildburghausen“ (BZH)

Das im Jahr 2009 um den ehemaligen NPD-Funktionär Tommy FRENCK gegründete BZH betätigte sich nach vorübergehender Inaktivität im Berichtszeitraum wieder. Das Engagement blieb überwiegend auf Internetveröffentlichungen beschränkt. Themenschwerpunkte waren die Asylproblematik, die Kriminalitätsrate und die Euro-Krise. Steffen KÜHNER vertritt das BZH im Kreistag Hildburghausen. An den im Berichtszeitraum stattgefundenen Wahlen beteiligte sich das BZH mit einer Kandidatin.

Anlässlich des Volkstrauertags meldete FRENCK für den 18. November eine Gedenkveranstaltung in Ummerstadt an.

In der Vergangenheit war die Bündnispolitik des BZH vor allem durch eine Zusammenarbeit mit der DVU und dem Verein „Pro Thüringen e. V.“ geprägt. Inzwischen entwickelt sie sich hin zu „Freien Kräften“ in Erfurt und Sachsen-Anhalt.

„Pro Erfurt e. V.“

Der Verein „Pro Erfurt e. V.“ wurde zeitgleich mit dem inzwischen gänzlich inaktiven Verein „Pro Thüringen e. V.“ im Juni 2008 gegründet. Auch der im Vereinsregister erfasste Verein „Pro Erfurt e. V.“ trat danach kaum mehr in Erscheinung. Erst ab der zweiten Jahreshälfte 2011 waren vornehmlich Internetaktivitäten des jetzt unter „PRO Erfurt Die mutige Alternative“ agierenden Vereins festzustellen. Den Vereinsvorsitz hat Konrad FÖRSTER inne. In den Internetdarstellungen gibt sich der Verein als kommunalpolitisch engagiert. Schwerpunkte bilden „Sozial-, Umwelt- und Sicherheitspolitik“. Die Vorstandsmitglieder sind ausnahmslos mit rechtsextremistischen Aktivitäten in Erscheinung getreten. In den bisherigen Verlautbarungen des Vereins lassen sie ihre Gesinnung hingegen nicht erkennen.

Zur der im April 2012 durchgeführten Oberbürgermeisterwahl in Erfurt benannte der Verein das Vorstandsmitglied Christoph PILCH als Kandidaten. Er wurde jedoch mangels ausreichender Unterstützerunterschriften nicht zur Wahl zugelassen.

Rechtsextremistische Jugendcliquen und Mischszene

Neonazistische Aktivitäten gehen in Thüringen ebenfalls von Personenzusammenschlüssen und regional agierenden Aktivisten aus, die für Veranstaltungen jeweils ein bestimmtes Personenpotenzial aus ihrem Umfeld mobilisieren können. Diese Zusammenschlüsse, die allerdings keine Kameradschaften im engeren Sinne darstellen, erscheinen im Internet, auf

Transparenten und Flugblättern sowie als Unterstützerguppen für rechtsextremistische Aktivitäten. Meist mangelt es ihnen an einem abgegrenzten Aktivistenstamm, einer erkennbaren Struktur oder an der Bereitschaft, gemeinsam politische Arbeit zu leisten – mithin an Merkmalen, die eine Kameradschaft kennzeichnen. Einige Gruppierungen sind mitunter – begünstigt durch das Internet – rein fiktiver Natur, andere lediglich von kurzer Dauer. Sie stehen und fallen mit dem Engagement und der Überzeugungskraft ihres jeweiligen Wortführers.

4.4.4 Vereinsaktivitäten von Neonazis

Bundesweit bestehen zahlreiche rechtsextremistische Vereine, die unterschiedliche Ziele verfolgen und historische, politische oder gesellschaftliche Themen aufgreifen. Auch einige Thüringer Neonazis gehören derartigen Vereinen an.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG)

Die 1979 gegründete HNG war bis zu dem am 21. September 2011 durch den Bundesinnenminister erlassenen Verbot die bedeutendste und aktivste rechtsextremistische Gefangenenhilfeorganisation in Deutschland. Sie zählte rund 600 Mitglieder, davon etwa 20 in Thüringen.

Mit ihrem Anliegen, inhaftierte politische Gefangene zu betreuen, um den Fortbestand ihrer Szeneanbindung zu gewährleisten, war die HNG bundesweit aktiv. Untergliederungen in den einzelnen Bundesländern unterhielt sie jedoch nicht. Ein Großteil der HNG-Mitglieder gehörte darüber hinaus weiteren rechtsextremistischen Organisationen an. Die HNG gab die monatlich in einer Auflage von 700 Exemplaren erschienene Publikation „Nachrichten der HNG“ heraus. Darin sollte anhand von Berichten über „Repressionen“ gegenüber „nationalen Gefangenen“ im Justizvollzug die angebliche politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland dokumentiert werden.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) wies am 19. Dezember 2012 die Klage der HNG gegen das Verbot des BMI ab. Zur Begründung führte das BVerwG u. a. aus, dass der Verein in dem Programm, der Vorstellungswelt und dem Gesamtstil eine Wesensverwandtschaft mit dem historischen Nationalsozialismus aufweise. Die HNG bekennt sich ferner zur historischen „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (NSDAP) sowie zu deren maßgeb-

lichen Funktionsträgern. In ihrer Gesamtheit richtet sich die HNG gegen die elementaren Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik, wodurch der Verbotstatbestand erfüllt sei.

Schlesische Jugend – Landesgruppe Thüringen (SJ-Thüringen)

Die SJ-Thüringen³⁸ ist eigenem Bekunden nach eine „Jugendorganisation, in der sich interessierte Jugendliche mit der schlesischen Kultur, den dortigen Sitten und Gebräuchen, der Mundart, der Geschichte, dem Schicksal der aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen und allem, was noch über Schlesien zu wissen ist, beschäftigen und auseinandersetzen.“

Unter dem Deckmantel eines Vertriebenenverbands wird die SJ-Thüringen allerdings von aktiven Rechtsextremisten für Bestrebungen missbraucht, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, gerichtet sind. Führungsfunktionäre der SJ-Thüringen waren vormals in dem mittlerweile verbotenen Verein „Heimattreue Deutsche Jugend e. V.“ (HDJ) aktiv. Zahlreiche andere Mitglieder stammen aus dem sonstigen rechtsextremistischen Spektrum und üben dort zum Teil auch Führungsfunktionen aus. Der Vorstand der SJ-Thüringen ist zudem in ähnlicher Funktion auch im Vorstand der „Bundesgruppe der Schlesischen Jugend“ (SJ-Bund) aktiv. So fungiert der Vorsitzende der SJ-Thüringen, Fabian RIMBACH, zugleich als Vorsitzender der SJ-Bund.

Die inhaltliche Ausrichtung der SJ-Thüringen ist vor allem durch gebietsrevisionistische und revanchistische Bestrebungen geprägt. In ihren Veröffentlichungen finden sich Äußerungen wie: „[...] die Wichtigkeit unserer Arbeit und die Erhaltung des Deutschtums jenseits von Oder und Neiße, als ein unauslöschlicher Teil Deutschlands [...]“. Schlesien wird als „polnisch besetztes Gebiet des alten deutschen Kulturlandes“ bezeichnet.

Eigenem Bekunden nach führt die SJ-Thüringen regelmäßig Veranstaltungen mit vorgeblich traditioneller Ausrichtung (Erntedankfeste, Tanzlehrgänge), gemeinsame Wanderungen und Fahrten zur Erkundung der Heimat und der Natur durch.

³⁸ Siehe auch „Bahnhofsgaststätte in Marlishausen“, Kapitel 6.1.

4.4.5 Gewaltpotenzial der Neonaziszene

Zahlreiche Neonazis, nicht selten deren Führungspersonen, sind wegen der Begehung von Körperverletzungsdelikten vorbestraft. In der Öffentlichkeit, in Zeitungen oder Flugblättern vermeiden es Neonazis allerdings in der Regel, Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele zu propagieren. Dies sollte jedoch nicht über das Teilen der Szene immanente Gewaltpotenzial hinwegtäuschen. Ihr ideologischer Hintergrund impliziert ein ausgeprägtes Freund-Feind-Schema mit stark ausgrenzenden und herabwürdigenden Elementen dem vermeintlichen Feind gegenüber, weshalb auch die Schwelle zu spontaner Ausübung von Gewalt bei einigen Neonazis deutlich herabgesetzt ist. Zufälliges Aufeinandertreffen mit aus ihrer Sicht als Feinde zu betrachtenden Dritten kann mitunter zu gewalttätigen Ausbrüchen führen.

Ausdruck des Gewaltpotenzials der Neonaziszene ist auch eine besondere Affinität zu Waffen aller Art. Regelmäßig kommt es zu entsprechenden Sicherstellungen bei Personen des rechtsextremistischen Spektrums. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um erlaubnisfreie Waffen, z. B. Softairpistolen. Nur vereinzelt werden genehmigungspflichtige Waffen festgestellt. Dennoch ist der Umstand an sich als Ausdruck einer zumindest latent vorhandenen Gewaltbereitschaft zu verstehen, die bei Rechtsextremisten politisch-ideologisch aufgeladen wird.

Öffentliche Veranstaltungen der Neonazis verlaufen zumindest in Thüringen überwiegend störungsfrei, was sowohl auf die Auflagen der Ordnungsbehörden als auch die oftmals massive Polizeipräsenz zurückzuführen ist. Werden Straftaten begangen, handelt es sich vorwiegend um sog. Propagandadelikte. Mitunter kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner aus dem linksextremistischen Spektrum, bei Beteiligung „Autonomer Nationalisten“ auch zu Angriffen gegen Einsatzkräfte der Polizei.

4.4.6 Aktivitäten und Themenschwerpunkte der Neonaziszene

Breitere öffentlichkeitswirksame Propaganda erreicht die Neonaziszene vor allem durch Demonstrationen und Kundgebungen. Die aktionistische Ausrichtung des neonazistischen Spektrums sorgt für eine bereitwillige Teilnahme der Anhängerschaft an entsprechenden Aktivitäten. Oftmals werden auch weitere Anfahrtswege in Kauf genommen, um an Kundgebungen Gleichgesinnter im gesamten Bundesgebiet teilnehmen zu können (sog. Demo-Tourismus). Je näher sich die Themen solcher Veranstaltungen am eigentlichen Kern der neonazistischen Ideologie orientieren, desto höhere Zugkraft geht von ihnen aus. So errei-

chen Kundgebungen mit Bezug zum historischen Nationalsozialismus – wie beispielsweise zum Gedenken an die Bombardierung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg – deutlich höhere Teilnehmerzahlen als etwa Veranstaltungen zur aktuellen EU-Politik.

Thüringer Neonazis führten im Berichtszeitraum 19 eigene Demonstrationen und Kundgebungen durch, an denen sich zum Teil nur fünf bis 50 aber auch bis zu 240 Personen beteiligten.

Nachfolgend sind einige der größeren Veranstaltungen dargestellt.

Demonstration „Freier Kräfte“ am 1. Mai in Weimar

Die rechtsextremistische Szene verzichtete 2012 auf die Durchführung von Großdemonstrationen zum Tag der Arbeit. Stattdessen kam es bundesweit zu zwölf kleineren bis mittelgroßen versammlungsrechtlichen Aktivitäten.

Auf Initiative des Thüringer Rechtsextremisten Michél FISCHER fand in Weimar eine Standkundgebung unter dem Motto „Wir wollen Arbeit, Recht und Freiheit“ statt. Es versammelten sich ca. 240 Angehörige der rechtsextremistischen Szene, die vornehmlich aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stammten. Nachdem die Mehrzahl der vom Veranstalter benannten Ordner von der Versammlungsbehörde als unzuverlässig bewertet wurde, verfügte sie die Auflösung der Kundgebung. Im Rahmen der Abreisebewegung kam es am Hauptbahnhof Erfurt zu einer Spontanversammlung, der sich ca. 80 Angehörige der rechtsextremistischen Szene anschlossen.

In den Nachbetrachtungen auf einschlägigen Szenewebsites wurde die Kundgebung als „Reinfall“ angesehen. Weder der ursprünglich angestrebte Marsch „Freier Kräfte“ durch Weimar kam zu Stande noch konnte die Standkundgebung planmäßig abgehalten werden, wodurch schließlich der angekündigte Redebeitrag des Holocaust-Leugners Günther DECKERT entfiel.

„Antikriegstag“-Demonstration „Freier Kräfte“ in Erfurt

Nach dem Verbot des jährlich von Rechtsextremisten initiierten „Antikriegstags“³⁹ in Dortmund, fand auf Initiative eines Rechtsextremisten aus Sachsen am 1. September in Erfurt eine Standkundgebung unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit – gegen staatliche Repression“ statt. Zur Kundgebung versammelten sich 100 bis 130 Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen. Eine mit Eilantrag angemeldete thematisch ähnlich gelagerte Versammlung in Weimar wurde verboten. Vereinzelt konnten im Bundesgebiet weitere Ersatzaktionen von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene festgestellt werden.

Rechtsextremistische Aktionen anlässlich des 67. Jahrestags der Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945

Anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens fand am 13. Februar in Dresden ein rechtsextremistischer Aufzug unter dem Motto „Im Gedenken den Opfern des alliierten Bombenangriffes vom 13. Februar 1945“ mit 1.660 Teilnehmern statt. Veranstalter war das „Aktionsbündnis gegen das Vergessen“, ein Verbund aus parteiunabhängigen „Freien Kräften“. Die Mobilisierung erfolgte insbesondere über das Internet und zielte auf eine bundesweite Beteiligung sowohl aus dem NPD- als auch dem Kameradschaftsspektrum sowie jenem der sog. Freien Kräfte. Tatsächlich konnten Vertreter aller rechtsextremistischen Teilspektren ausgemacht werden. Aus Thüringen nahmen beispielsweise die Neonazigruppierungen „Aktionsgruppe Weimarer Land“ und „Nationale Sozialisten Südthüringen“ teil.

Der „Trauermarsch“ sah sich massiven Gegenprotesten ausgesetzt, sodass die Aufzugsstrecke im Einvernehmen mit der Versammlungsleitung deutlich verkürzt und der Marsch bereits nach einer knappen Stunde beendet wurde. Im Vergleich zur Vorjahresveranstaltung zählte der Aufzug etwa 200 Teilnehmer mehr, wofür die Absage des von der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland“ (JLO) für den 18. Februar geplanten zentralen „Trauermarschs“ eine Ursache gewesen sein dürfte.

Ersatzweise fanden am 18. Februar bundesweit dezentrale rechtsextremistische Demonstrationen und Aktionen mit Bezug zu dem damaligen Angriff auf Dresden statt. So demonstrierten in Gera knapp 130 Rechtsextremisten unter dem Motto „Ein Licht für Dresden“. Anmelder waren „Freie Kräfte“ aus Gera. Es beteiligten sich weiterhin parteiungebundene Rechtsext-

³⁹ In Anlehnung an den 1957 vom Deutschen Gewerkschaftsbund zum Zwecke des mahnenden Gedenkens an den Beginn des Zweiten Weltkriegs initiierten „deutschen Antikriegstag“ am 1. September nutzt die rechtsextremistische Szene den Termin seit 2005 zur Eigendarstellung.

remisten aus dem Raum Erfurt/Weimar/Jena, aus dem Vogtland sowie aus Sachsen-Anhalt. Eine systematisch aufgebaute, öffentlichkeitswirksame Mobilisierung unterblieb vermutlich nicht allein wegen der Kurzfristigkeit der Anmeldung, sondern auch wegen befürchteter Blockaden.

Während der von Rechtsextremisten auch in diesem Jahr betriebenen „Aktionswoche 13. Februar“ kam es im Vorfeld des Jahrestags bundesweit zu zahlreichen Propagandaaktionen. In Thüringen waren dies das Aufstellen von Holzkreuzen, das Sprühen von Graffitis oder das Anbringen von Plakaten, Transparenten und Aufklebern. Zudem führten „Freie Kräfte“ am 10. Februar eine Versammlung in Weimar durch. Der Aufzug wurde unter dem Thema „Ehrenhaftes Gedenken!“ von Michél FISCHER angemeldet. Bei den 24 Teilnehmern handelte es sich u. a. um Angehörige der Gruppierungen FKE und der AG WL.

Die Reaktionen innerhalb der rechtsextremistischen Szene hinsichtlich der Entwicklung des Geschehens um den 13. Februar fallen unterschiedlich aus. Die Verantwortlichen des „Aktionsbündnisses gegen das Vergessen“ scheinen angesichts der nahezu vollkommenen Blockaden der zentralen JLO-„Trauermärsche“ in den vergangenen beiden Jahre bereits mit einer weitestgehend reibungslos verlaufenen Demonstration zufrieden zu sein. Die Befürchtung, das Fehlen einer Großveranstaltung jeweils am Samstag nach dem 13. Februar bewirke eine Konzentration der Gegenproteste auf den 13. Februar dergestalt, dass in diesem Jahr auch dieser Aufzug blockiert werde, war groß und die Erleichterung ob der immerhin lediglich verkürzten Wegstrecke entsprechend.

Andere Stimmen hingegen warfen der Dresdner Versammlungsleitung angesichts ihrer kooperativen Haltung Mutlosigkeit vor. Sie prophezeiten dem Dresdner Aufzug mittelfristig einen erheblichen Bedeutungsverlust. In der Tat zeigte sich das aktionsorientierte Neonazispektrum durch massive Unmutsbekundungen bereits während der Versammlung enttäuscht von der Durchführung des diesjährigen „Trauermarsches“. Es ist anzunehmen, dass die dezentralen Demonstrationen vor diesem Hintergrund künftig an Attraktivität gewinnen werden.

5. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Die Anzahl der subkulturell geprägten Rechtsextremisten ist im Berichtszeitraum bundesweit auf 7.500 (2011: 7.600) Personen gesunken. Zu dem Spektrum zählen sowohl Skinheads als auch Angehörige anderer rechtsextremistischer Subkulturen⁴⁰.

In Thüringen konnten dem subkulturellen Spektrum ca. 280 Personen zugerechnet werden. Diese Entwicklung korrespondiert im Wesentlichen mit dem im Jahresverlauf zu beobachtenden Trend hin zu kleineren, niedrigere Teilnehmerzahlen aufweisenden Veranstaltungen.⁴¹

Der wesentliche identitätsstiftende Faktor jugendlicher Subkulturen ist die Musik. Sie ist allgegenwärtig und besitzt als zentrales Kommunikationsmittel hohen Stellenwert. Dieser Umstand wird von Rechtsextremisten gezielt zur Verbreitung ihrer Ideologie genutzt. Die Palette der verwendeten Musikstile (u. a. Rock, Heavy Metal, Gothic, Dark Wave, Black Metal, Hardcore, Schlager, Rockabilly, Volkslieder) ist breit. In rechtsextremistischen Liedtexten werden mit höchst unterschiedlicher Deutlichkeit rassistische, antisemitische, menschenverachtende oder gewaltverherrlichende Ansichten propagiert, staatliche Institutionen verunglimpft oder die nationalsozialistische Gewaltherrschaft glorifiziert. Dadurch geschürte Feindbilder prägen dann die häufig noch ungefestigten ideologischen Einstellungen der meist jugendlichen Konsumenten. Konzertveranstaltungen einschlägiger Bands erzeugen bei den Besuchern ein Gefühl der Gemeinschaft und Stärke. Auch auf Jugendliche, die der Szene noch nicht fest angehören, sondern sich vorerst in deren Umfeld bewegen, üben die konspirativen, oft illegalen und damit nicht alltäglichen Veranstaltungen eine besondere Anziehungskraft aus.

5.1 Kontakte zu rechtsextremistischen Gruppierungen

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind überwiegend abgeneigt, sich in feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen einzugliedern. Deshalb bestehen auch kaum institutionalisierte Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. Es gibt jedoch Kontakte auf regionaler und lokaler Ebene, die sich insbesondere auf die NPD erstrecken und vor allem von persönlichen Verbindungen abhängen.

⁴⁰ Unter Subkultur ist im soziologischen Sinne eine Gruppenkultur innerhalb einer umfassenden Kultur oder Gesellschaft zu verstehen, die eigene Verhaltensnormen entwickelt. Die Normen bilden sich aus Überzeugungen, Werthaltungen oder Ideologien heraus, die von der Gesamtkultur abweichen. Die Skinheadszenen stellen eine eigenständige jugendliche Subkultur dar.

⁴¹ In Thüringen waren 2012 bei keinem rechtsextremistischen Konzert mehr als ca. 100 Teilnehmer vor Ort.

Im Laufe der letzten Jahre bewegten sich das subkulturell geprägte und das neonazistische Spektrum immer stärker aufeinander zu. Es bildeten sich in größerem Umfang sog. Mischszenen heraus oder Skinheadcliquen und neonazistische Kameradschaften verschmolzen miteinander. Die Gründe hierfür liegen in den inzwischen offeneren Strukturen der Neonazis, die oftmals in „unabhängigen Kameradschaften“ agieren und somit der Organisationsunwilligkeit vieler subkulturell geprägter Rechtsextremisten entgegenkommen.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten lassen sich immer wieder für Versammlungen der Neonazis oder auch der NPD mobilisieren, wenn sie neben der üblichen Szenepropaganda auch rechtsextremistische Musikdarbietungen umfassen. Darüber hinaus wurden einzelne rechtsextremistische Musikveranstaltungen als Parteiveranstaltungen deklariert, um so behördlichen Maßnahmen entgegenzuwirken. Bei diesen Veranstaltungen traten oft mehrere rechtsextremistische Bands auf. Das Publikum entstammte zu einem großen Teil dem subkulturellen rechtsextremistischen Spektrum.

Innerhalb der rechtsextremistischen Musikszene findet eine internationale Kooperation statt, die auf der gemeinsam empfundenen Zugehörigkeit zur „White-Power“-Bewegung⁴² und weitgehend übereinstimmenden Feindbildern basiert. Einschlägige Bands aus dem Ausland – insbesondere aus Großbritannien und den USA – sind auch bei deutschen Rechtsextremisten beliebt. Entsprechende Gruppen treten regelmäßig bei Konzerten in Deutschland auf. Im Gegenzug beteiligen sich deutsche Bands an Veranstaltungen im Ausland. Zum Teil werden auch Tonträger speziell für den englischsprachigen Markt produziert. Volksverhetzende fremdsprachige Tonträger finden in Deutschland weiterhin starke Verbreitung. Dementsprechend ist der Einfluss rechtsextremistischer Musik aus dem Ausland – trotz möglicher Sprachbarrieren – hoch.

5.2 Erscheinungsformen, Botschaften und Wirkung rechtsextremistischer Musik

Die rechtsextremistische Musikszene geht inzwischen weit über die Subkultur der Skinheads hinaus und reicht zunehmend auch in die von Rechtsextremisten besetzten Randbereiche der „Hardcore“- und „Black Metal“-Szene hinein. Die einzelnen Subkulturen weisen durchaus Ähnlichkeiten auf, sei es im Hinblick auf die Wirkung ihrer Musik, die Verbreitung ihrer CDs oder die Organisation von Konzerten. Dennoch haben sie hinsichtlich ihres Erscheinungsbilds und Selbstverständnisses nur wenig gemein.

⁴² Das Schlagwort „White Power“ symbolisiert die rassistische Einstellung der rechtsextremistischen Skinheads. Sie sehen sich als „Krieger der weißen Rasse“ an.

Im subkulturell geprägten rechtsextremistischen Spektrum herrschen auf das Gedankengut der Nationalsozialisten ausgerichtete Ansichten vor, die von nationalistischen, rassistischen, antisemitischen und gegen Andersdenkende gerichteten Vorurteilen bestimmt sind. Eine fest gefügte, in sich geschlossene Weltanschauung besteht allerdings zumeist nicht.

Viele Texte handeln vordergründig von der Rückbesinnung auf althergebrachte Werte und Normen oder dem germanischen Brauchtum. Es werden aber auch gesellschaftspolitische Themen der Gegenwart aufgegriffen. Neben der Ablehnung der bestehenden Verhältnisse übt man sich in Kapitalismus- und Globalisierungskritik. In einigen Veröffentlichungen kommt zudem die in der Szene verbreitete antiamerikanische Haltung zum Ausdruck. So seien sämtliche derzeit herrschende Krisen, Terror und Krieg einzig dem ausgeprägten Machtstreben der USA geschuldet.

Teils in offener Hetze, oft aber auch verbrämt, geht es in den Texten beispielsweise um:

- Verherrlichung des Skinheaddaseins (z. B. Männlichkeitsritus, Alkoholgenuss),
- Kampfansage an die bürgerliche Gesellschaft, den politischen Gegner, staatliche Institutionen,
- Verharmlosung der Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg, Sympathie zu HITLER,
- Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus,
- Propagierung eines Führerstaats,
- Aufbau und Pflege szenetypischer Feindbilder,
- fremden- und ausländerfeindliche Hetze,
- Aufrufe zum Widerstand, vor allem gegen staatliche Institutionen, und
- Überwindung des demokratischen Systems.

Die Vorliebe für rechtsextremistische Musik trägt nicht selten dazu bei, Jugendliche rechtsextremistisch zu sozialisieren. Die Hass- und Gewaltparolen, die Gruppendynamik und die Alkoholexzesse erzeugen „rechtsextremistische Erlebniswelten“. Sie können Jugendliche nachhaltig anregen, rechtsextremistische Feindbilder zu übernehmen oder diese zu verfestigen. Somit kann rechtsextremistische Musik verhaltensprägend wirken und für das rechtsextremistische Spektrum einnehmen.

Im Jahr 2010 erschien mit der CD „Sprachgesang zum Untergang“ (SZU), einem gleichnamigen Projekt der Musikgruppe „Eternal Bleeding“, ein Tonträger, der auf dem für die rechtsextremistische Szene untypischen Musikstil des Hip Hop basiert. In einem Interview sprach sich der Sänger der Band für einen „nationalen Hip Hop“ aus, da „es halt ein Jugendtrend ist“ und aus seiner Sicht „nur der Inhalt und die Botschaft zählen“. Im Jahr 2011 waren zwei Titel von

SzU auf CD-Samplern vertreten. SzU nahm am 26. Mai des Berichtsjahres an einer rechtsextremistischen Konzertveranstaltung in Crawinkel teil.

Durch die Vielfalt der angewandten musikalischen Stilrichtungen gelang es der rechtsextremistischen Musikszene schon in der Vergangenheit, Jugendliche aus unterschiedlichen subkulturellen Strömungen an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen bzw. ihre Bindung an die Szene zu festigen. Die zunehmende Öffnung gegenüber dem intern umstrittenen – weil aus dem Afroamerikanischen stammenden – Musikstil Hip Hop spricht für den fortbestehenden Drang, immer neue Möglichkeiten zur Nachwuchsrekrutierung auszuschöpfen.

5.3 Produktions- und Vertriebsstrukturen

Rechtsextremistische Musik wird größtenteils in von Szeneanhängern gewerbsmäßig betriebenen Labels produziert. Für gewöhnlich sind diesen Labels Vertriebe angeschlossen. Im Freistaat bestehen derartige Strukturen z. B. über „W & B Records“ (Fretterode) und „Germania Records“ (Sondershausen). Beide Labels brachten in der Vergangenheit verschiedene „Eigenproduktionen“ oder auch Sampler von rechtsextremistischen Bands bzw. Liedermachern heraus. Über die zugehörigen Vertriebe werden diese und andere einschlägige Tonträger angeboten. Sie dienen zudem als Informationsbörse, halten z. B. Veranstaltungshinweise vor oder veröffentlichen Interviews von Szenemusikern. Daneben existieren weitere kleine Labels, die in der rechtsextremistischen Szene jedoch nicht über eine vergleichbare Bekanntheit verfügen.

Die Zahl der rechtsextremistischen Vertriebe, die in größerem Umfang Tonträger und sonstige Szeneartikel anbieten, ist im Berichtszeitraum auf bundesweit 82 (2011: 91) gesunken. In Thüringen blieb es im Jahresverlauf bei Aktivitäten von 12 solcher Vertriebe. Die Versandhandel offerieren ihr Sortiment vorwiegend über das Internet. MP3-Dateien können von Internettauschbörsen heruntergeladen werden. Strafrechtlich relevante Tonträger werden vor allem im Ausland produziert und von dort aus auch vertrieben.

Im Zuge der Kommerzialisierung dieser Einrichtungen wurde das anfangs auf Tonträger konzentrierte Angebot um Videos, Bücher, Fahnen, Bekleidung, Schuhe/Stiefel, Schmuck etc. ergänzt. Das Sortiment ist auch in sog. Szene-Läden sowie bei Klein- und Kleinsthändlern erhältlich. Diese wickeln als „fliegende Händler“, beispielsweise bei rechtsextremistischen Konzerten, spontan Geschäfte mit kleinen Stückzahlen ab. Sie bedienen lediglich die jeweilige regionale Szene – auch mit strafrechtlich relevanter Ware.

5.4 Organisation und Ablauf rechtsextremistischer Konzerte im Allgemeinen

Die oft als überregionale Treffen organisierten Konzerte dienen neben der Wahrnehmung geschäftlicher Interessen als Freizeiterlebnis, um Kontakte zu pflegen, Informationen auszutauschen und die Vernetzung der strukturschwachen Szene zu fördern. Auf das restriktive Vorgehen der Behörden gegen diese Musikveranstaltungen reagiert die Szene mit teils konspirativen Methoden bei deren Planung und Durchführung. Die Konzertdaten werden in der Regel nicht öffentlich bekannt gegeben. Werbung erfolgt vorwiegend per SMS, über Telefonketten, Mailinglisten, per Post sowie durch Mundpropaganda.

Die Organisatoren verbergen meist ihre wahren Absichten, wenn sie Räumlichkeiten mieten und die Veranstaltungen gegenüber den Ordnungsbehörden anzeigen. So täuschen sie beispielsweise vor, Familienfeiern, Klassentreffen oder Geburtstagsfeiern mit Livemusik vorzubereiten. Nicht selten werden Personen mit der Anmietung betraut, die weder öffentlich als Rechtsextremisten in Erscheinung getreten noch bei Polizei- und Ordnungsbehörden einschlägig bekannt sind. Oft wird behauptet, eine „geschlossene Veranstaltung“ mit „geladenen Gästen“, nicht jedoch ein Konzert zu planen. Hinzu kommen von der NPD angemeldete Veranstaltungen, die durch Auftritte rechtsextremistischer Musikgruppen Konzertcharakter erlangen.

Manche Organisatoren gehen inzwischen auch dazu über, ihre Konzertveranstaltungen bei den zuständigen Behörden anzuzeigen, um schon im Vorfeld das Risiko einer behördlichen Auflösung oder gar Verhinderung zu minimieren. Zugleich verlieren derart offizielle Konzerte auf Dauer an Attraktivität, insbesondere bei den vorrangig erlebnisorientierten Szeneanhängern.

Die Veranstalter erheben in der Regel ein Eintrittsgeld zwischen 10 und 20 Euro. Davon werden die Gagen der auftretenden Bands gezahlt, die in Abhängigkeit von deren Bekanntheitsgrad durchaus im hohen dreistelligen Bereich liegen. Der dem Veranstalter verbleibende Anteil ist nur schwer zu beziffern. In vielen Fällen dürfte er zumindest seinen Lebensunterhalt aufbessern. Nicht unerhebliche Einnahmen werden darüber hinaus durch den Verkauf von CDs und Devotionalien erzielt.

Mitunter begehen Besucher und/oder Bandmitglieder während oder im Umfeld der Konzerte Straftaten, bei denen es sich vorrangig um Propagandadelikte handelt. Vereinzelt werden Lieder mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten gesungen, die den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 Strafgesetzbuch erfüllen. Insbesondere bei Konzerten, die von

der Polizei aufgelöst oder verhindert werden, kommt es infolge des erhöhten „Frustpotenzials“ bei Teilnehmern und Organisatoren gelegentlich zu Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamte.

5.5 Die rechtsextremistische Musikszene in Thüringen

Folgende 13 Bands (2011: 17), die im Berichtsjahr entweder bei einschlägigen Veranstaltungen auftraten oder auch neue Tonträger veröffentlichten, werden als rechtsextremistische Musikgruppen klassifiziert:

- „12 Golden Years“ – Apolda,
- „Eternal Bleeding“ (mit Projekt „Sprachgesang zum Untergang“ – SzU) – Altenburg,
- „Eugenik“ – Gera,
- „Hermunduren“ – Raum Eisenach/Schmalkalden,
- „Kinderzimmerterroristen“ (KZT) – Raum Suhl und Nordthüringen,
- „Moshpit“ – Altenburg/Dresden,
- „Ostfront“ – Raum Gera,
- „PAK 88“ (mit „Projekt W.“) – Raum Erfurt,
- „Radikahl“ (nur noch Sänger) – Weimar,
- „SKD“ – Raum Gotha,
- „System Infarkt“ – Raum Ilmenau,
- „Totenburg“ – Gera,
- „Unbeliebte Jungs“ – Raum Sonneberg.

Ihre Botschaften unterlegen die Bands mit unterschiedlichen musikalischen Stilrichtungen, angefangen vom typischen „R.A.C.“⁴³ oder eingängigen Melodien bereits bekannter Stimmungslieder und Schlager, für die neue bzw. umgeschriebene Texte verwandt werden, bis hin zu diversen Heavy Metal-Richtungen, die dann als „National Socialist Hardcore“ (NSHC)⁴⁴ oder „National Socialist Black Metal“ (NSBM)⁴⁵ bezeichnet werden.

⁴³ „R.A.C.“: „Rock against Communism“ (Rock gegen Kommunismus), Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten.

⁴⁴ Als Weiterentwicklung des „Hardcore“ der amerikanischen Punk-Bewegung der 1970er Jahre entstand in den 1990er Jahren der Musikstil „Hatecore“. Seine Anhänger sehen in einer gesunden Lebensweise die Voraussetzung zur Schaffung eines gesunden „Volkskörpers“. Die Grenzen zum NSHC sind fließend, weshalb die Szene ein ideales Rekrutierungsfeld für Rechtsextremisten ist. Liedtexte dieser Bands sind häufig rassistisch, antisemitisch sowie ausländer- und demokratiefeindlich.

⁴⁵ Die Stilrichtung des „Black Metal“ transportiert antichristliche, lebensfeindliche, satanistische oder heidnische Inhalte und bietet damit auch Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Positionen, insbesondere die jüden- und christenfeindliche Ausrichtung ist hierfür ausschlaggebend. Die Zuspitzung dieser Tendenzen im rechtsextremistischen Sinne ist der sog. NSBM.

Überregionale Bedeutung erlangten „12 Golden Years“, „Kinderzimmerterroristen“, „Moshpit“ und „Radikahl“ mit diversen Auftritten auch außerhalb Thüringens. Zudem traten andere Bands ausschließlich in den angrenzenden Bundesländern auf. Einzelne Musiker wirken in mehreren Bands mit oder stammen, wie im Falle von „Moshpit“, aus verschiedenen Bundesländern.

Im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Bands beschränkten sich die Darbietungen rechtsextremistischer Liedermacher in den meisten Fällen auf das musikalische Rahmenprogramm von Kameradschaftsabenden, NPD-Parteiveranstaltungen oder auch Demonstrationen. Insgesamt agieren sie weniger öffentlichkeitswirksam als einschlägige Bands. In Thüringen veröffentlichte lediglich „Torstein“⁴⁶ die CD „...an die Völker Europas“, welche u. a. über den „W & B-Versand“ erhältlich war.

5.6 Rechtsextremistische Konzerte in Thüringen

Die Zahl der rechtsextremistischen Konzerte in Thüringen lag 2012 über dem Niveau des Vorjahrs. Von insgesamt acht stattgefundenen Konzerten wurde eines polizeilich aufgelöst; vier weitere Konzerte konnten im Vorfeld verhindert werden. Darüber hinaus mag es einzelne Veranstaltungen gegeben haben, die weder inner- noch außerhalb der Szene größere Bekanntheit erlangten.

Statistik rechtsextremistischer Konzerte in Thüringen:

Jahr	Thüringen			Bund
	2012	2011	2010	2012
stattgefunden	8	5	13	82
davon aufgelöst	1	1	3	1
verhindert	4	0	3	19

Bevorzugte Veranstaltungsstätte war ein von Rechtsextremisten bewohntes Objekt in Cra-winkel⁴⁷. Allein sieben Konzerte sind nach behördlicher Anmeldung dort ausgerichtet worden; eines konnte im Vorfeld verhindert werden.

Rund drei Viertel aller rechtsextremistischen Konzertveranstaltungen in Deutschland fanden in den neuen Bundesländern statt. Hinsichtlich der Anzahl durchgeführter Konzerte rangiert

⁴⁶ Torsten HERING.

⁴⁷ Siehe die Kapitel 4.4.3 und 6.1.

Thüringen im Vergleich der neuen Bundesländer gemeinsam mit Sachsen-Anhalt auf Platz vier, im Bundesvergleich gemeinsam mit Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg ebenfalls an vierter Stelle. Rechtsextremistische Musik und damit verbundene Veranstaltungen sind insbesondere in den neuen Bundesländern populär. Speziell Thüringen weist aufgrund seiner zentralen geografischen Lage sowie des großen Angebots an preisgünstigen oder leer stehenden Gebäuden eine Infrastruktur auf, die sowohl für die Veranstalter der Konzerte als auch die anreisenden Teilnehmer von Vorteil ist.

An den Veranstaltungen beteiligten sich im Berichtszeitraum zwischen 50 und 100 Personen, die oft auch aus den angrenzenden Bundesländern angereist waren. Die Konzerte wurden im Durchschnitt von etwa 60 Personen besucht. Dieser Wert liegt damit weiterhin unter dem bundesweiten Durchschnitt (ca. 170 Personen). Weniger als die Hälfte aller bundesweiten Veranstaltungen zog bis zu 100 Personen an. In Anbetracht eines bei einer Großveranstaltung drohenden Verbots und der damit verbundenen finanziellen Einbußen gingen die Veranstalter dazu über, mehrere kleine Konzerte auszurichten. Zugleich sank damit aber auch die Bereitschaft der Teilnehmer, gelegentlich weitere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Insgesamt wies die hiesige Szene nur eine geringe Fluktuation auf, ihr Kern blieb weitestgehend bestehen.

Übersicht zu rechtsextremistischen Konzertaktivitäten:⁴⁸

Nr.	Datum	Ort	Teilnehmerzahl (z. T. geschätzt)	(angekündigte) Bands/Liedermacher
1	04.02.12	Crawinkel (verhindert)	93	„SKD“
2	03.03.12	Unterwellenborn (verhindert)	67	„Barney“ ⁴⁹ (Sachsen), „Stan“ ⁵⁰ (Brandenburg) und „Erik“ (vermutlich Bayern)
3	10.03.12	Crawinkel	75	„SKD“, „Ostfront“, „12 Golden Years“, „Treueorden“ (vermutlich Schweiz) und „Kommando Wehrwolf“ (vermutlich Brandenburg)

⁴⁸ Thüringer Bands wurden fett gedruckt.

⁴⁹ Mirko SZYDLOWSKI.

⁵⁰ Sten SÖHNDEL.

Nr.	Datum	Ort	Teilnehmerzahl (z. T. geschätzt)	(angekündigte) Bands/Liedermacher
4	14.04.12	Crawinkel	65	„SKD“, „Ostfront“, „Wiege des Schicksals“ (Mecklenburg-Vorpommern) und „Skalinger“ (Mecklenburg-Vorpommern)
5	21.04.12	Kirchheim (aufgelöst)	108	„Projekt W.“, „Barny & Edei“ (Sachsen/Bayern) und „Brutal Attack“ (Großbritannien)
6	26.05.12	Crawinkel	nicht bekannt	„N' Socialist Soundsystem“ – auch „Enesess“ oder „NSS“ genannt, „Henry8“ (jeweils Rheinland-Pfalz), „Mic Revolt“ (Herkunft nicht bekannt), „Sprechgesang zum Untergang – SzU“ sowie Bandmitglieder von „SKD“ und „Enesess“
7	21.07.12	Gera (verhindert)	24	nicht bekannt
8	21.07.12	Crawinkel	75	fünf Bands, darunter „12 Golden Years“, „Hermunduren“
9	15.09.12	Crawinkel	48	geplant: „SKD“, „Ostfront“, „Frontfeuer“ (Brandenburg) und „Treueorden“ (vermutlich Schweiz)
10	27.10.12	Crawinkel	50	„SKD“, „Blutbanner“ (Rheinland-Pfalz) und „Enesess“ (Rheinland-Pfalz)
11	24.11.12	Bad Berka, OT Tannroda (verhindert)	26	nicht bekannt
12	08.12.12	Crawinkel	58	„Ostfront“, „Frontfeuer“ (Brandenburg) und drei weitere Bands

Rechtsextremistische Bands und Liedermacher traten in Thüringen zudem bei den folgenden Veranstaltungen der NPD und der Neonazis auf:⁵¹

Nr.	Datum	Art und Ort	Teilnehmerzahl	Bands/Liedermacher
1	05.05.12	„NPD Eichsfeldtag“ in Leinefelde	960	„Timebomb“ (Schleswig-Holstein), „Preussenstolz“ (Brandenburg), „Tätervolk“ (Berlin), „Die Lunikoff Verschwörung“ (Berlin) und „ Torstein “
2	09.06.12	11. „Thüringentag der nationalen Jugend“ in Meiningen	280	„Strongside“ (Sachsen-Anhalt), „Faust“ (Brandenburg/Hessen), „Preussenstolz“ (Brandenburg) und „Kinderzimmerterroristen“
3	07.07.12	NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“ in Gera	990	„Words of Anger“ (Schleswig-Holstein), „Oidoxie“ (Nordrhein-Westfalen), „Exzess“ (Brandenburg) und „Tätervolk“ (Mecklenburg-Vorpommern)
4	27.10.12	Saalveranstaltung des JN-Bundesverbandes in Kirchheim	120	„Jugendgedanken“ (Niedersachsen)

6. Immobiliennutzung und Internetaktivitäten von Rechtsextremisten

6.1 Von Rechtsextremisten genutzte Immobilien in Thüringen

Rechtsextremisten sind bestrebt, in den Besitz eigener Immobilien zu gelangen. Sie verbinden damit insbesondere die Erwartung, durch Schaffung ständig verfügbarer Anlaufstellen örtliche Strukturen festigen und sich ungehindert zu internen Treffs versammeln zu können. Ihr Interesse richtet sich vornehmlich auf preisgünstige, auch ländlich gelegene Objekte, die idealerweise für Großveranstaltungen geeignete Räumlichkeiten aufweisen.

⁵¹ Thüringer Bands und Liedermacher wurden fett gedruckt.

„Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“

Bei der „Hausgemeinschaft ‚Zu den Löwen‘“, auch „Braunes Haus“ genannt, handelt es sich um eine seit dem Jahr 2002 von Thüringer Rechtsextremisten genutzte Immobilie in Jena-Lobeda. Das vormals für Vortragsabende, Kameradschaftstreffen, Schulungen oder Liederabende genutzte Gebäude diente bis zu seiner wegen baulicher und brandschutztechnischer Mängel behördlich verfügten Schließung im August 2009 sowohl dem örtlichen NPD-Kreisverband als auch dem Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) als Geschäftsstelle.

Das „Braune Haus“ verfügt über eine eigene Internetpräsenz, die jedoch nur sehr sporadisch gepflegt wird.

Vormals sorgten Auftritte von Szenegrößen sowie Liederabende durchaus für einen auch überregionalen Bekanntheitsgrad des „Braunen Hauses“. Die zentrale Lage und gute Erreichbarkeit des Objekts verbunden mit der bis 2009 möglichen Nutzung zu Wohn- und Veranstaltungszwecken begründeten darüber hinaus die aus Szenesicht besondere Attraktivität der Liegenschaft. Nicht zuletzt auch deswegen hält die rechtsextremistische Szene offenbar weiter an deren Erhalt fest. So verkündete beispielsweise der NPD-Kreisverband Jena/Saale-Holzland-Kreis anlässlich der im Juni erfolgten polizeilichen Durchsuchung des Objekts auf seiner Homepage, dass sich die „Jenaer Nationalisten“ nicht davon abbringen lassen werden, dort ihre Veranstaltungen durchzuführen, „junge Leute über die wahre Situation in diesem (euren) Staat zu informieren“ und Feste zu begehen. Auch das FN Jena gab sich in diesem Zusammenhang weiterhin kämpferisch. In dem Jahresrückblick auf seiner Homepage wurde verkündet, dass es sich bezüglich des „Braunen Hauses“ um „(sehbare) Fortschritte bemüht“ habe und „immer noch schnellstmöglich eine Wendung in diesem Spiel verzeichnen“ wolle. Auch in einem Ende Mai auf der Homepage des „Braunen Hauses“ veröffentlichten Beitrag wird ausdrücklich betont: „Wir lassen uns nicht vertreiben!“.

Tatsächlich fanden nach der behördlichen Schließung des Objektes einzelne Szeneveranstaltungen (Sonnenwendfeiern u. Ä.) in dem dazugehörigen Außenbereich, dem sog. Braunen Garten, statt. Dabei handelte es sich in erster Linie um Veranstaltungen und Treffen regional ansässiger Rechtsextremisten, insbesondere des FN Jena. Ein für Oktober geplanter Liederabend wurde polizeilich verhindert.

Laut Eigenangabe nutze auch der NPD-Kreisverband Jena/Saale-Holzland-Kreis das Objekt für Veranstaltungen.

Ehemaliges Rittergut in Guthmannshausen

Die Immobilie in Guthmannshausen/Landkreis Sömmerda wurde im Berichtszeitraum durch den rechtsextremistischen Verein „Gedächtnisstätte e. V.“ überwiegend für mehrtägige Vortragsveranstaltungen mit Historikern und Zeitzeugen genutzt. Außenwirkung erreichten sie jeweils nicht. Vorzugsweise handelte es sich dabei um Veranstaltungen, die den Zweiten Weltkrieg thematisierten. Diese wurden im jeweiligen Halbjahresprogramm des Vereins vorab beworben. Vereinzelt richtete der Verein auch gemeinsam mit der SJ⁵² Veranstaltungen in dem Objekt aus.

Der Verein „Gedächtnisstätte e. V.“ wurde im Mai 1992 in Vlotho (Nordrhein-Westfalen) gegründet. Den Vorsitz hat Wolfram SCHIEDEWITZ (Niedersachsen) inne. Satzungsgemäßes Anliegen ist es, eine „würdige Gedächtnisstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges durch Bomben, Verschleppung, Vertreibung und in Gefangenenlagern“ zu betreiben.

Eine als Privatperson auftretende Käuferin erwarb im Mai 2011 die zuvor in Landesbesitz befindliche Immobilie in Guthmannshausen. Seit August 2011 ist sie als Eigentümerin des Areals im Grundbuch eingetragen. Hinweise auf Verbindungen der Käuferin zum rechtsextremistischen Spektrum lagen zum Zeitpunkt des Verkaufs nicht vor. Im Nachhinein wurde bekannt, dass sie seit 2010 dem rechtsextremistischen Verein „Gedächtnisstätte e. V.“ als Mitglied angehören soll. Die vom Freistaat Thüringen im Dezember 2011 wegen arglistiger Täuschung angestrebte Anfechtungsklage wies das Landgericht Erfurt als unbegründet zurück.⁵³

Bahnhofsgaststätte in Marlishausen

Fabian RIMBACH, Vorsitzender sowohl der SJ-Bund als auch der SJ-Thüringen,⁵⁴ erwarb im November 2011 die ehemalige Bahnhofsgaststätte⁵⁵ in Marlishausen/Ilmkreis. Im Juni 2012 führte die SJ-Thüringen dort eine Versammlung zum Zwecke ihrer Gründung als „eingetragener Verein“ durch. Demnach sollte RIMBACH den Vorsitz des Vereins innehaben und das Objekt in Marlishausen fortan als Vereinssitz dienen. Auf ihrer jeweiligen Internetpräsenz geben SJ-Bund und SJ-Thüringen die Adresse in Marlishausen bereits als Kontaktanschrift an. Eine Eintragung ins Vereinsregister erfolgte bislang nicht.

⁵² Siehe Kapitel 4.4.4.

⁵³ Urteil vom 26. April 2013.

⁵⁴ Siehe Kapitel 4.4.4.

⁵⁵ Neben einem Gastraum mit etwa 50 Sitzplätzen steht ein Saal für Veranstaltungen mit bis zu 120 Personen zur Verfügung. Die Immobilie umfasst zudem eine Pension mit 10 Zimmern und insgesamt 24 Betten.

„Erlebnisscheune“ in Kirchheim

Seit Februar 2009 nutzen Rechtsextremisten das Objekt „Romantischer Fachwerkhof“ mit der angeschlossenen „Erlebnisscheune“ für ihre Veranstaltungen; von 2011 an jedoch mit rückläufiger Tendenz. Im Berichtszeitraum fanden neben einem aufgelösten rechtsextremistischen Konzert vier (2011: 5) weitere Veranstaltungen mit rechtsextremistischem Bezug in dem Objekt statt.

Der Inhaber des Objekts äußerte bereits mehrfach, dieses verkaufen zu wollen. Vermutlich nicht ohne gewisses Kalkül stand in diesem Zusammenhang auch eine Veräußerung an die rechtsextremistische Szene im Raum.

Szeneobjekt in Crawinkel

Nach wie vor steht der rechtsextremistischen Szene ein im Dezember 2011 von zwei Rechtsextremisten erworbenes Objekt in Crawinkel für Veranstaltungszwecke zur Verfügung. Bei dem Objekt handelt es sich um eine Immobilie mit angeschlossener Gaststätte und einem größeren Außengelände mit Nebengelass. Sowohl die Käufer als auch zwei weitere Thüringer Rechtsextremisten, darunter ein Mitglied der rechtsextremistischen Band „Sonderkommando Dirlwanger“ (SKD), nutzen das Objekt als Wohnsitz.⁵⁶

Im Februar 2012 erklärte die Gemeinde Crawinkel, dass sie, gestützt auf das Denkmalschutzrecht, ihr Vorkaufsrecht ausüben werde. Dagegen legten die Eigentümer Widerspruch ein.

6.2 Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten

Das Internet nimmt in der heutigen Gesellschaft einen immer größeren Stellenwert ein. Längst präsentieren sich auch rechtsextremistische Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen online. Dabei betreiben sie nicht nur klassische Homepages, sondern sind auch in sozialen Netzwerken (insbesondere Facebook) und bei Twitter aktiv. Im Jahresverlauf waren in Thüringen über 60 rechtsextremistische Websites abrufbar, darunter Internetauftritte der NPD, von neonazistischen Personenzusammenschlüssen sowie rechtsextremistischen Vertrieben und Musikgruppen.

⁵⁶ Siehe auch „Hausgemeinschaft Jonastal“, Kapitel 4.4.3.

Der Thüringer Landesverband der NPD betreibt neben seiner Homepage auch ein Facebookprofil sowie einen YouTube-Kanal. Seit der Wahl von Patrick WIESCKE zum NPD-Landesvorsitzenden im Mai 2012 versucht die Partei, sich medial moderner zu präsentieren. So wurden im Berichtszeitraum z. B. verstärkt Videos von Vorstandssitzungen oder anderen Veranstaltungen des Landesvorstands präsentiert. Neben dem Landesverband unterhalten auch viele Kreisverbände eigene Homepages. Diese werden allerdings in unterschiedlichem Maße aktualisiert. Ein Drittel der NPD-Kreisverbände ist in Facebook vertreten. Als besonders aktiv sticht hier der Kreisverband Nordhausen heraus. Er aktualisiert sein seit Anfang 2012 bestehendes Facebookprofil beinahe täglich.

Zunehmend intensiv nutzen auch neonazistische Gruppierungen, wie die „Aktionsgruppe Weimarer Land“ oder die „Aktionsgruppe Nordhausen“, soziale Netzwerke im Internet. Sie werden nicht nur zur schnellen Verbreitung szenerelevanter Informationen und Mobilisierung genutzt, sondern dienen vor allem der vergleichsweise niedrigschwelligen und regelmäßigen Kontaktpflege untereinander.

Immer häufiger weichen Rechtsextremisten auf soziale Netzwerke aus, die in Ländern gehostet sind, in denen keine Strafbarkeit für rechtsextremistische Äußerungen bzw. die Verwendung entsprechender Symbole besteht.

Im Juni 2012 wurde das bis dato bedeutendste rechtsextremistische Forum im Internet, das „Thiazi-Forum“ abgeschaltet. Der Abschaltung waren Durchsuchungen in 11 Bundesländern, darunter auch Thüringen, vorangegangen. Betreibern und Unterstützern des Forums wird die Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) bzw. Volksverhetzung (§ 130 StGB) vorgeworfen. In dem Forum waren mehr als 2.400 Liedtexte sowie 1.400 Tonträger zum Download angeboten worden, eine Vielzahl davon mit volksverhetzenden Inhalten.

Über das Internet findet nach wie vor rechtsextremistisches Gedankengut mehr oder weniger ungehindert Verbreitung. Insbesondere auf Jugendliche wirken ansprechende Websites mit multimedialen Elementen, aber auch der Reiz des Verbotenen anziehend. Zum Schutz vor rechtsextremistischer Propaganda bedarf es einer Medienkompetenz, deren Entwicklung gesamtgesellschaftlich gefördert werden muss. Exekutivmaßnahmen gegen Betreiber von Websites mit strafbarem Inhalt, Sperrung, Löschung oder Filtersoftware können nur einen Beitrag zum Schutz der Jugend vor Meinungsmanipulation leisten, der zwingend von umfassenden Aufklärungsmaßnahmen flankiert werden muss.

7. Sonstige rechtsextremistische Gruppierungen

Im Berichtszeitraum traten wiederholt überregional aktive rechtsextremistische Gruppierungen in Erscheinung, die den Freistaat wegen seiner zentralen Lage für ihre Tagungen bevorzugen. Die Veranstaltungsteilnehmer reisten überwiegend aus anderen Bundesländern an. Das Spektrum der im Folgenden dargestellten Gruppierungen reicht vom germanisch-heidnischen über den neonazistischen bis hin zum „intellektuellen“ Rechtsextremismus.

„Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ (AG – GGG)

Die 1951 gegründete germanisch-heidnische AG – GGG hat ihren Sitz in Berlin. Sie stand lange Jahre unter der Leitung des 2009 verstorbenen Rechtsextremisten Jürgen RIEGER. Seine Nachfolge trat inzwischen Axel SCHUNK (Bayern) an. Die AG – GGG versteht sich als Glaubensbund, der „die Kultur der nordeuropäischen Menschenart bewahren, erneuern und weiterentwickeln“ will und verbindet dabei germanisch-heidnische Glaubensansätze mit rassistischen Vorstellungen und Zielen. Von ihren bundesweit ca. 150 Mitgliedern sind etwa 10 in Thüringen ansässig. Sie gibt die „Nordische Zeitung“ sowie eine Schriftenreihe heraus und verfügt über eine eigene Website.

Ihre regelmäßigen überregionalen „Gemeinschaftstagungen“ zu den Tag- und Nachtgleichen sowie den Sommer- bzw. Wintersonnenwenden führte die AG – GGG auch 2012 in Nordthüringen durch. Die in geschlossenen Veranstaltungen abgehaltenen Zusammenkünfte kommen dem äußeren Anschein nach Volksfesten oder geselligen Familienveranstaltungen gleich. Unter Vorgabe germanischer Brauchtumpflege wird eine „Lagerfeuerromantik“ inszeniert, die das Interesse insbesondere junger Teilnehmer an dem eindeutig rechtsextremistischen Regelwerk der „Artgemeinschaft“ wecken soll. Ihre „Sittengesetze“ geben vor, sich u. a. für die „Wahrung, Einigung und Mehrung der germanischen Art“ einzusetzen, „dem besseren Führer“ Gefolgschaft zu leisten und eine „gleichgeartete Gattenwahl (als) Gewähr für gleichgeartete Kinder“ anzustreben.

„Gesellschaft für freie Publizistik e. V.“ (GfP)

Bei der 1960 von ehemaligen Offizieren der SS und Funktionären der NSDAP gegründeten GfP handelt es sich um eine überparteiliche Sammelorganisation von publizistisch aktiven Rechtsextremisten. Mit mehr als 500 Mitgliedern ist sie die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung in Deutschland. Mit der Verbreitung ausländerfeindlicher und nationalistischer

Ansichten will die GfP „Aufklärungsarbeit“ leisten, um die angeblich verzerrte Darstellung der Zeitgeschichte zu korrigieren. Neben Vortragsveranstaltungen organisiert sie jährlich ein als „Deutscher Kongress“ bezeichnetes Treffen, bei dem bekannte Wortführer des rechtsextremistischen Spektrums als Referenten auftreten.

Im Mai veranstaltete die GfP ihren Jahreskongress bereits zum dritten Mal in Kirchheim. Der 52. Jahreskongress stand unter dem Motto „Das Volk befragen! Der Euro und das Demokratiedefizit“. Die bei der Tagung alljährlich verliehene „Ulrich von Hutten-Medaille“ erhielt Dr. Rolf KOSIEK (Baden-Württemberg), stellvertretender Vorsitzender der GfP.

„Exilregierung Deutsches Reich“

Die „Exilregierung Deutsches Reich“ wurde im Jahr 2004 als Ableger der „Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches“ (KRR)⁵⁷ gegründet. Diese seit Anfang 2000 bundesweit aktive Gruppierung ist der Auffassung, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 bestehe fort. Bis zur Wiedereinsetzung einer regulären Reichsregierung nehme sie vorübergehend deren Amtsgeschäfte wahr. Die realitätsfernen Verlautbarungen der „Exilregierung“ dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier mit pseudojuristischer Akribie versucht wird, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremistisches Gedankengut zu schaffen und teilweise personelle Überschneidungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen bestehen. Interne Unstimmigkeiten führten nach und nach zu Abspaltungen kleinerer Personengruppen, die ihrerseits die o. g. Ansichten vertreten.

Die „Exilregierung“ führte im Berichtszeitraum interne Treffen – darunter auch sog. Kabinettsitzungen mit Bürgerinformation – in der Nähe von Eisenach durch. Von den weit weniger als 40 Teilnehmern reiste die Mehrzahl überregional an.

⁵⁷ Die KRR ist im Gegensatz zu einzelnen ihrer Abspaltungen kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden.

8. Politisch motivierte Kriminalität – Rechts im Überblick

Zur politisch motivierten Kriminalität – Rechts weist die Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA)⁵⁸ folgende Zahlen aus:

Straftaten	2012	2011	2010
Insgesamt	1.146	1.043	1.002
davon u. a.:			
Propagandadelikte	885	785	719
Gewaltkriminalität ⁵⁹	22	34	44
Volksverhetzungen	77	79	70
Sachbeschädigungen	89	81	102

Rund 80 % aller politisch motivierten Straftaten, die im Berichtszeitraum im Freistaat Thüringen begangen wurden, sind dem Phänomenbereich „Rechts“ zuzuordnen. Insgesamt wurden dort 1.146 Straftaten und damit 103 mehr als im Jahr 2011 erfasst. Dies entspricht einer Steigerung um 9,9 %. Um 12,7 % stieg die Zahl der Propagandadelikte, die innerhalb dieses Phänomenbereichs mit 885 Vorkommnissen erneut die mit Abstand größte Teilmenge darstellen. Dem Anstieg der Sachbeschädigungen um 9,9 % auf 89 steht ein leichter Rückgang der Volksverhetzungen auf 77 (- 2,5 %) gegenüber. Die der Gewaltkriminalität zuzurechnenden Straftaten haben sich erneut auf nunmehr 22 verringert (- 35,3 %).

⁵⁸ Veröffentlicht am 1. März 2013.

⁵⁹ Die politisch motivierte Gewaltkriminalität umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedenbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstands- und Sexualdelikte.

III. Linksextremismus

1. Überblick

Bundesweit umfasst das Potenzial der revolutionären Marxisten etwa 22.600 Anhänger. Hinzu kommen ca. 7.100 Personen, die der gewaltbereiten linksextremistischen Szene zugeordnet werden. Hierzu gehören auch etwa 6.400 Autonome.

Geschätzte Mitglieder- bzw. Anhängerpotenziale

	Thüringen			Bund
	2012	2011	2010	2012
Gewaltbereite Linksextremisten, davon Autonome	130	130	130	7.100 6.400
Anarchisten	10	10	10	700
KPF der Partei DIE LINKE.	100	100	100	1.250
DKP	40	40	40	3.500
KPD	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	wenige Mitgl.	150
MLPD	40	40	40	2.000
Rote Hilfe e. V.	120	120	120	6.000

Die maßgeblichen Gruppen des autonomen Spektrums und ihre regionalen Schwerpunkte blieben ebenso bestehen wie die Fokussierung auf das Betätigungsfeld „Antifaschismus“. Die in diesem Zusammenhang durchgeführten Aktionen richteten sich überwiegend gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene bzw. deren Strukturen. Dabei suchten Autonome durchaus die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei. Trotz anhaltender Abneigung gegenüber der Zivilgesellschaft, die von einem „rechten“ Konsens gekennzeichnet und daher ebenso zu bekämpfen sei wie der Rechtsextremismus, schlossen sich Autonome wiederum diversen Veranstaltungen breiter demokratischer Bündnisse an.

Die in Thüringen vertretenen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen vermochten es – abgesehen von einzelnen Informationsständen und traditionellen Gedenkveranstaltungen – im Berichtszeitraum kaum, durch öffentlichkeitswirksame Aktivitäten wahrgenommen zu werden. Das Bestreben, eine „Aktionseinheit“ marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen zu bilden, hielt dennoch an.

2. Ideologischer Hintergrund

Das in sich breit gefächerte linksextremistische Spektrum vertritt im Einzelnen ideologisch voneinander abweichende Positionen. Es schließt Anhänger der „wissenschaftlichen Sozialismus- und Kommunismustheorien“ ebenso ein wie Sozialrevolutionäre, Anarchisten und Autonome. Die Werke von MARX, ENGELS, LENIN, von STALIN, TROTZKI und MAO TSE-TUNG stellen die Grundlagen der unterschiedlichen Anschauungen und theoretischen Gebäude dar. Das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen, ist allen Linksextremisten gemein. Ihre – wie unterschiedlich auch immer gearteten – Bestrebungen richten sich letzten Endes gegen grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Linksextremisten wollen entweder einen marxistisch-leninistischen Staat oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ errichten. Sie verbindet das Bekenntnis zur revolutionären Gewalt, zum Klassenkampf und zur Klassenherrschaft. Ihr Grundsatz, dass sich die von ihnen angestrebten gesellschaftlichen Veränderungen einzig durch den Einsatz revolutionärer Gewalt vollziehen lassen, wird aus taktischen Gründen oft verschwiegen. Bei tagespolitischen Auseinandersetzungen greifen sie häufig zu legalen, gewaltfreien Formen des politischen Engagements. Die eigene extremistische Ausrichtung wird dabei bewusst verschleiert. Mit dieser Taktik gelingt es Linksextremisten durchaus, auf bestimmten Politikfeldern Bündnispartner zu finden, die extremistischen Ansichten im Grunde genommen abgeneigt sind.

Das Antifaschismusverständnis der Linksextremisten ist von einer ideologisch-strategischen Ausrichtung geprägt. Es dient nicht nur als Mittel politischer Einflussnahme und zur Diffamierung politischer Gegner, sondern ist zugleich Grundlage kommunistischer Bündnispolitik. Anders als die bürgerliche Gesellschaft, die im Rechtsextremismus eine Randerscheinung sieht, interpretieren Linksextremisten das ihrerseits überwiegend als Faschismus bezeichnete Phänomen als Ausdruck eines „besonders aggressiven staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Eine endgültige Beseitigung des Faschismus könne daher nur durch die Abschaffung des Kapitalismus, d. h. des Privateigentums an Produktionsmitteln, erreicht werden. Diese Anschauungen werden insbesondere von Linksextremisten verbreitet, die ein geschlossenes marxistisch-leninistisches Weltbild vertreten. Jedoch fußen auch die insgesamt eher diffusen, aus verschiedenen ideologischen Versatzstücken bestehenden Ansichten undogmatischer Linksextremisten bzw. Autonome auf diesem Grundkonstrukt.

3. Autonome

3.1 Allgemeines

Autonome sind in der Bundesrepublik seit Ende der 70er Jahre aktiv. Heute agieren sie vor allem in mittleren und größeren Städten. Schwerpunkte bilden Ballungsräume wie Berlin, Hamburg oder das Rhein-Main-Gebiet. Der Szene waren Ende 2012 bundesweit etwa 6.400 gewaltbereite Anhänger zuzurechnen.

Autonome erheben den Anspruch, nach eigenen Gesetzen leben zu wollen. Fremde Vorgaben, staatliche und gesellschaftliche Zwänge lehnen sie ab. „Keine Macht für niemand!“ lautet ihre paradoxe Devise. Ihre ideologischen Vorstellungen bleiben oft diffus, anarchistische Elemente mischen sich darin mit nihilistischen, sozialrevolutionären, mitunter auch marxistischen Versatzstücken. Autonome sind entschlossen, die ihnen hemmend oder einengend erscheinenden staatlichen Strukturen zu zerschlagen. Von einem ausgeprägten Individualismus getrieben verlangen sie dabei nicht nach in sich geschlossenen, theorielastigen Konzeptionen zur Veränderung der Gesellschaft.

Die sceneinterne Kommunikation erfolgt vorrangig unter Nutzung elektronischer Medien. Per Internet und über E-Mail-Verbindungen werden überregionale Vernetzungen geschlossen, Agitation und Mobilisierung betrieben. Darüber hinaus dienen diverse Szeneblätter, die z. T. konspirativ verbreitet werden, als Informationsquellen. Die dazu zählende Zeitschrift „INTERIM“, welche vierzehntäglich in Berlin erscheint, gilt aufgrund ihrer überregionalen Ausstrahlung als die bedeutungsvollste Publikation. Auf regionalem Niveau werden Szeneblätter inzwischen nicht nur in gedruckter Fassung veröffentlicht, sondern meist im Internet als Download angeboten.

„Infoläden“ sind bevorzugte Anlaufpunkte der gesamten Szene und ihrer Sympathisanten. Sie dienen als Kontakt- und Treffmöglichkeit und zugleich als Vertriebsstätte linksextremistischer Schriften und Flugblätter.

Kampagnenfähige Themen, Gewaltpotenzial

Verschiedene Schwerpunktthemen bilden die Grundlagen der Diskussionen und Aktionen der autonomen Szene:

- Antifaschismus,
- „Häuserkampf“/Kampf gegen Gentrifizierung⁶⁰,
- Kampf gegen angenommenen „Geschichtsrevisionismus“ und „Opfermythen“ im Zusammenhang mit der öffentlichen Wahrnehmung der Zeit des Nationalsozialismus,
- Repression und innere Sicherheit,
- Antirassismus,
- Kampf gegen angenommene „Großmachtrollen“ der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union,
- Anti-Atomkraft-Bewegung, insbesondere Castor-Transporte,
- Neoliberalismus und Globalisierung,
- Internationalismus.

Intensität und Bedeutung der genannten Themen schwanken und werden oft vom Tagesgeschehen bestimmt. Die Artikulationsformen Autonomen sind vielfältig. Sie reichen von Diskussionen, Vortragsveranstaltungen und Demonstrationen über Straßenkrawalle, teils erhebliche Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen. Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel der Autonomen. Bereitwillig setzen sie diese auch gegen Personen ein, vor allem im Rahmen von Protesten gegen Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene. Hier suchen Autonome die direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner und den Einsatzkräften der Polizei.

Dezentralisierung und ideologische Spaltung innerhalb der autonomen Szene

Fest strukturierte, auf Dauer angelegte und übergreifende Organisationsformen widersprechen dem Grundverständnis der Autonomen. Die Szene ist heterogen zusammengesetzt, sie kennt weder Hierarchien noch Führungsstrukturen. Autonome agieren meist in kleinen, unverbindlichen, lokal begrenzten, dezentralen Personenzusammenschlüssen.

Um die allein schon wegen des niedrigen Organisationsniveaus begrenzten Wirkungsmöglichkeiten zu erweitern, gibt es dennoch immer wieder Versuche, übergreifende Organisationsformen zu schaffen. Diese basieren jeweils auf dem linksextremistischen Antifaschismusverständnis, das über die Traditionslinien Nationalsozialismus und Faschismus hinaus die Auseinandersetzung mit dem – autonomer Redart nach – in der Bundesrepublik vorherrschenden „imperialistischen System“ einschließt, welches die Autonomen als Fortsetzung

⁶⁰ Abgeleitet von gentry (engl.) – Bezeichnung für niederen englischen Adel und ihm sozial Nahestehende. Steht hier für die Umstrukturierung von Stadtteilen nach Verkauf und/oder Modernisierung von Gebäuden. Durch den Zuzug neuer (vermögenderer) Bewohner kommt es zu Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Autonome versuchen in Stadtteilen, die sie als ihren „Kiez“ beanspruchen, diese Entwicklung auch mit gewalttätigen Mitteln zu bekämpfen.

und Modifikation des Dritten Reichs deuten. Alle Versuche nach 2001, eine inhaltliche und organisatorische Erneuerung zu erreichen, blieben jedoch erfolglos. Seither ist es der Szene nicht gelungen, ihre Isolierung, die regionale Begrenztheit des Aktionsradius und die zahlenmäßige Schwäche zu überwinden.

Übergreifende Vernetzungsversuche werden zudem durch gravierende ideologische Konfliktlinien innerhalb der autonomen Szene erschwert. Typisch dafür war das Aufkommen sog. antideutscher Positionen. Kernpunkt jener Anschauungen bildet der Massenmord an den europäischen Juden während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Hieraus resultieren sowohl die Ablehnung des deutschen Staats, der als modifizierte Fortsetzung der Nazidiktatur wahrgenommen wird, als auch eine bedingungslose Solidarität gegenüber dem Staat Israel. „Antideutsche“ Gruppierungen sagen dem deutschen Staat ohnehin eine auf Ausgrenzung anderer Ethnien gerichtete Wesensart nach. Den europäischen Einigungsprozess interpretieren sie als ein deutsches Projekt, das auf friedlichem Wege zu Großmachtstatus verhelfen sollte. Der Staat Israel wird von diesen Gruppen als Zufluchtsort des jüdischen Volkes, als Schutzraum für Juden vor antisemitischer Verfolgung verstanden, der gegen alle Angriffe verteidigt werden müsse. Jedwede Kritik an Israel setzen „Antideutsche“ mit Antisemitismus gleich. Ähnlich werten sie die Kritik an den USA, da diese als Schutzmacht Israels angesehen wird. Diese Einstellung steht im krassen Gegensatz zu den traditionell im autonomen Spektrum vorhandenen „antiimperialistischen“ Einstellungen, nach denen Israel als „imperialistischer Brückenkopf“ der USA im arabischen Raum gilt.

3.2 Die autonome Szene in Thüringen

Das Anhängerpotenzial der gewaltbereiten autonomen Szene Thüringens umfasste im Berichtszeitraum ca. 130 Personen. Zu einzelnen Aktionen, denen die Szene besondere Bedeutung beimaß, gelang es ihr, einen auch überregionalen Teilnehmerkreis zu mobilisieren. Regionale Schwerpunkte bestehen in Erfurt und Jena sowie um Arnstadt. Außerdem sind Autonome im Umkreis von Gotha, Weimar und Saalfeld aktiv gewesen. Szenetypische Anlaufstellen waren u. a. sog. Infoläden in Arnstadt, Erfurt und Jena.

Autonome Gruppen aus Thüringen nutzen überwiegend das Internet und E-Mail-Verbindungen, um untereinander Kontakt zu halten, zu agitieren und für Veranstaltungen zu mobilisieren. Über ihre Internetseiten veröffentlichen sie zum Teil umfangreiche Rechercheberichte über den politischen Gegner. Auch Szenezeitschriften oder Audiostreams mit Informationen zum „rechten“ Spektrum werden auf diesem Wege verbreitet.

Die Schwerpunkte öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten lagen im Berichtszeitraum in der Landeshauptstadt Erfurt und in Jena – Regionen, in denen die personell stärksten und aktivsten autonomen Gruppen angesiedelt sind. Inhaltlich dominierte das Themengebiet Antifaschismus. Bedingt durch die 2009 erfolgte Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt kam auch der „Schaffung von Freiräumen“, also dem „Häuserkampf“, weiterhin Bedeutung zu.

Die Aktionen der autonomen Szene reichten von der Mobilisierung für die von breiten, nicht-extremistischen Bündnissen organisierten Proteste gegen rechtsextremistische Veranstaltungen und die gewaltfreie Beteiligung daran bis hin zu gezielten Blockadeaktionen sowie Gewalttaten gegen Personen des rechtsextremistischen Spektrums, aber auch gegen Einsatzkräfte der Polizei. Gegenaktionen, die etwa die Umleitung eines rechtsextremistischen Aufzugs, die Verzögerung oder die vorzeitige Beendigung der Veranstaltung erforderlich machten, gelten in der autonomen Szene oft auch dann als Erfolg, wenn ihre Zielstellung nur im Verbund mit demokratischen Kräften erreicht werden konnte. Gelegentlich distanziert man sich jedoch auch von Erfolgen „dieser Art“. Kritisch wurden auch eine teils geringe Resonanz in der Szene und mangelnde Beteiligung ihrer Angehörigen angemerkt. Wenngleich es die autonome Szene vermochte, für einzelne Aktionen von bundesweiter Bedeutung erfolgreich zu mobilisieren, gelang es ihren Anhängern bislang nicht, innerhalb des breit gefächerten Spektrums von Gegendemonstranten größeren Einfluss zu gewinnen.

Bei Demonstrationen gegen Rechtsextremisten konnten Ausschreitungen zwischen den beiden verfeindeten Lagern in der Regel durch Einsatzkräfte der Polizei verhindert werden. Autonome hatten meist im Vorfeld zu Blockade- und Störaktionen aufgerufen. Oft suchten sie den unmittelbaren Kontakt zum politischen Gegner, um den „Naziaufmarsch“ mit allen Mitteln zu verhindern. Mitunter missachteten sie dabei bewusst Vorgaben und Auflagen der Behörden. Im Rahmen ihrer Aktionen kam es auch im Jahr 2012 zu Straftaten wie Körperverletzung, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch.

Thüringer Autonome beteiligten sich im Berichtszeitraum an verschiedenen Aktionen in anderen Bundesländern bzw. thematisierten diese im Internet durch Terminhinweise. Hier sind neben den Protestaktionen gegen das von Rechtsextremisten instrumentalisierte Gedenken der Bombardierung Dresdens am 13./14. Februar 1945⁶¹ u. a. auch die Proteste gegen einen

⁶¹ Protestaktionen, auch unter Beteiligung von Angehörigen der hiesigen linksextremistischen Szene, fanden am 13. und 18. Februar in Dresden statt. Diese richteten sich sowohl gegen die Aktionen der Rechtsextremisten als auch, unter Bezugnahme auf die Ereignisse des Vorjahres, gegen vermeintliche staatliche Repression.

rechtsextremistischen Aufmarsch am 14. Januar in Magdeburg⁶² und die bundesweite Demonstration am 25. August in Rostock-Lichtenhagen⁶³ zu nennen.

3.3 Thüringer Autonome und ihr „Antifaschismus“-Verständnis

Sachbeschädigungen und Recherche

Ein Grundkonsens der autonomen Szene besteht darin, über Ideen, Aktivitäten sowie die Anhängerschaft ihres politischen Gegners aufzuklären. Methodische Mittel reichen dabei von Recherche- bis zu sog. Outing-Aktionen⁶⁴. Regelmäßig kommt es auch zu Sachbeschädigungen an vermeintlichen oder tatsächlichen Treffobjekten der rechtsextremistischen Szene oder an Läden, die mit ihr in Verbindung gebracht werden.

Sachbeschädigungen im Stadtbereich Weimar

Unter der Gruppenbezeichnung „Autonome Gruppen“ wurde am 11. November auf der Internetseite „linksunten.indymedia“⁶⁵ ein Selbstbeichtigungsschreiben zu mehreren Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen in Weimar eingestellt. „In den letzten Monaten haben wir in Weimar (Thüringen) mehrere Autos von Nazis angegriffen“, hieß es. Höhepunkt der Angriffe war demnach ein Brandanschlag auf ein Kraftfahrzeug mit der Aufschrift „Thor Steinar Racing Team“ am 6. November in Weimar.

Die unbekanntes Täter wollten mit den Aktionen den „Nazis“ in Weimar und Umland ein deutliches Zeichen setzen und diese weiterhin verunsichern. Gleichzeitig äußerten sie den Wunsch, dass auch andere Thüringer Gruppen ihre Recherche-Ergebnisse für solche Aktionen nutzten.

Stellung zum Staat und zur Zivilgesellschaft

Autonome sehen in der Politik der Regierung und in vermeintlichen gesellschaftlichen Missständen Auslöser für „faschistische“ Tendenzen. Ihrer Meinung nach förderten „staatlicher

⁶² Im Anschluss an die überwiegend friedlich verlaufenen Protestaktionen wurden Polizeibeamte aus einem von Linksextremisten genutzten Szeneobjekt heraus u. a. mit einer Betonplatte beworfen, die unmittelbar neben einem Polizeibeamten zerschellte. Es wurde ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags eingeleitet.

⁶³ Zu der u. a. auch von der hiesigen linksextremistischen Szene beworbenen Versammlung fanden sich ca. 2.000 Personen ein.

⁶⁴ Öffentlichmachen des politischen Gegners, z. B. durch Internetveröffentlichungen, Flugblattaktionen im Wohn- oder Arbeitsumfeld.

⁶⁵ Das Internetportal, seit 2009 als erstes regionales „independent media center“ (imc) in Deutschland online, bietet u. a. militanten Gruppen eine Plattform für Bekennerschreiben.

Rassismus“ und die „Kriminalisierung des antifaschistischen Kampfes“ auch in der Bevölkerung die Entwicklung „rechter“ Tendenzen. Die Kritik und die Aktionen des autonomen Spektrums richteten sich deshalb auch gegen die Zivilgesellschaft. In diesem Zusammenhang distanzieren sich Autonome zum Teil von den Aktivitäten demokratischer Bündnisse, schließen sich deren Veranstaltungen, insbesondere solchen gegen Rechtsextremismus, aber auch immer wieder an. Dies geschieht einerseits in der Annahme, über szenetypische Slogans und Darstellungen autonome Anschauungen transportieren und die Veranstaltungen breiter Bündnisse gegebenenfalls dominieren zu können, andererseits, um die etwaige behördliche Untersagung des selbst organisierten Protests zu umgehen. Als Ausdruck ihrer Eigenständigkeit sind Abgrenzungsversuche üblich. So rufen Autonome zur Beteiligung an „antifaschistischen“ oder „antikapitalistischen“ Blöcken innerhalb von Demonstrationen auf.

Autonome unterstützen Kundgebung am 10. März in Saalfeld

Unter dem Tenor „Damals wie heute – rechten Konsens brechen!“ demonstrierten am 10. März in Saalfeld etwa 200 Personen gegen Rechtsextremismus. Auf die Veranstaltung wurde auch auf einschlägigen Websites der hiesigen autonomen Szene hingewiesen.

In einem im Internet u. a. auf der Website „Antifaschistische Gruppen Südthüringen (AGST) veröffentlichten Redebeitrag von „Antifa Arnstadt-Ilmenau“ wurde für eine „radikale Gesellschaftskritik“ plädiert, die sich auch gegen die Ursachen von „Nazistrukturen“ richtet. Diese sehen die Verfasser des Beitrags grundlegend in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung verwurzelt. „Nazis“ seien ein notwendiges Produkt dieser Gesellschaftsordnung. Es gelte, die Erkenntnis, wonach Nazis und ihr Tun genauso zu dieser Gesellschaft gehörten wie der Zwang und die Unfreiheit, die als ihr Gegenteil verkauft würden, in eine Theorie und Praxis zu überführen, die die Zerstörung dieser versklavenden Gesellschaftsordnung und deren Überführung in einen Verein freier Menschen denkbar mache. „Wir wollen kein besseres, kein geläutertes, kein nazifreies Deutschland, wir wollen, dass Deutschland endlich aufhört“, so die Verfasser abschließend.

Linksextremisten an Protestaktionen am 1. Mai in Weimar beteiligt

Anlässlich der rechtsextremistischen Kundgebung am 1. Mai in Weimar⁶⁶ mobilisierte neben bürgerlichen Bündnissen auch die autonome Szene u. a. über Internet zu Gegenaktionen. Aufgerufen wurde ausdrücklich zu „sportlicher dezentraler“ Handlungsweise.

⁶⁶ Siehe Kapitel 4.4.6 im Abschnitt Rechtsextremismus.

Im Zuge gezielter Durchbruchversuche in den Versammlungsraum der gegnerischen Veranstaltung kam es u. a. zu einer Körperverletzung gegen einen Einsatzbeamten. Weitere Auseinandersetzungen entwickelten sich, als polizeilichen Aufforderungen nicht Folge geleistet wurde. Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, wie das Mitführen von Messern, Pflastersteinen sowie Vermummungsgegenständen, wurden mehrfach festgestellt. Auch mehrere von ca. 150 eine Sitzblockade anstrebenden Personen hatten sich mit Pflastersteinen ausgerüstet. Das Feuer eines in Brand gesetzten Funkstreifenwagens der Polizei konnte gelöscht werden, sodass nur geringer Sachschaden entstand.

Darüber hinaus kam es im zeitlichen Zusammenhang mit der eigentlichen Protestveranstaltung zu zahlreichen Straftaten. Eine Gruppe „Schwarzer Frühling“ bekannte sich über „Indymedia“⁶⁷ zu „Entglasungsaktionen“ an Fahrzeugen der Stadtverwaltung Weimar und der Deutschen Bahn AG sowie zu Sachbeschädigungen am Wohnhaus des Rechtsextremisten Michél FISCHER am 25. April.

Bei weiteren Straftaten dauern die Ermittlungen zu einem etwaigen extremistischen Hintergrund an. So kam es in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai in Weimar zu zahlreichen Brandstiftungen mittels Brandbeschleunigern. Der dabei entstandene Sachschaden belief sich auf ca. 26.000 Euro. Ein weiterer Brandanschlag mittels Brandbeschleuniger an der Bahnstrecke Erfurt-Weimar, Höhe Hopfgarten, verursachte einen Schaden von mindestens 55.000 Euro. Unbekannte Täter hatten mehrere Daten- und Steuerungskabel im Kabelschacht der Deutschen Bahn AG in Brand gesetzt. Situationsbedingt erfolgte die automatische Sperrung der Bahnstrecke. In der Nacht des 30. April kam es in Gotha zur Sachbeschädigung eines Briefkastens der Deutschen Post AG durch Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion.

Die im Vorfeld propagierte Kleingruppentaktik, „dezentral und sportlich“ handeln zu wollen, ist Ausdruck der von den autonomen Gruppen präferierten Gewaltanwendung. Dass diese mitunter auch von den bürgerlichen Bündnissen toleriert wird, zeigte sich beispielsweise an der Einrichtung gemeinsamer „Infotelefone“ etwa für eine juristische Beratung der Teilnehmer. Seitens der Autonomen werden jedoch nicht nur Toleranz und logistische Hilfe von den bürgerlichen Bündnissen erwartet, sondern auch aktives Einschreiten und entschlossenes Vorgehen gegen politische Gegner.

⁶⁷ Eine auch von Linksextremisten genutzte Internetplattform.

Autonome mobilisieren zu Protest gegen „NPD-Eichsfeldtag“

Anlässlich des von der NPD am 5. Mai in Leinfelde ausgerichteten „Eichsfeldtags“⁶⁸ hatten bürgerliche Initiativen und Bündnisse Gegenveranstaltungen angekündigt. Auch innerhalb der autonomen Szene war zu Gegenaktionen aufgerufen worden. Auf den Internetseiten von „Autonome AnarchistInnen Gotha“ (AAGTH), „Antifa Gruppe 17“ (AG17) und „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“ (AGST), des „Infoladen Sabotnik“ sowie der „Antifaschistischen Aktion Saalfeld“ (AASIf) waren entsprechende Hinweise bzw. Links enthalten. Auf einigen Websites war zudem auf unterstützende Antifa-Gruppen aus Göttingen verwiesen worden.

An den Protesten beteiligten sich insgesamt ca. 240 Personen, darunter augenscheinlich ca. 90 Autonome.

Aufruf zum Protest gegen den „Tag der Deutschen Burschenschaft“ in Eisenach

Unter dem Tenor „Kritik an Studentenverbindungen anlässlich des Tags der Deutschen Burschenschaft“ versammelten sich am 2. Juni in Eisenach ca. 200 Personen, um ihren Protest gegen den „Tag der Deutschen Burschenschaft“ auszudrücken.

Zuvor war über die einschlägigen Websites der Thüringer linksextremistischen Szene sowie jene der linksextremistischen Szene Göttingens zu Protestaktionen aufgerufen worden. Im Internet fanden sich zudem Ankündigungen zu Mobilisierungsveranstaltungen u. a. in Berlin, Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen.

Linksextremisten betrachten Burschenschaften schlechthin als von einem „rechtskonservativen Weltbild“ geprägte Vereinigungen. Ihre Ideologie beinhaltet „die Legitimation der Ungleichheit von Männern und Frauen, Deutschen und MigrantInnen oder akademischer Elite und ungebildeter Masse. In der deutschen Burschenschaft findet sich diese radikalisiert zu einem extrem rückständigen Frauenbild, völkischem Rassismus und Großdeutschem Nationalismus“, formulierte der „Infoladen Sabotnik“ bereits im Zusammenhang mit den Protesten gegen das Burschenschaftstreffen im Juni 2011.

⁶⁸ Siehe hierzu Kapitel 3.1.2.6 im Abschnitt „Rechtsextremismus“.

Protest gegen den „11. Thüringentag der nationalen Jugend“

Anlässlich des 11. „Thüringentags der nationalen Jugend“⁶⁹ am 9. Juni in Meiningen hatte ein demokratisches Bündnis Proteste organisiert, an denen sich ca. 400 Personen beteiligten.

Zudem war innerhalb der autonomen Szene zu Gegenaktionen aufgerufen und für die Teilnahme an der Demonstration eines „Antifa-Bündnis Südthüringen“ unter dem Motto „Kein Friede mit Deutschland und seinen Nazis“ geworben worden. Dieser schlossen sich etwa 150 Personen an.

Entsprechende Aufrufe der Szene fanden sich auf nahezu allen einschlägigen Internetseiten, so bei „Antifa Meiningen“, „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“ (AGST), „Autonome Linke Weimar“, „Autonome Antifa-Gruppe Weimar“, „Autonome AnarchistInnen Gotha“ (AAGTH), „Antifaschistische Aktion Saalfeld“ (AASIf), „Antifa Task Force Jena“, „Antifa Gruppe 17“ (AG17) und „Infoladen Sabotnik“. Unter dem Motto „Den Volkstod vorantreiben. Nie wieder Deutschland!“ zielten die Proteste auch „auf die gesellschaftlichen Ursachen von Naziideologie“. Deshalb lehnten die Organisatoren jegliche „Meiningen gegen Nazis“- und „Bunt statt braun“-Rhetorik ab. „Wir wollen nicht Meiningens guten Ruf gegen die Nazis verteidigen, sondern vielmehr darauf verweisen, dass Naziideologie in Deutschland etwas ist, was notwendig seine Ursachen in der bürgerlichen Gesellschaft hat [...]“, so die Verfasser des entsprechenden Aufrufs. In einem im Internet verbreiteten Redebeitrag hieß es u. a., Aufgabe antifaschistischer Gesellschaftskritik sei es, diesen ideologischen Vorhang zu lüften und die Gesellschaft in ihrer Unmenschlichkeit und Unfreiheit bloßzustellen. Anders sei die Hoffnung nicht zu bewahren, dass eines Tages doch alles ganz anders werde und das gehe nur ohne Volk, Staat und Kapitalismus.“

Auch der Polizeieinsatz in Meiningen wurde im Nachhinein kritisiert. Unter dem Tenor „Polizeistaatsmacht sichert Nazifest“ hieß es auf der Website der AGST u. a.: „Die Polizei von sonstwo durfte sich mal Meiningen anschauen, wurde aber weitgehend an der Leine gehalten, von nervigen Vorkontrollen und dem enormen Drohpotential was die Übermacht an uniformierten Schlägern angeht, abgesehen.“

Im Umfeld der Versammlungen wurden fünf Verstöße gegen das Versammlungsgesetz sowie ein Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz festgestellt und Ermittlungsverfahren eingeleitet.

⁶⁹ Siehe dazu Kapitel 3.1.2.6 im Abschnitt Rechtsextremismus.

Keine „antifaschistische Intervention“ anlässlich des rechtsextremistischen Aufzugs am 25. August in Arnstadt

Auf der Website „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“ (AGST) wurden in einem Beitrag vom 27. August unter der Überschrift „Arnstadt: Aufmarsch der Peinlichkeiten“ die Proteste gegen den rechtsextremistischen Aufzug am 25. August in Arnstadt thematisiert. Demnach sei die Beteiligung an der Protestkundgebung gegen den rechtsextremistischen Aufmarsch zu gering gewesen. „Dass es sich bei den Nazis um nur 50 meist Angereiste handelte, sollte daran liegen, dass weite Teile der Arnstädter Bevölkerung, die potentiellen Faschisten der deutschen Mehrheitsgesellschaft, das Anliegen zwar teilen, aber schon allein von der Polizeipräsenz abgeschreckt waren wie auch vom fanatischen Auftreten der Nazis“, so die Verfasser. Eine „Mischung aus Desinteresse, Dünkel und Sympathie für die Nazis innerhalb der Gesellschaft“ habe „nicht mehr als 100 Menschen dem Aufruf zur zahnlosen Gegenwehr“ folgen lassen. Deren Auseinandersetzung mit den Argumentationsmustern und den Interessen der Rechtsextremisten sei nur unzureichend erfolgt. „Man wollte die Nazis von sich fern halten, ohne wirklich zu wissen, warum eigentlich“, hieß es.

Abschließend gingen die Verfasser auf das offenbar ausgebliebene Engagement der eigenen Szene ein. Dass eine wünschenswerte „antifaschistische Intervention“ ausblieb, sei tragisch. „Aber sicher ist es immer noch besser, nichts zu tun, als das falsche“, so die Erklärung hierfür.

Linksextremisten unterstützen Demonstration am 13. Oktober in Erfurt

Auf einschlägigen Websites der linksextremistischen autonomen Szene Thüringens wurde zu einer Demonstration unter dem Motto „Der Frust muss raus! Konsequent Handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression!“ am 13. Oktober in Erfurt aufgerufen. In dem entsprechenden Aufruf wurde u. a. die Erfurter „Antifagruppe 17“ (AG17) als Organisator sowie die „Antifaschistischen Gruppen Südthüringen“ (AGST) und „Antifa Task Force Jena“ (ATF Jena) neben anderen Gruppen als Unterstützer genannt.

Zu der Versammlung fanden sich ca. 330 Teilnehmer ein. In Reden und mittels Parolen wurden Forderungen wie „Polizei abschaffen“ und „Innenstadt demolieren“ formuliert.

Beteiligung am Bundesweiten Aktionstag anlässlich des Jahrestags der Aufdeckung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU)

Anlässlich des Jahrestags des Bekanntwerdens der NSU-Mordserie wurde unter dem Tenor „Das Problem heißt Rassismus“ zu einem bundesweiten Aktionstag am 4. November aufgerufen. „Geplant ist, vor möglichst allen Landesämtern für Verfassungsschutz oder Innenministerien, aber auch an anderen Orten in größeren Städten Kundgebungen zu organisieren, die der Opfer gedenken...“, hieß es auf der im Internet eingestellten Mobilisierungsseite.

In diesem Zusammenhang kam es in Jena zu einer mit „Highlights, von denen keiner wissen wollte“ betitelten Versammlung, der sich etwa 350 Personen anschlossen. Zu den Teilnehmern zählten auch Angehörige der linksextremistischen Szene. Einem im Internet auf „indy-media“ veröffentlichten Beitrag vom 5. November waren mehrere Lichtbilder zur Demonstration in Jena angehängt, darunter auch solche zu mitgeführten Transparenten, die Slogans wie „VON DER SAAR BIS AN DIE NEISZE BOMBE DRUFF UND WEG DIE SCHEISZE ATF JENA“ und „All die Toten schon vergessen? Saufen, Kaufen, Bratwurstfressen!“ enthielten.

Für die Veranstaltung in Jena war auf nahezu allen einschlägigen Websites der hiesigen linksextremistischen autonomen Szene mobilisiert worden. Die „Antifa Task Force Jena“ (ATF) wurde auf Mobilisierungsseite als eine der aufrufenden Gruppen benannt.

Proteste anlässlich rechtsextremistischer Versammlung am 18. November in Friedrichroda

Anlässlich einer rechtsextremistischen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag kam es am 18. November in Friedrichroda zu einer Gegendemonstration mit etwa 100 Personen, darunter auch Angehörige des linksextremistischen Spektrums.

In einem im Internet u. a. auf der Website „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“ (AGST) eingestellten Beitrag vom 22. November beklagten die Verfasser eine erfolglose „Ignoranzstrategie“ der politisch Verantwortlichen in Friedrichroda gegen die seit Jahren dort stattfindenden Aufmärsche der Rechtsextremisten. Deren Zahl sei im Laufe der Jahre stetig gestiegen. Im Zusammenhang mit der jüngsten Gegendemonstration sprachen die Verfasser von einem Ausnahmezustand: „Nicht etwa, weil die Nazis dort mal wieder aufmarschierten oder die deutschen Verbrecher kollektiv verharmlost werden sollten – daran hatte man sich am Volkstrauertag gewöhnt –, sondern weil eine antifaschistische Demonstration die besinnliche Ruhe im Fackelschein störte.“ Und an anderer Stelle hieß es: „Ganz wenige Exemplare der Eingeborenen zeigten sich am Wegesrand und verstärkten mit verschränkten Armen, zu-

sammengekniffenen Gesichtern und kopfschüttelnd, was man eh schon wusste: Hier ist die Antifa nicht willkommen“.

Unter dem Tenor „VOLKSTRAUERTAG ABSCHAFFEN! GEGEN NAZIS, GESCHICHTSREVISIONISMUS UND DEUTSCHE OPFERMYTHEN!“ hatte ein „Antifa Bündnis Gotha“ zu einer Gegendemonstration am 18. November in Friedrichroda aufgerufen, „um den antifaschistischen Widerstand auch ins provinzielle Friedrichroda zu tragen und ein lautes Zeichen gegen diese ekelhafte Zusammenkunft von Nazis und Geschichtsrevisio-nist_innen zu setzen“. Nach Angaben auf der entsprechenden Mobilisierungsseite im Inter-net bestand das Bündnis aus „Autonome AnarchistInnen Gotha“ (AAGTH), „Antifa Gruppe 17“ (AG17) und „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“ (AGST).

Der Aufruf fand sich auf nahezu allen einschlägigen Websites der hiesigen linksextremisti-schen autonomen Szene. Zudem waren im Vorfeld entsprechende Informationsveranstaltun-gen in Erfurt, Gotha und Weimar angekündigt worden.

Gewalt als Aktionsmittel Autonomer

Gewalt ist ein selbstverständliches Aktionsmittel der Autonomen. Aus ihrer kruden Selbst-sicht heraus nehmen sie Handlungen anderer, z. B. des Staats, von Unternehmen oder des politischen Gegners, als Gewalt gegen sich wahr und versuchen damit ihre Aktionsformen als Selbstschutz zu legitimieren. Angriffe auf Personen meint man regelmäßig damit rechtfertigen zu können, dass es sich bei den Opfern um „Nazis“ gehandelt habe. Diese Bezeich-nung wird dabei zum Teil willkürlich verwendet, ohne dass es tatsächliche Anhaltspunkte für eine Zugehörigkeit zum rechtsextremistischen Spektrum gegeben haben muss. Letztlich dient sie nur als Staffage, um das eigene Handeln möglichst positiv darzustellen. Die Verfol-gung der eigenen Straftaten wird wiederum als angebliche Kriminalisierung und Ausdruck eines repressiven Staats wahrgenommen. Gewalttätige Aktionsformen werden taktisch, in Thüringen meist im Zusammenhang mit demonstrativen Aktivitäten, eingesetzt. Dabei spie-len Überlegungen zur Haltung möglicher Bündnispartner ebenso eine Rolle wie Stärke und Vorgehensweise eingesetzter Polizeikräfte oder des politischen Gegners. Gelegentlich kommt es jedoch auch zu Gewaltausbrüchen zwischen Angehörigen des links- und rechts-extremistischen Spektrums, die jeweils „Vergeltungsaktionen“ nach sich ziehen.

Übergriff auf NPD-Stand am 25. September in Rudolstadt

Auf einen am 25. September auf dem Marktplatz von Rudolstadt von Mitgliedern der NPD Thüringen betriebenen Infostand erfolgte ein Übergriff. Eine Gruppe von sieben Personen, schwarz gekleidet, versehen mit übergezogenen Kapuzenjacken oder Mützen, näherte sich dem Stand, wobei ein Beteiligter mehrfach gegen den Werbeaufsteller trat und diesen beschädigte. Ein anderer entwendete als Werbematerial ausgelegte Zeitschriften der Partei.

3.4 Autonomer „Häuserkampf“

Der sog. Häuserkampf, das Besetzen von leer stehenden Gebäuden und die teils äußerst gewalttätige Verteidigung, zählt seit den Anfangstagen der Autonomen zu deren Schwerpunkten. Seinen Höhepunkt erlebte der „Häuserkampf“ in den achtziger und neunziger Jahren. Die verbliebenen Objekte sind inzwischen meist legalisiert und werden z. B. unter dem Dach eines Vereins geführt. Nur wenige haben überregionale bzw. bundesweite Bedeutung oder werden sogar im europäischen Zusammenhang wahrgenommen.

Solidaritätsaktionen für Szeneobjekte in Berlin

Unbekannte Täter setzten am 2. Februar in Weimar 13 Container in Brand. Nach ersten Schätzungen entstand ein Schaden in Höhe von ca. 6.000 Euro. In der Nähe der Brandorte konnten nicht nur Plakate mit Bezug zum Jahrestag der Räumung des früheren Berliner Szeneobjekts „Liebigstraße 14“⁷⁰, sondern auch zwei Personen festgestellt werden, die entsprechende Plakate bei sich führten.

Auf der auch von Linksextremisten genutzten Internetplattform „indymedia“ wurde am 2. Februar eine Stellungnahme mit Bezug zu den Vorfällen in Weimar eingestellt. Unter der Überschrift „Solidarität mit Liebig14 und Rigaer94“⁷¹ hieß es u. a.: „Wir werden diese Vorkommnisse, egal ob in Berlin oder letzte Nacht in Weimar nicht ohne weiteres hinnehmen. Wir werden solche Aktionen fortführen um immer wieder zu verdeutlichen, dass wir die bestehenden Verhältnisse nicht kampflös hinnehmen.“

Einer weiteren, zum selben Datum veröffentlichten Szeneverlautbarung nach müsse „Diesem machtideologischen Vorgehen [...] Einhalt geboten werden. Wir müssen verstehen, dass dieses Vorgehen für uns die Aufforderung mit sich trägt, staatliche Strukturen anzugrei-

⁷⁰ Die Räumung erfolgte am 2. Februar 2011.

⁷¹ Sogenanntes Hausprojekt der Hausbesetzer-Szene in Berlin, welches am 29. Januar 2012 Gegenstand einer Polizeiaktion war.

fen, sie zu brechen, um sie letztlich überwinden zu können.“ Abschließend erging die Forderung: „Wacht auf, informiert euch, analysiert, bildet Banden, schafft Räume, organisiert Widerstand, greift an, attackiert und zerstört.“

Im Rahmen des Aktionsfelds „Häuserkampf“ waren bereits im April 2011 in Weimar 16 Wertstoffcontainer in Brand gesetzt worden. Einer im Nachgang im Internet eingestellten Tatbekennung zufolge habe man damit den zweiten Jahrestag der Räumung des „Besetzten Hauses“ in Erfurt in den „Fokus der Öffentlichkeit“ rücken wollen. Die Ankündigung „[...] der Kampf geht weiter, denn jede Räumung bleibt nicht ohne Konsequenzen!!!“ ließ auf weitere Aktionen schließen, welche die „Solidarität“ mit „allen autonomen Zentren“ symbolisieren sollen.

4. Anarchisten

Anarchistische Anschauungen entstanden im 19. Jahrhundert in Abgrenzung zum Kommunismus. Die Russen Michail BAKUNIN und Peter KROPOTKIN zählen zu den maßgeblichen Theoretikern dieser linksextremistischen Strömung. Im Gegensatz zu verschiedenen kommunistischen Organisationen berufen sich Anarchisten nicht auf verbindliche Standardwerke, sondern greifen auf eine Vielzahl von Theorien und Utopien zurück, die auf die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ausgerichtet sind. Jedwede Form von Staat und Regierung lehnen Anarchisten ab. Erklärtes Ziel ist, den Staat mittels einer Revolution aufzulösen und eine von der Basis her anarchistische Gesellschaft zu bilden. Im Gegensatz zu Marxisten-Leninisten setzen Anarchisten dabei auf die Spontaneität der Massen, nicht auf eine Avantgardepartei. In der Bundesrepublik entfaltet lediglich die international organisierte „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA) wahrnehmbare Aktivitäten.

4.1 „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion“ (FAU) mit Anbindung an die „Internationale Arbeiter Assoziation“ (IAA)⁷²

Bei der FAU handelt es sich um eine anarcho-syndikalistische Gruppierung.⁷³ Ihr Anliegen ist die Schaffung einer herrschaftsfreien, direkt-demokratischen Gesellschaft, die sie durch „direkte Aktionen“ wie Selbstorganisation, Besetzungen, Boykotts, Streiks, Sabotage zu errei-

⁷² Die offizielle Abkürzung lautet FAU-IAA, jedoch ist auch in Veröffentlichungen der Gruppierung die Abkürzung FAU gebräuchlicher. Diese wird in der Folge verwendet.

⁷³ Der Begriff setzt sich aus dem griechischen Wort *anarcho* (führerlos) und dem französischen Wort *Syndikat* (Vereinigung, Gewerkschaft) zusammen. Er bezeichnet anarchistische Organisationen mit gewerkschaftlichem Anspruch.

chen glaubt. Die FAU sieht sich als Gewerkschaft und ist bestrebt, sich vorrangig in der Betriebsarbeit zu engagieren.

Die FAU ist in Thüringen Eigenangaben zufolge mit Ortsgruppen in Altenburg und Meiningen vertreten. Die Ortsgruppe Altenburg ist weiter über die FAU Leipzig erreichbar. Zudem berichtete die FAU im Oktober vom Entstehen der „FAU Lokalförderung Thüringen“ mit neuen Anlaufpunkten in Erfurt und Jena. Seit Ende November bietet die FAU Thüringen in Erfurt wöchentlich samstags eine „Sprechstunde“ an. Am 31. Oktober hätten sich auch FAU-Mitglieder aus Thüringen an einer Demonstration der FAU in Dresden anlässlich eines Generalstreiks in Südeuropa unter dem Motto „Wir haben eine Würde zu verteidigen! – Globale Solidarität gegen Sozialkassenschlag und Ausbeutung!“ beteiligt.

5. Marxistisch-leninistische Parteien und sonstige Gruppierungen

5.1 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der Partei „DIE LINKE.“

	Bund	Thüringen
Gründung	1989	1993
Sitz	Berlin	–
Mitglieder		
2012	ca. 1.250	ca. 100
2011	ca. 1.250	ca. 100
2010	ca. 1.200	ca. 100
Publikationen	„Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ (monatlich)	–
Internet	eigene Internetpräsenz im Rahmen des Internetauftritts der Partei „DIE LINKE.“	kein eigener Internetauftritt

Die KPF wurde 1989 in der damaligen SED-PDS gegründet und wirkt nunmehr in der Partei „DIE LINKE.“⁷⁴ als „ein offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten“. Wesentliches Anliegen der KPF ist die Fortsetzung marxistisch-leninistischer Politik. Darunter versteht sie u. a. das Festhalten an der sozialistischen Zielstellung und der antikapitalistischen Grundausrichtung. Sowohl im politischen Alltag als auch in der Programmdebatte der Partei „DIE LINKE.“ bekannte sich die KPF nach wie vor dazu, einem „Systemwechsel“

⁷⁴ „DIE LINKE.“ ist kein Beobachtungsobjekt des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz.

verpflichtet zu sein. Dies impliziert die durch Revolution zu errichtende Macht des Proletariats und in fortgesetzten revolutionären Kämpfen sowohl die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistisch-kommunistische Ordnung als auch die Unterdrückung des Widerstands der durch Revolution entmachteten Klasse. Die Staatsgewalt läge sodann einzig bei der kommunistischen Partei. Durch deren Allmacht schieden nicht nur die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Volksvertretung, sondern auch das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition sowie die Durchführung freier und allgemeiner Wahlen aus. Eine solche Diktatur des Proletariats ist mit den Grundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.⁷⁵

Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und weiteren linksextremistischen Personenzusammenschlüssen. Ihrer Satzung zufolge ist die KPF „offen für alle, unabhängig von parteilicher und sonstiger politischer Bindung“, sofern „Mehrheitsbeschlüsse der KPF“ und das Parteistatut akzeptiert werden. Im Rahmen des von der Plattform angestrebten „breiten linken Bündnisses“ ist deren vorrangiges Anliegen, „die Zusammenarbeit aller [...], die mit dem Ziel einer sozialistischen Alternative zum bestehenden kapitalistischen System aktiv in politischen, sozialen und anderen Auseinandersetzungen der Gegenwart stehen“, herzustellen.

Die KPF wird auf Bundesebene von einem Bundeskoordinierungsrat geleitet und durch den Bundessprecherrat vertreten. Höchstes Gremium ist die laut Satzung mindestens einmal jährlich einzuberufende Bundeskonferenz. Diese beschließt die politischen Leitlinien der KPF und wählt vorgenannte Räte.

Vormaligen Aussagen entsprechend bestätigte die KPF ihre politische Zielstellung im Berichtszeitraum erneut auf der am 28. April in Berlin abgehaltenen 1. Tagung der 16. Bundeskonferenz. In einem Internetbeitrag⁷⁶ wurde u. a. über folgende inhaltliche Schwerpunkte und Beschlüsse berichtet:

- „Wir treten ein für den Systemwechsel.“,
- „Unser Ziel ist und bleibt der Sozialismus ...“,
- Wir setzen uns für die vorurteilsfreie Analyse des Sozialismus im 20. Jahrhundert ein und unterstreichen unsere Position, dass dieser historisch legitim war und ist.“

Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten der KPF in Thüringen wurden nicht bekannt.

⁷⁵ Siehe hierzu das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen vom 13. Februar 2009 „Zur Frage der Rechtswidrigkeit der Beobachtung einer politischen Partei und ihrer Funktionäre durch das Bundesamt für Verfassungsschutz wegen des Verdachts verfassungsförderlicher Bestrebungen“.

⁷⁶ Homepage der KPF, Beitrag vom 28. April 2012.

5.2 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

	Bund	Thüringen
Gründung	1968	1996
Sitz	Essen	–
Mitglieder		
2012	ca. 3.500	ca. 40
2011	ca. 4.000	ca. 40
2010	ca. 4.000	ca. 40
Jugendorganisation	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	–
Publikationen	„Unsere Zeit“ (UZ) (wöchentlich)	„Thüringenreport“ ⁷⁷
Internet	eigener Internetauftritt	eigener Internetauftritt

Die DKP versteht sich als Nachfolgeorganisation der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD). In ihrem aktuellen Parteiprogramm charakterisiert sie sich als antifaschistische, revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, als Partei des proletarischen Internationalismus und des Widerstands gegen die sozialreaktionäre, antidemokratische und friedensgefährdende Politik der Herrschenden, die sich von den Zukunfts- und Gesamtinteressen der Arbeiter und Angestellten als Klasse leiten lässt. Weltanschauung, Politik und Organisationsverständnis der DKP gründen dem Programm zufolge auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, den Theorien von MARX, ENGELS und LENIN. Die Partei überträgt die Lehren des Marxismus auf die derzeitigen Bedingungen des Klassenkampfes, um so zu deren Weiterentwicklung beizutragen. Ihr Ziel sieht sie im Sozialismus/Kommunismus, wofür es die Arbeiterklasse und die Mehrheit der Werktätigen zu gewinnen gelte. Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitige letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung der natürlichen Umwelt.

Berichten im Internet und der Wochenzeitschrift „Unsere Zeit“ (UZ)⁷⁸ zufolge fand die 7. Tagung des Parteivorstands der DKP am 4./5. Februar in Essen statt. Ein Referat zur Kommunalpolitik der DKP, die als „Interessenvertretung der Arbeiterklasse und anderer nichtkapitalistischen Schichten auf kommunaler Ebene“ gelte, soll den Gruppen und der kommunalpolitischen Arbeit vor Ort viele Diskussionsanregungen gegeben haben. Weitere Tagesord-

⁷⁷ Im Berichtszeitraum konnte keine Ausgabe festgestellt werden.

⁷⁸ UZ, Nr. 6/2012 vom 10. Februar 2012.

nungspunkte waren u. a. der im Jahr 2013 einzuberufende 20. Parteitag⁷⁹ und ein vom Sekretariat der Partei zu erarbeitender Entwurf „Wege aus der Krise“.

Sowohl in dem Parteiorgan UZ⁸⁰ als auch auf ihrer Homepage berichtete die DKP ausführlich über die 8. Tagung des Parteivorstands am 5. und 6. Mai in Essen. Ungewohnt deutlich äußerte sich in diesem Zusammenhang der Chefredakteur der UZ zu den Nöten der Monatspublikation. Die seit 2001 rückläufige Zahl der Abonnenten liege demnach nur noch bei 4.769. Die gesamte Druckauflage sei auf 5.382 Exemplare gesunken, was stete Einnahmerückgänge zur Folge habe. Gründe für die sinkende Abonnentenzahl seien eine Überalterung der Leserschaft, deren materielle Situation und der zu geringe Verbreitungsgrad des Blattes.

Über die am 15./16. September durchgeführte 10. Tagung wurde auf den Internetseiten⁸¹ der Partei berichtet. Demnach äußerte sich der stellvertretende Parteivorsitzende Patrik KÖBELE in einem Referat „Zur Organisationspolitik der DKP“ zum anhaltenden Mitgliederverlust der Partei, der möglicherweise dramatischer sei als bislang erwartet. Zählte die Partei im Jahr 2010 noch 3.897 Mitglieder, verfüge sie gegenwärtig noch über 3.506 Mitglieder, was einem Verlust von ca. 10 Prozent entspräche. Die Hauptursache hierfür liege bei der im Verhältnis zu den altersbedingten Verlusten zu geringen Zahl von Neuaufnahmen. Von der finanziell angespannten Situation der Partei seien insbesondere der Parteivorstand, die UZ und die Verlage der Partei betroffen. Die Ausgaben würden die Einnahmen, die sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammensetzen, übersteigen.

Die DKP in Thüringen

Die im Januar 1996 gegründete DKP Thüringen umfasst nach eigenen Angaben sieben Regional- und Ortsgruppen.⁸² Führungsgremium ist ein von der Landesmitgliederversammlung gewählter Koordinierungsrat, der die Arbeit der Partei für jeweils zwei Jahre leitet.

Von der DKP Thüringen gingen auch in diesem Berichtszeitraum wenige öffentlichkeitswirksame Aktionen aus. So organisierte sie vom 25. bis 28. Mai in Königsee ein Pfingstcamp, das u. a. Veranstaltungen zu den Themen „Klassenkampf statt Weltkrieg“ und „Der Sozialismus und die Einheit: Was Tun?“ vorsah. Vom 16. bis 18. März führte sie in Gera ihr 7. „Theorieseminar“ zum Thema „Dialektischer Materialismus“ durch. Bei der Landesmitgliederver-

⁷⁹ Der 20. Parteitag der DKP wurde am 2./3. März 2013 in Mörfelden-Walldorf (Hessen) bzw. am 25. Mai 2013 in Hannover (Niedersachsen) ausgerichtet.

⁸⁰ UZ, Nr. 21/2012 vom 25. Mai 2012.

⁸¹ Homepages der DKP, abgerufen am 27. September bzw. 9. Oktober 2012.

⁸² „Thüringenreport“, Nr. 02/2010, März 2010.

sammlung am 15. Dezember in Gera wurden sowohl der als Führungsgremium der DKP Thüringen fungierende Koordinierungsrat als auch die Delegierten für den 20. Parteitag gewählt.

5.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

	Bund	Thüringen
Gründung	1990	1993
Sitz	Berlin	–
Mitglieder		
2012	ca. 150	wenige Mitglieder
2011	ca. 150	wenige Mitglieder
2010	ca. 150	wenige Mitglieder
Publikationen	„Die Rote Fahne“ (monatlich)	–
Jugendorganisation	„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)	existent; nur wenige Mitglieder
Internet	eigener Internetauftritt ⁸³	kein eigener Internetauftritt

Die KPD wurde am 31. Januar 1990 im damaligen Ost-Berlin von ehemaligen SED-Mitgliedern „wiedergegründet“.⁸⁴ In ihrem Statut definiert sie sich als „marxistisch-leninistische Partei“, als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes“, die „fest in den Traditionen des ‚Bundes der Kommunisten‘, des ‚Spartakusbundes‘, der KPD und SED sowie ihrer hervorragenden Persönlichkeiten“ stehe. Die Partei sieht sich als „Erbe und Bewahrer der Erfahrungen und Erkenntnisse des Klassenkampfes der revolutionären Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in Deutschland“ sowie „des Besten, was die deutsche Arbeiterklasse bisher erkämpfte, der sozialistischen Erfahrungen und Errungenschaften der DDR“. Als weitere Aufgabe wurde festgelegt, „insbesondere die Arbeiterklasse und alle objektiv antiimperialistischen Kräfte für die Überzeugung zu gewinnen, dass die einzige Alternative zur gegenwärtigen imperialistisch geprägten Gesellschaft noch immer die Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist.“ Politisch-ideologische Markenzeichen der KPD sind dogmatischer Stalinismus, DDR-Verherrlichung sowie permanente Huldigungen an die „Koreanische Demokratische Volksrepublik“ (KDVR) und deren Führung.

⁸³ Im Berichtszeitraum wurden keine Aktualisierungen und Neueinstellungen festgestellt.

⁸⁴ Ihre 1919 entstandene Vorläuferorganisation ging nach der Zerschlagung während der Zeit des Nationalsozialismus und der erneuten Zulassung nach dem Zweiten Weltkrieg in der 1946 gegründeten „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) auf. In Westdeutschland war sie 1956 verboten worden.

Ihren organisatorischen Schwerpunkt hat die Partei in den neuen Bundesländern. Seit April 1993 besteht die KPD-Landesorganisation Thüringen.

In der Februarausgabe ihrer Monatszeitschrift „Die Rote Fahne“ berichtete die Partei von der 2. Tagung des Zentralkomitees am 28. Januar in Berlin. Ein Anliegen der Teilnehmer sei gewesen, die auf dem 27. Parteitag⁸⁵ gefassten Beschlüsse mit ersten Schritten umzusetzen. Bei der Einschätzung der aktuellen politischen Lage habe man festgestellt, dass die „Aufarbeitung“ der Aktivitäten der rechtsterroristischen Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ staatlichen Stellen als Vorwand diene, um „schärfere Maßnahmen gegen linke Bewegungen und Personen“ durchzuführen.

Die KPD in Thüringen

Die KPD-Landesorganisation Thüringen besteht aus der „KPD-Regionalorganisation Erfurt“ und der „KPD-Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland“.

In ihrer September-Ausgabe der Monatszeitschrift „Die Rote Fahne“ berichtete die KPD über eine anlässlich des 100. Geburtstages von Erich HONECKER⁸⁶ durchgeführte Festveranstaltung. An der von einer Thüringer Regionalorganisation ausgerichteten Veranstaltung nahmen nach eigenen Angaben über 40 Personen teil, darunter Mitglieder des Zentralkomitees. Die Teilnehmer sollen aus Thüringen, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt angereist sein. Sie übermittelten der „Genossin Margot Honecker herzliche Kampfesgrüße“. Auf der Veranstaltung wurde auch die Nationalhymne der DDR abgespielt. Beiträge widmeten sich dem Leben und Wirken von Erich HONECKER. Hinsichtlich seiner „Moabiter Notizen“ wurde in der Diskussion herausgestellt, dass sie für Kommunisten Lehren aus der „Konterrevolution“ zögen, womit die friedliche Revolution in der DDR bezeichnet wurde.⁸⁷

⁸⁵ Der 27. Parteitag der KPD fand am 26.11.2011 in Berlin statt.

⁸⁶ Der am 25. August 1912 in Neunkirchen geborene Erich HONECKER wurde am 3. Mai 1971 nach Rücktritt von Walter ULBRICHT dessen Nachfolger als Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED. Am 29. Oktober 1976 wurde er zum Vorsitzenden des Staatsrats der DDR gewählt. Am 17. Oktober 1989 trat er von seinen Ämtern zurück. HONECKER verstarb am 29. Mai 1994 in Santiago de Chile.

⁸⁷ HONECKER verfasste die „Moabiter Notizen“ während seiner Untersuchungshaft in der Vollzugsanstalt Berlin-Moabit (29. Juli 1992 bis 13. Januar 1993).

5.4 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

	Bund	Thüringen
Gründung	1982	–
Sitz	Gelsenkirchen	Ortsgruppe Suhl, Kontaktadressen in Eisenach und Sonneberg
Mitglieder		
2012	ca. 2.000	ca. 40
2011	ca. 2.000	ca. 40
2010	ca. 2.000	ca. 40
Publikationen	„Rote Fahne“ (wöchentlich)	„Stimme von und für Elbe-Saale“ (unregelmäßig)
Jugendorganisation	„REBELL“	
Internet	eigener Internetauftritt	kein eigener Internetauftritt

Ziel der MLPD ist „der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. In ihrem 1999 beschlossenen Parteiprogramm führt sie ergänzend aus: „Die Eroberung der politischen Macht ist das strategische Ziel des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Die MLPD hat die Aufgabe, die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen und ihre Kämpfe in einem umfassenden, gegen das Monopolkapital und seinen Staat als politisches Herrschaftsinstrument gerichteten Kampf höherzuentwickeln. [...] Der Kern der revolutionären Taktik der MLPD besteht darin, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zu verbinden bzw. den wirtschaftlichen in den politischen Kampf umzuwandeln und den Klassenkampf auf das sozialistische Ziel hin auszurichten.“ Im linksextremistischen Lager ist die MLPD auf Grund ihres sektiererischen Auftretens isoliert.

Im Vorfeld ihres 9. Parteitags wurde sowohl in der Wochenzeitschrift „Rote Fahne“⁸⁸ als auch im Internet ein Interview des Parteivorsitzenden Stefan ENGEL unter der Überschrift „Große ideologisch-politische Initiative in der Parteitagsvorbereitung“ veröffentlicht.⁸⁹ Seinen Ausführungen zufolge seien die Vorbereitungen durch einen Aufschwung in der ideologisch-

⁸⁸ „Rote Fahne“, Nr. 17/2012 vom 27.04.2012.

⁸⁹ Parteitage der MLPD finden unter konspirativen Bedingungen statt. Veranstaltungsort und -termin werden im Vorfeld nicht öffentlich kommuniziert. Zuletzt versammelte sich die Partei 2008 in Hamburg zu einer solchen Veranstaltung.

politischen Initiative der Parteibasis, eine beachtliche Zustimmung zu dem Entwurf des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees sowie die – von ihm herausgegebene – Publikation „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ gekennzeichnet. Im Laufe einer viermonatigen Diskussionsphase in der Partei gingen demnach 1.640 Anträge zum Entwurf des Rechenschaftsberichtes aus den Kreis- und Ortsdelegiertentagungen ein. Im Hinblick auf die „Rote Fahne“ und die „Führung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“ sei es der Parteileitung gelungen, die „kritisch-selbstkritische Beurteilung“ ihrer Tätigkeit zu vertiefen. Unverändert sehe sich die Partei – so ENGEL – der internationalen Revolution verpflichtet. Bisher sei mit systematischer Kleinarbeit die Saat gesät worden, „die früher oder später in einem allgemeinen Aufschwung der revolutionären Arbeiter- und Volksbewegung in Deutschland aufgehen“ werde. Des Weiteren äußerte sich der Parteivorsitzende zu Diskussionen über anhaltende Schwächen in der Leitungstätigkeit des Zentralkomitees (ZK), die während des 8. ZK-Plenums geführt worden seien. Im Fokus standen dabei die zentrale Öffentlichkeitsarbeit, die noch immer fehlende „Sozialismus-Broschüre“ und die Monatspublikation „Rote Fahne“. Insgesamt sehe ENGEL die Partei ideologisch gefestigt und unter den Massen verankert. Sie habe sich trotz der politischen Isolierung und des durch die Herrschenden praktizierten modernen Antikommunismus über Jahre bewährt und stabilisiert.

Anlässlich ihres 30-jährigen Jubiläums⁹⁰ führte die MLPD am 3. November in der Dortmunder Westfalenhalle eine Festveranstaltung durch, an der ca. 1.900 Personen teilgenommen haben sollen. Es wurde u. a. die Absicht bekundet, sich an der 2013 stattfindenden Bundestagswahl in allen 16 Bundesländern mit eigenen Listen zu beteiligen.

Die MLPD in Thüringen

Die Parteigliederungen in Thüringen gehören ebenso wie jene in Sachsen und Sachsen-Anhalt dem 2008 gegründeten Landesverband „Elbe-Saale“ mit Sitz in Leipzig an. Die organisatorischen Schwerpunkte der Partei befinden sich im Freistaat in Eisenach, Sonneberg und Suhl.

Vom 28. Juli bis 11. August veranstaltete der MLPD-Jugendverband „REBELL“ zum zehnten Mal ein Sommercamp in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“ in Schalkau. Das diesjährige Camp des „REBELL“ stand unter dem Motto „Internationalismus live“.

Die ein- bis dreiwöchigen Angebote nutzten Eigenangaben zufolge 270 Teilnehmer. In verschiedenen Veranstaltungen wurden die Streiks in Griechenland und Spanien, die 2013 an-

⁹⁰ Die Partei wurde am 20. Juli 1982 gegründet. Sie ging aus dem „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD), der von 1972 bis 1982 bestand, hervor.

stehende Bundestagswahl und geplante Aktivitäten der Partei thematisiert. Wie üblich beteiligten sich an den Veranstaltungen auch hochrangige Funktionäre der Partei, einschließlich des Parteivorsitzenden. Bei einer der – im jeweiligen Programm fest verankerten – Spendensammlungen wurden in Sonneberg über 500 Euro für „REBELL“ und die Organisation ICOR⁹¹ erzielt.

Im August und September fanden in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“ zwei Dialektkurse zu den Themen „Die Strategie und Taktik im Kampf um die Denkweise“, „Die Proletarische Streitkultur“ und „Das System der Kleinarbeit der MLPD auf dem Niveau der Lehre von der Denkweise“ unter Leitung von Führungskadern der Partei statt.

Ab September führte die MLPD in Erfurt Informationsstände durch, um Unterstützungsunterschriften für die Beteiligung an der Bundestagswahl zu sammeln.⁹²

5.5 „Rote Hilfe e. V.“ (RH)

	Bund	Thüringen
Gründung	1975	
Sitz	Göttingen	Jena, Erfurt, Arnstadt, Weimar
Mitglieder		
2012	ca. 6.000	ca. 120
2011	ca. 5.600	ca. 120
2010	ca. 5.400	ca. 120
Publikationen	„Die Rote Hilfe“ (vierteljährlich)	„Thüringer Rote Hilfe Zeitung“ – Ausgabe 1/2012 im November 2012
Internet	Eigener Internetauftritt	eigene Internetauftritte der örtlichen Gliederungen

Die von Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtung getragene RH versteht sich als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation“, die vermeintlich politisch Verfolgte aus dem gesamten „linken“ und linksextremistischen Spektrum politisch und materiell unterstützt. Rechtskräftig Verurteilte, die sich nicht von ihren Taten distanzieren, erhalten auf Antrag regelmäßig einen nach Satzung vorgeschriebenen Teil der Kosten erstattet. Andernfalls wird die Kostenerstattung gekürzt oder in Gänze abgelehnt.

⁹¹ Die „International Coordination of Revolutionary Parties and Organizations“ (ICOR) wurde von der MLPD mitbegründet.

⁹² Zur Notwendigkeit der Vorlage von Unterstützungsunterschriften als Voraussetzung zur Teilnahme an der Bundestagswahl vgl. § 27 Bundeswahlgesetz. Die MLPD benötigt ca. 40.000 beglaubigte Unterschriften. Sie beabsichtigt, 180 Kandidaten auf 16 Landeslisten aufzustellen.

Die Zuwendungen richten sich auch an militante Linksextremisten und ehemalige Angehörige terroristischer Vereinigungen⁹³.

Die Organisation gliedert sich bundesweit in ca. 48 Orts- bzw. Regionalgruppen. In Thüringen existieren Ortsgruppen in Jena und Erfurt sowie eine Regionalgruppe in Südthüringen. Letztgenannte will nach Eigenangaben in den Landkreisen Ilmkreis, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg sowie der kreisfreien Stadt Suhl aktiv sein. Eine bisher als Kontaktadresse bekannte „Gliederung“ aus Weimar trat zwischenzeitlich als Ortsgruppe in Erscheinung. Sie machte Ende November mit der Ausgabe einer „Thüringer Rote Hilfe Zeitung“ auf sich aufmerksam.⁹⁴ Zuvor war offenbar innerhalb der RH-Strukturen gegen Jena und Weimar der Vorwurf erhoben worden, inaktiv und nicht erreichbar zu sein. Bereits im Mai hatte die Ortsgruppe Jena auf ihrer Internetseite einen Aufruf „Wir suchen Dich“ eingestellt. Darin wurde auf regelmäßig stattfindende Sprechstunden hingewiesen sowie darauf, dass die anfallenden Beratungen in starker Unterbesetzung bewältigt werden müssten.

Die RH in Thüringen fiel im Berichtszeitraum vor allem durch Veröffentlichungen im Internet auf.⁹⁵

In Einzelfällen beteiligte sich die RH an Demonstrationen und Protesten, so am 13. Oktober in Erfurt zum Thema „Der Frust muss raus – Konsequent Handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression!“.⁹⁶

Thüringer RH-Gruppen organisierten zudem Vortrags- bzw. Schulungsveranstaltungen. So war das Thema „Vernehmungsmethodentraining“ Gegenstand eines Workshops am 22. April in Erfurt. Dabei wurden „Vernehmungssituationen bei der Polizei“ diskutiert und nachgestellt. Es sollte zudem Empfehlungen zum Verhalten für „politische Aktivist_innen im Fall der Fälle“ geben. Starke Resonanz in der Szene erhielten auch die Vortragsveranstaltungen zum „Hei-

⁹³ Sonja SUDER und Christian GAUGER, ehemalige Angehörigen der terroristischen „Revolutionären Zellen“, wurden 2011 von Frankreich – dort hielten sie sich seit Ende der 1970er Jahre auf – nach Deutschland ausgeliefert. Gegen sie bestand seit 1978 ein Haftbefehl des BGH, seit 2006 ein neu erlassener EU-Haftbefehl und seit 2007 ein weiteres Auslieferungersuchen an die französischen Behörden. 2001 waren sie in Frankreich festgenommen worden. Ihnen wird die Beteiligung an Sprengstoffanschlägen und Brandstiftungen in den Jahren 1977/78 im süddeutschen Raum vorgeworfen. Der Prozess hat im September 2012 vor dem Frankfurter Landgericht begonnen.

⁹⁴ Die vormals im Internet erschienene Informationsschrift „Rundbrief für Mitglieder und Interessierte“ endete mit der Ausgabe 1/2010.

⁹⁵ Im Rahmen der verschiedenen Internetauftritte der RH fallen Verlinkungen zu weiteren linksextremistischen Internetseiten, Gruppierungen oder Einrichtungen auf, wie z. B. zu der Website „Antifaschistische Gruppen Südthüringen“.

⁹⁶ Siehe hierzu Kapitel 3.3.

delberger Spitzelskandal ‚Simon Brenner‘⁹⁷ am 7. März in Erfurt und 8. März in Jena. Für sie wurde via Internet auf einschlägigen Websites geworben.

Die Bundesdelegiertenversammlung, das höchste Beschlussorgan der RH, tagte in der Zeit von 15. bis 16. September in Straußberg und wählte dort u. a. einen neuen Bundesvorstand.

6. Politisch motivierte Kriminalität – Links im Überblick

Zur politisch motivierten Kriminalität – Links weist die Statistik des Thüringer Landeskriminalamts (TLKA)⁹⁸ folgende Zahlen aus:

Straftaten	2012	2011	2010
Insgesamt	153	162	290
davon u. a.:			
Gewaltkriminalität	12	23	64
Sachbeschädigungen	86	84	127
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	36	28	46

Mit 153 Delikten entfielen im Berichtszeitraum 10,8 % der insgesamt in Thüringen erfassten politisch motivierten Straftaten (1.421) auf den Phänomenbereich „Links“. Hier sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt neun Straftaten weniger registriert worden, das entspricht einem Rückgang von 5,6 %. Im Einzelnen betrachtet weisen die Gewaltstraftaten bei einem Rückgang von 23 auf 12 ein Minus von 47,8 % auf und setzten so den deutlichen Trend der Vorjahre fort. Während sich die leicht gestiegene Zahl der Sachbeschädigungen mit 86 ungefähr auf dem Vorjahresniveau bewegt, ist bei den Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ein deutlicher Zuwachs von 28 auf 36 Straftaten (28,6 %) zu verzeichnen.

⁹⁷ Enttarnung eines polizeilichen Informanten in Baden-Württemberg im Jahre 2010, der als Student „Simon Brenner“ immatrikuliert gewesen sein soll.

⁹⁸ Siehe Fn. 58.

IV. Islamismus/Ausländerextremismus

1. Überblick

Die Aktivitäten der in Deutschland agierenden ausländerextremistischen Organisationen zielen darauf ab, Veränderungen der politischen Verhältnisse in den jeweiligen Herkunftsländern herbeizuführen oder die Außenpolitik der Bundesregierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Die Verfassungsschutzbehörden beobachten Gruppierungen, die sich gegen die konstitutiven Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wenden oder Bestrebungen entfalten, welche die innere Sicherheit sowie auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen gefährden.

Die Strukturen jener Organisationen und Gruppierungen weichen ebenso erheblich voneinander ab wie die ideologischen Grundlagen, auf die sie sich berufen. Sie sind entweder islamistisch, linksextremistisch oder nationalistisch/separatistisch ausgerichtet. Zudem werden unterschiedliche Auffassungen vertreten, ob Gewalt als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele anzusehen ist.

Islamistische Gruppierungen verfügen in Deutschland mit 42.550 (2011: 38.080) Anhängern/Mitgliedern weiterhin über das größte Personenpotenzial. Als Angehörige linksextremistischer Ausländergruppierungen gelten 17.970 (2011: 18.570) Personen. Das extrem-nationalistische Spektrum umfasst 10.840 (2011: 7.840) Anhänger.

In Thüringen haben sich islamistische Gruppierungen bislang kaum strukturell etabliert. Sympathisanten finden sich vornehmlich in Moscheevereinen. Sie treten durch Teilnahme an einschlägigen überregionalen Veranstaltungen, die Verbreitung entsprechender Schriften bei Informationsständen oder die Unterstützung bundesweit betriebener islamistischer Kampagnen, 2012 z. B. die Koranverteilkaktion „Lies!“, in Erscheinung.

Nach wie vor bestehen darüber hinaus organisatorische Verzweigungen der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) in Thüringen.

2. Islamismus

Islamismus bezeichnet eine religiös motivierte Form des politischen Extremismus. Islamisten sehen in den Schriften und Geboten des Islam nicht nur Regeln für die Ausübung der Religion, sondern auch Handlungsanweisungen für eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung. Ein Grundgedanke islamistischer Ideologie ist die Behauptung, jegliche Staatsgewalt könne ausschließlich von Gott ausgehen. Damit richten sich islamistische Bestrebungen gegen die Wertvorstellungen des Grundgesetzes, insbesondere die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Errichtung einer islamischen Gesellschaftsordnung, der sowohl Muslime als auch Nicht-Muslime unterworfen werden, halten Islamisten für unabdingbar.

Islamistische Organisationen und Gruppierungen lassen sich – mit Ausnahme islamistisch-terroristischer Organisationen – grob unterscheiden in solche, die

- in ihren Herkunftsländern die konsequente Umgestaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gemäß ihrem Verständnis der islamischen Rechtsordnung (Scharia) anstreben und dazu auch in Deutschland propagandistische Aktivitäten entfalten sowie Spendensammlungen betreiben, um die im Ausland befindliche Mutterorganisation zu unterstützen,

und jene, die

- in Deutschland eine umfassendere, auch politisch motivierte Strategie verfolgen, um die oben genannte Änderung des Staatswesens in ihren Herkunftsländern zu erreichen, zugleich jedoch im Rahmen einer legalistischen Strategie bemüht sind, auch für ihre Anhänger in Deutschland größere Freiräume für ein schariakonformes Leben zu schaffen.

Wenngleich sich diese kategorisierten Gruppen in Deutschland nicht terroristisch betätigen, stellen sie doch eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die innere Sicherheit dar. So befürworten beispielsweise die Erstgenannten mitunter Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele und/oder verstoßen – wie die verbotene „Hizb ut-Tahrir“ (HuT – „Partei der Befreiung“) mit ihrer Zielsetzung, die islamische Gemeinde (Umma) in einem einzigen Staat zu vereinen und dadurch bisherige nationalstaatliche Grenzen aufzulösen – gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Die der „Muslimbruderschaft“ (MB)⁹⁹ zuzurechnende „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) oder auch die „Tablighi Jama‘at“ (TJ)¹⁰⁰ sind der zweiten Rubrik zuzuordnen. Das Bemühen, ihren Anhängern Freiräume für ein an der Scharia ausgerichtetes Leben in der Bundesrepublik zu schaffen, kann zur Entstehung von Parallelgesellschaften beitragen und Radikalisierungsprozesse in Gang setzen.

2.1 Internationaler islamistischer Terrorismus

Der islamistische Terrorismus greift Ideologeelemente des Islamismus auf, weist darüber hinaus jedoch eine äußerst aggressive, kampfbetonte Komponente auf. Richtete sich der von islamistischen Terroristen geführte Jihad¹⁰¹ („heiliger“ Krieg) anfangs gegen den „nahen Feind“, also Regime in der Region bzw. in ihren Heimatländern wegen dort vorherrschender nationaler Konflikte, weitete er sich später auch gegen den „fernen Feind“ – also Staaten, die den angegriffenen Regierungen bei der Zurückdrängung der Aufständischen Unterstützung zukommen ließen – aus. Er mündete schließlich in den von „al-Qaida“ und anderen jihadistischen Gruppierungen geführten globalen Jihad gegen zu Feinden des Islam erklärte Staaten weltweit. Die Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus hat sich zu einer internationalen Herausforderung mit weitreichenden Auswirkungen auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen westlicher Regierungen entwickelt.

2.1.1 Aktuelle Entwicklungen

Auch im Jahr 2012 fand der islamistische Terrorismus weltweit in Anschlägen, Anschlagversuchen und anderen terroristischen Aktionen Niederschlag. Neben den regionalen Brennpunkten des islamistischen Terrorismus in Afghanistan, Irak, Pakistan, Somalia und Jemen standen einmal mehr westliche Staaten im Mittelpunkt terroristischer Bestrebungen. Hier waren es vor allem in westlichen Staaten sozialisierte Einzeltäter ohne oder nur mit losem Anschluss an eine Terrororganisation, die ihren individuellen Jihad betrieben.

Die Struktur der Terrororganisation „al-Qaida“ wurde Jahr 2011 durch den Tod ihres Anführers Osama BIN LADEN und weiterer hochrangiger Führungskräfte nachhaltig geschwächt. Das Internet als Medium der Kommunikation, Radikalisierung und Organisation nimmt seit-

⁹⁹ Siehe Kapitel 2.2.2.

¹⁰⁰ Siehe Kapitel 2.2.3.

¹⁰¹ Wörtlich übersetzt „Anstrengung“ oder „Bemühung“, meint einerseits das geistig-spirituelle Bemühen des Gläubigen um das richtige religiöse Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sog. großer Jihad) aber auch den kämpferischen Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sog. kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet.

her einen immer höheren Stellenwert ein. Eine feste und starr personenbezogene Organisationsstruktur rückt in den Hintergrund.

Im Zuge der 2011 durch den sog. Arabischen Frühling in Gang gesetzten revolutionären Veränderungen in einigen arabischen Staaten erlangten 2012 in Tunesien und Ägypten islamistische Parteien bzw. Bewegungen politische Verantwortung. Dies wiederum entfachte in Ägypten noch im selben Jahr neues Konfliktpotenzial, das auf der Befürchtung breiter Teile der Gesellschaft basiert, die erhoffte Demokratisierung des Landes falle einer Islamisierung zum Opfer. Der seit März 2011 andauernde Bürgerkrieg in Syrien und die damit einhergehende Erosion der staatlichen Ordnung hatte zur Folge, dass Elemente des islamistischen Terrorismus Einfluss auf oppositionelle Kräfte gewannen. In Libyen, dort fiel der Botschafter der Vereinigten Staaten einem Anschlag zum Opfer, konnten sich islamistisch-terroristische Organisationen relativ ungehindert bewegen. Im Norden Malis, dem sog. Azawad, erlangten islamistische Rebellen vom Stamm der Tuareg die Vorherrschaft, was zu militärischen Maßnahmen Frankreichs, flankiert auch von deutschen Unterstützungsleistungen, führte.

Einzelne Vorkommnisse in Europa

Anschlagsserie eines Einzeltäters in Frankreich

Im März kam es in Toulouse und Montauban zu einer Reihe von Anschlägen gegen französische Soldaten und Personen jüdischen Glaubens. Sieben Menschen kamen dabei ums Leben. Als Täter wurde ein damals 23-jähriger Franzose algerischer Abstammung ermittelt. Er wurde später von einer Spezialeinheit der französischen Polizei bei einem Feuergefecht getötet. Als Motiv für seine Taten benannte er die Rache palästinensischer Kinder sowie den Afghanistan-Einsatz der französischen Armee. Eine Verbindung zur Terrororganisation „al-Qaida“ ließ sich im Zuge der Ermittlungen nicht eindeutig belegen. Ob der Täter infolge des Kontakts zu salafistischen Gruppen Zugang zum islamistischen Terrorismus fand, oder sich selbst radikalisierte, blieb unklar.

Bombenfund am Hauptbahnhof Bonn

Am 10. Dezember wurde am Bonner Hauptbahnhof eine herrenlose Tasche vorgefunden und daraufhin Bombenalarm ausgelöst. Beamte der Bundespolizei stellten schließlich eine sog. unkonventionelle Brand- und Sprengvorrichtung (USBV) als Inhalt der Tasche fest. Hin-

sichtlich des Modus operandi, der offensichtliche Parallelen zu den „Kofferbombnern“¹⁰² aufwies, sowie des Aufbaus der USBV deutete zunächst alles auf einen Anschlagversuch aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus hin. Ein allgemeinkrimineller oder rechts- bzw. linksextremistischer Hintergrund der Tat ließ sich jedoch nicht ausschließen. Der Generalbundesanwalt leitete am 14. Dezember ein Ermittlungsverfahren ein.

2.2 Die Lage in Thüringen

Etwa 7.000 Personen muslimischen Glaubens leben in Thüringen, die übergroße Mehrheit praktiziert ihren Glauben friedlich und im Einklang mit dem Grundgesetz. Festgefügte islamistische Organisationsstrukturen sind in Thüringen nicht bekannt. Das Potenzial der eher losen Anhängerschaft beläuft sich insgesamt auf ca. 100 Personen (2011: 100). Hiervon sind lediglich Einzelpersonen salafistisch geprägten Personenzusammenschlüssen oder Gruppierungen wie der „Muslimbruderschaft“ (MB), der „Tablighi Jama’at“ (TJ) oder der „Nordkaukasischen Separatistenbewegung“ (NKSB) zuzurechnen.

2.2.1 Salafistische Bestrebungen

Der Salafismus rückte 2012 durch Ausschreitungen bei Protesten gegen eine Veranstaltung der rechtsextremistischen Bürgerbewegung „pro-NRW“¹⁰³, bundesweite kostenlose Koran-Verteilaktionen und die vereinsrechtlichen Maßnahmen¹⁰⁴ gegen die Vereinigungen „Millatu Ibrahim“, „DawaFFM“ und „Die Wahre Religion“ (DWR) verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung.

¹⁰² Im Juli 2006 versuchten zwei Libanesen, Sprengsätze in zwei Regionalzügen der Deutschen Bahn zu zünden. Sie gaben später an, die Tat aus Protest gegen die auch in einzelnen deutschen Tageszeitungen veröffentlichten Mohammed-Karikaturen geplant zu haben. Ihr Glaube habe sie verpflichtet, so ihr Rechtfertigungsversuch, die Verunglimpfung des Propheten Mohammed zu rächen. In der Zwischenzeit ist einer der Attentäter von einem libanesischen Gericht zu einer 12-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden. Gegen seinen Mittäter verhängte das Oberlandesgericht Düsseldorf im Dezember 2008 eine lebenslängliche Freiheitsstrafe wegen vielfachen versuchten Mordes.

¹⁰³ Die Bürgerbewegung „pro-NRW“ veranstaltete im Rahmen ihrer Kampagne „Freiheit statt Islam“ am 1. und 5. Mai 2012 Kundgebungen in Solingen bzw. Bonn, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen salafistischer Gegendemonstranten kam. Wurden in Solingen zwei Polizeibeamte, ein Unbeteiligter und 14 Gegendemonstranten leicht verletzt, eskalierte die Gewalt in Bonn. Insgesamt 29 Polizeibeamte trugen Verletzungen davon, zwei Beamte wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Der aus Hessen stammende Täter wurde im Oktober zu sechs Jahren Haft verurteilt.

¹⁰⁴ Am 14. Juni 2012 verfügte der Bundesinnenminister das Verbot der salafistische Vereinigung „Millatu Ibrahim“. Auf Grundlage des Vereinsrechts wurden zudem Ermittlungsverfahren gegen „DawaFFM“ und DWR eingeleitet.

Begriff und Herkunft

Der moderne Salafismus ist eine vom saudischen Wahhabismus¹⁰⁵ geprägte islamistische bzw. politische Ideologie, die sich an einem idealisierten „Urislam“ des 7. Jahrhunderts orientiert.

Vertreter dieser radikalen und rückwärtsgewandten Strömung innerhalb des Islamismus geben vor, sich ausschließlich an den Prinzipien des Koran sowie dem Vorbild des Propheten Mohammed und den frühen Muslimen „as-salaf as-salih“ – die „frommen Altvorderen“ – zu orientieren. Die „frommen Altvorderen“ gelten allen Muslimen als vorbildlich, Salafisten wähen sich jedoch im Besitz des alleingültigen Weges bzw. der Methodik zum Erreichen aller ihrer Interpretation nach „gottgewollten“ Normen. Dies impliziert die strikte Ablehnung einer säkularen Gesellschaftsordnung und damit auch weltlicher Gesetze.

Ideologische Grundlagen und zentrale Inhalte

Die von Salafisten verwendeten religiösen Begrifflichkeiten implizieren oft eine politische Konnotation, die über ein rein religiöses Verständnis hinausgeht.

Zentrale salafistische Prinzipien sind ein absoluter Monotheismus sowie die Einheit und Einzigartigkeit Gottes (arab. tauhid). Er gilt als der einzig legitime Souverän und Gesetzgeber. Der Einführung und Umsetzung der im Koran dargelegten Gesetze Gottes (Scharia) kommt dementsprechend ein hoher Stellenwert zu.

Salafisten lehnen jegliches Abweichen von salafistischen Grundsätzen als Verfälschung des Islam bzw. „Neuerung“ (arab. bid´a) ab. Andersdenkende Religionsgemeinschaften werden als Ungläubige (arab. Kuffar), Polytheisten oder Götzendiener diffamiert. Um die Festigkeit des eigenen Glaubens zu demonstrieren, müsse man sich von ihnen und allen nicht salafistisch orientierten Muslimen lossagen und ihnen feindlich gegenüberreten.

¹⁰⁵ Der Rechtsgelehrte Mohammed Ibn ABD AL WAHHAB (1703–1792) begründete den Wahhabismus, eine religiös-politische Reformbewegung. ABD AL WAHHAB wollte den Islam von vermeidlichen oder tatsächlichen „Neuerungen“ befreien, die ihm über die Jahrhunderte zugewachsen waren. Der Wahhabismus, die einflussreichste Strömung innerhalb des Salafismus, ist heute Staatsdoktrin in Saudi-Arabien und gilt als äußerst streng und konservativ. Saudi-Arabien versteht sich als Gottesstaat und ist eine absolute Monarchie, die eine Gewaltenteilung nicht vorsieht. Verfassung Saudi-Arabiens ist der Koran.

Politischer und jihadistischer Salafismus

Der Verfassungsschutz unterscheidet zwischen politischem und jihadistischem Salafismus. Die Übergänge zwischen beiden Strömungen sind fließend, die ideologischen Grundlagen gleich.¹⁰⁶ Unterscheidungskriterium ist das Verhältnis zur Anwendung von Gewalt. Politische Salafisten erachten sie nur unter bestimmten Bedingungen für gerechtfertigt, Jihadisten hingegen als legitimes Mittel zur Realisierung ihrer Ziele.

Vertreter des politischen Salafismus stützen sich auf systematische Missionierung (arab. da'wa), um ihre extremistische Ideologie zu verbreiten und zugleich politischen wie gesellschaftlichen Einfluss zu gewinnen. Dies geschieht hauptsächlich durch sog. Islamseminare, Islamische Informationsstände, bei denen salafistische Literatur kostenlos verteilt wird, sowie zahlreiche salafistische Websites im Internet.

Anhänger des jihadistischen Salafismus hingegen meinen, ihre Ziele durch unmittelbare Gewaltanwendung gegen Ungläubige realisieren zu können. Das Terrornetzwerk „al-Qaida“, die Taliban, oder auch die „Islamische Bewegung Usbekistans“ (IBU) agieren dementsprechend.

In Deutschland werden der salafistischen Szene ca. 4.500 Personen¹⁰⁷, davon die Mehrheit dem politischen Spektrum, zugeordnet.¹⁰⁸

Salafismus in Thüringen

In Thüringen werden dem (politischen) Salafismus ca. 50 Personen zugerechnet.

Das „Internationale Islamische Kulturzentrum – Erfurter Moschee e. V.“ (IIKz Erfurt) sowie assoziierte muslimische Gemeinden organisierten im Berichtszeitraum sog. Islamische Informationsstände, bei denen einschlägige Schriften ausgelegt waren. Das Projekt der von Köln (Nordrhein-Westfalen) aus agierenden Vereinigung „Die Wahre Religion“ (DWR), bundesweit den Koran kostenlos zu verteilen, wurde ab Februar auch in Thüringen umgesetzt. Dabei traten Kontakte der hiesigen Organisatoren zu einschlägigen, bundesweit aktiven Protagonisten der Szene zu Tage. Wie schon in den Vorjahren hielten sich auch im Berichtszeit-

¹⁰⁶ In der wissenschaftlichen Forschung wird oft noch weiter in einen vermeintlich unpolitischen, puristischen Salafismus und einen „Takfir“-Salafismus (rechtfertigt Gewaltanwendung gegen als ungläubig erklärte Muslime) unterteilt.

¹⁰⁷ Die Zahlenangabe beruht teilweise auf Schätzungen und ist gerundet.

¹⁰⁸ Eine exakte Bezifferung wird durch strukturelle Besonderheiten salafistischer Bestrebungen in Deutschland erschwert. So weisen zahlreiche salafistische Personenzusammenschlüsse keine festen Strukturen auf. Gleichzeitig finden sich Salafisten in Organisationen und Einrichtungen anderer islamistischer Beobachtungsobjekte.

raum Multiplikatoren des Salafismus, z. B. Mohamed CIFCTI (Niedersachsen), sowohl im IIKz Erfurt als auch im „Internationalen Islamischen Kulturzentrum Nordhausen e. V.“ (IIKz Nordhausen) als Referenten oder Teilnehmer bei Islamseminaren und ähnlichen Vortragsveranstaltungen auf.

Islamseminaren kommt eine besondere Rolle zu. Sie sind ideologiestiftendes Element und dienen zugleich als „Kontaktbörse“. Auf den oft mehrtägigen Veranstaltungen wird ein salafistisches Islamverständnis vermittelt, das in der Regel jedoch juristisch nicht anfechtbar ist. Zudem hat die Auswertung von Radikalisierungsverläufen ergeben, dass mehrere Personen, die später im islamistisch-terroristischen Spektrum auffielen, solche Seminare besucht haben oder zumindest mit einschlägigen Predigern in Kontakt standen. In Thüringen konnten die ersten Islamseminare 2005 festgestellt werden.

Mit Entscheidung vom 8. Juni indizierte die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) die Broschüre „Missverständnisse über Menschenrechte im Islam“ von Abdullah Rahman AL-SHEHA und stufte sie als jugendgefährdend ein.¹⁰⁹ Die Publikation, die auch in Thüringen zur Verbreitung kam, enthält u. a. Passagen, in denen zur Tötung von „Abtrünnigen“ aufgerufen wird sowie die uneingeschränkte Anwendung des traditionellen islamischen Strafrechtssystems Befürwortung findet.

2.2.2 „Muslimbruderschaft“ (MB)

Gründung	1928 in Ägypten
Leitung	Muhammad BADI (Sitz: Ägypten))
Publikationen	„Risalat al-Ikhwan“ (Rundschreiben der Bruderschaft)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	2012 ca. 1.300 2011 ca. 1.300 2010 ca. 1.300
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	2012: einzelne 2011: einzelne 2010: einzelne

Die MB wurde 1928 von Hasan AL-BANNA (1909–1949) in Ägypten gegründet und entwickelte sich dort zu einem Sammelbecken nationalistischer und antikolonialistischer Islamisten. AL-BANNA gilt neben Sayyid QUTB (1906–1966) und Abu I-A'la AL-MAUDUDI (1903–79) als wichtigster Wegbereiter des politischen Islam im 20. Jahrhundert. Er und seine An-

¹⁰⁹ Entscheidung Nr.10528 (V) BPjM vom 8. Juni 2012.

hänger strebten eine Erneuerung, Einigung und damit Stärkung der ägyptischen Gesellschaft und der muslimischen Gemeinde (Umma) insgesamt auf der Grundlage einer politischen Interpretation des Islam an, deren Kernstück die Scharia sein sollte. Nach einem erstmals 1948 von der ägyptischen Regierung verhängten Organisationsverbot und dessen 1950 für kurze Zeit erfolgter Aufhebung musste sich die Bewegung ab 1954 offiziell jeglicher politischer Betätigung enthalten. Aus den 2011 in Ägypten vollzogenen revolutionären Veränderungen und der damit verbundenen Parlamentsneuwahl ging die von der MB getragene „Freiheits- und Gerechtigkeitspartei“ inzwischen als stärkste politische Kraft hervor. Ihr Vorsitzender, Mohammed MURSI, wurde 2012 zum ägyptischen Präsidenten gewählt.

Die MB gilt als einflussreichste islamistische Bewegung weltweit. Unter verschiedenen Bezeichnungen und in unterschiedlicher Ausprägung ist sie in nahezu allen muslimischen Ländern vertreten. So basieren u. a. die tunesische „Al-Nahda“ und die palästinensische HAMAS auf der Ideologie der MB, die auf eine Wiederbelebung des Islam durch Schaffung eines islamischen Staats abzielt. Die Abgrenzung von Einflüssen des „Westens“ und die Rückbesinnung auf die Werte und Traditionen des Islam prägen die Programmatik der MB.

Die „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.“ (IGD) ist Mitglied des der MB nahe stehenden Dachverbands „Federation of Islamic Organizations of Europe“ (FIOE) mit Sitz in Brüssel. Neben ihrem Stammsitz in München unterhält die IGD nach eigenen Angaben „Islamische Zentren“ in mehreren deutschen Städten. Die IGD setzt auf eine Strategie der Einflussnahme im politischen und gesellschaftlichen Bereich, um ihren Anhängern Freiräume für eine an der Scharia orientierte Lebensweise zu ermöglichen.

Die HAMAS („Islamische Widerstandsbewegung“), 1988 als palästinensischer Zweig der MB gegründet, unterhält einen paramilitärischen Kampfverband und befürwortet Gewalt zur Durchsetzung ihres Ziels, auf dem gesamten Gebiet „Palästinas“¹¹⁰ einen islamischen Staat zu errichten. Mitglieder und Sympathisanten unterstützen diese von der Europäischen Union als Terrororganisation eingestufte Vereinigung durch die Sammlung und den Transfer von Spenden.

In Thüringen stehen einzelne Mitglieder muslimischer Vereine der MB bzw. ihren verschiedenen Ausprägungen nahe. Auch durch die Verteilung von islamistischem Schriftgut üben diese Organisationen Einfluss auf Muslime im Freistaat aus.

¹¹⁰ Die HAMAS versteht darunter die Region zwischen Mittelmeer und Jordan, somit auch das gesamte Gebiet des Staats Israel.

2.2.3 „Tablighi Jama’at“ (TJ – Gemeinschaft der Verkündigung und Mission)

Gründung	um 1926 in Indien
Leitung	Welt-Schura-Rat
Vorsitzender	Maulana Ibrahim SAAD
Zentren	Neu-Delhi (Indien) Raiwind (Pakistan) Dewsbury (Großbritannien)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	2012 ca. 700 2011 ca. 700 2010 ca. 700
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	2012: einzelne 2011: einzelne 2010: einzelne

Die TJ ist eine sunnitische, strengkonservative Glaubensgemeinschaft, die um 1926 in Indien – damals englische Kronkolonie – als islamistische Erweckungs- und Missionsbewegung durch Maulawi Muhammad ILYAS gegründet wurde. Mit mehr als zehn Millionen Anhängern weltweit hat sich die TJ inzwischen zu einer transnationalen Massenbewegung entwickelt. Ein Urenkel des TJ-Gründers steht der Gemeinschaft heute vor.

Vorrangiges Ziel der TJ ist es, Muslime durch Missionierung (arab. da’wa) wieder zu einem einzig an den islamischen Quellen (Koran und Sunna) orientierten Leben zurückzuführen. Dabei bezieht sich die TJ bewusst auf das idealisierte Leben der „frommen Altvorderen“ aus der Frühzeit des Islam und erhebt ein schariakonformes Leben zum alleinigen Maßstab für den privaten und öffentlichen Bereich. Wenngleich sich die TJ als unpolitisch begreift, ergeben sich durch ihr fundamentalistisches Islamverständnis zwangsläufig Konflikte mit dem Grundgesetz.

Die TJ selbst verfügt weder über offizielle Statuten noch veröffentlicht sie periodische Publikationen oder unterhält eine Homepage im Internet. Beziehungen untereinander beruhen auf persönlichen Kontakten. Neben dem Koran zählen Schriften des TJ-Gründers zur „Standardliteratur“ und sind Richtschnur der TJ-Anhänger.

Durch Missionsreisen und damit verbundene Tätigkeiten ist die TJ bemüht, ihre Lehre zu verbreiten. Obwohl ein Großteil ihrer Anhängerschaft insbesondere in Pakistan und Indien vornehmlich der Mittel- und Oberschicht entstammt, laden Anhänger der TJ in Deutschland vor allem junge Muslime aus sozial benachteiligten Milieus zu ihren Veranstaltungen ein.

Wenngleich die TJ selbst den islamistischen Terrorismus nicht aktiv unterstützt, scheint sie durchaus als Rekrutierungsbasis für gewaltbefürwortende islamistische Gruppen zu dienen. Letztgenannte machen sich zudem die weltweite TJ-Infrastruktur zu Nutzen.

In Thüringen praktizieren lediglich einige wenige Muslime ihren Glauben gemäß den rigiden Vorstellungen der TJ und gehen der „Pflicht zur Missionierung“ aktiv nach.

2.2.4 „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB)¹¹¹

Gründung	Anfang der 1990er Jahre im Kaukasus
Die Organisation ist gespalten in:	„Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI) Leitung: Ahmed ZAKAEV Mitglieder/Anhänger in Deutschland: ca. 300 (2011: ca. 300) „Kaukasisches Emirat“ (KE) Leitung: Dokku UMAROV Mitglieder/Anhänger in Deutschland: ca. 200 (2011: ca. 200)
Mitglieder/Anhänger (Bund)	2012 ca. 500 2011 ca. 500 2010 ca. 500
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	2012: ca. 25 2011: ca. 25 2010: einzelne

1991 gründete sich in Tschetschenien eine separatistische Bewegung namens „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI). Die Bewegung, im Weiteren NKSB genannt, strebt die Unabhängigkeit der Teilrepublik von der Russischen Föderation (RF) und die Errichtung eines islamischen Staates auf Grundlage der Scharia an.

UMAROV proklamierte 2007 das „Kaukasische Emirat“ (KE). Seither ist die Bewegung in das islamistisch-terroristisch geprägte KE und die „nationalistische“, vorgeblich „pro-demokratische“ CRI gespalten.

¹¹¹ Vormals „Tschetschenische Republik Itschkeria“ (CRI)/„Tschetschenische Separatistenbewegung“ (TSB). Bei der Bezeichnung NKSB handelt es sich um einen Arbeitsbegriff der Sicherheitsbehörden.

In einer am 3. Februar veröffentlichten Videobotschaft erklärte der als Emir auftretende UMAROV, dass die Mujahidin, die unter seinem Kommando kämpften, zukünftig russische Zivilisten bei Anschlägen verschonen würden. Er habe allen Kämpfern und den innerhalb des KE agierenden Untergruppierungen, die Anschläge gegen die RF planen, befohlen, sich zu vergewissern, dass keine unschuldigen Personen verletzt würden. Russische Militär- und Sicherheitskräfte sowie die pro-russische Führung in Tschetschenien sollten jedoch weiterhin legitime Angriffsziele bleiben.

Mit einer im Mai veröffentlichten Videobotschaft wandte sich UMAROV entgegen sonstiger Gepflogenheit an alle Tschetschenen, die „zerstreut außerhalb des Kaukasus leben“, und rief damit auch Landsleute in der Diaspora zur Vereinigung und zum Anschluss an die Mujahidin auf.

Im Juli schloss sich die Gruppierung „Mujahidin von Tatarstan“ dem KE an. Damit weitete sich das Emirat vom Nordkaukasus in den östlichen Teil des europäischen Russland aus. In einer Videobotschaft bekannte sich der dort operierende Emir und Militärführer „Muhammad“ zu einem Attentat auf zwei Vertreter der offiziellen Führung der Muslime in Tatarstan. Er wandte sich mit der Forderung an die regionalen Imame, zu den Grundlagen der Scharia zurückzukehren. Zugleich rief er zur Beteiligung am Jihad auf.

In der Nähe von Sotschi – Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2014 – kam es 2011 bereits zu einzelnen Anschlägen, bei denen die russischen Sicherheitsbehörden trotz fehlender Bekennerschreiben von der Urheberschaft militanter kaukasischer Gruppierungen ausgehen. In Zusammenhang mit diversen in Tartastan anstehenden internationalen Sportwettkämpfen¹¹² haben die „Mujahidin von Tatarstan“ bereits mit militanten Aktionen gedroht.

Anschläge und Anschlagversuche des KE bzw. kaukasischer Gruppierungen in der RF sollen dem Kaukasus-Konflikt weltweite Aufmerksamkeit sichern und den russischen Sicherheitsapparat zugleich als anfällig bloßstellen.

In Deutschland und Europa werden vorrangig Gelder zur Unterstützung der militanten Separatistenbewegung im Nordkaukasus gesammelt. Einzelpersonen sind hierbei mit kriminell organisierten Strukturen in Europa, insbesondere in Belgien, Österreich und Tschechien, vernetzt.

¹¹² Sommeruniversiade 2013, Schwimmweltmeisterschaft 2015, FIFA-Confederations-Cup 2017.

Von Anhängern der NKSB in Deutschland geht nach bisherigen Erkenntnissen keine konkrete Bedrohung für Personen oder Einrichtungen aus. Es liegen zudem keine Anhaltspunkte vor, dass sich die seit Jahren konstanten Anhängerzahlen in Deutschland in naher Zukunft deutlich verändern werden.

3. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

Gründung	1978 in der Türkei als „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) weitere Bezeichnungen: „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans“ (KADEK) „Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA GEL) „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (KKK) „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (KCK)
Betätigungsverbot	Verbotsverfügung vom 22.11.1993 Diese gilt auch für sämtliche o. g. Nachfolgeorganisationen. Aufgrund der strukturellen Gleichheit zur Ursprungsorganisation wird von den Sicherheitsbehörden weiterhin die Bezeichnung PKK verwandt.
Leitung	Abdullah ÖCALAN
Publikationen	u. a. „SERXWEBUN“ („Unabhängigkeit“), monatlich; „Yeni Özgür Politika“ („Neue Freie Politik“), täglich
Mitglieder/Anhänger (Bund)	2012 ca. 13.000 2011 ca. 13.000 2010 ca. 11.500
Teilgebiet Erfurt	2012 ca. 90 2011 ca. 90 2010 ca. 80

3.1 Überblick, allgemeine Lage

Der seit 1999 inhaftierte Parteigründer Abdullah ÖCALAN steht weiterhin an der Spitze der Organisation. Er wird von ihren Anhängern nach wie vor als Symbolfigur verehrt. Einzig das Anliegen der Partei erfuhr in den zurückliegenden Jahren eine Neujustierung. Man wolle nicht mehr im Rahmen eines bis dahin geführten Guerillakriegs einen autonomen Kurdenstaat erreichen, sondern sich vielmehr für die Anerkennung der sozialen und kulturellen Eigenständigkeit der Kurden innerhalb der staatlichen Ordnung der Türkei einsetzen. Dabei

bedient sich die PKK weiterhin einer Doppelstrategie. Um ein friedliches Erscheinungsbild gegenüber der westeuropäischen Öffentlichkeit bemüht, werben ihre Anhänger bei Kundgebungen oder anlassbezogenen Gedenk- und Kulturveranstaltungen vordergründig um politische Anerkennung ihrer Interessen. Zugleich unterhält sie in der Türkei und der nordirakischen Grenzregion bewaffnete „Volksverteidigungskräfte“ (HPG), um ihre Ziele auch mit militärischer Gewalt zu erreichen.¹¹³

PKK-Aktivisten besetzten am 13. April das Studio eines Fernsehsenders in Mannheim, am 15. April ein Ausflugsschiff auf dem Rhein bei Köln und am 16. April das Gelände des Auswärtigen Amtes in Bonn. Damit sollte auf die Haftsituation des PKK-Führers ÖCALAN, die militärischen Auseinandersetzungen zwischen PKK und Militär in der Türkei sowie den vom 1. März bis 21. April in Straßburg durchgeführten Hungerstreik von Gesinnungsgenossen aufmerksam gewacht werden. Letztgenannte Aktion hatte insbesondere zum Ziel, dass die vermeintliche Isolationshaft ÖCALANs auf die Tagesordnung des Europarates gesetzt und die PKK von der EU-Terrorliste gestrichen wird.

Am 18. November endete ein am 12. September begonnener Hungerstreik von in türkischen Gefängnissen inhaftierten Anhängern der PKK und der „Freiheitspartei der Frauen Kurdistans“ (PAJK) nach einem entsprechenden Appell ÖCALANs. An der Aktion beteiligten sich ca. 770 Personen. Es sollte eine Verbesserung der Haftsituation ÖCALANs und die Zulassung der kurdischen Sprache als offizielle Gerichts- und Schulsprache in der Türkei erzwungen werden. Auch in diesem Zusammenhang organisierten Anhänger der PKK deutschland- und europaweit zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen.

Beim dem von der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) am 8. September in Mannheim durchgeführten „20. Internationalen Kurdischen Kulturfestival“ unter dem Motto „Freiheit für Öcalan – Ein Status für Kurdistan“ kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, nachdem das Einbringen einer verbotenen Fahne auf das Festivalgelände von Ordnungskräften untersagt worden war. Mehrere Hundert Teilnehmer griffen Polizeikräfte tätlich an. Bereits im Vorfeld des „Kurdistanfestivals“ kam es bei dem von der PKK-Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ durchgeführten mehrtägigen „Marsch der Jugend“ zu Handgreiflichkeiten gegenüber Polizeibeamten und teils schweren Ausschreitungen zwischen Marschteilnehmern und nationalistischen Türken.

¹¹³ Nachdem der Europäische Rat im September 2001 die Bekämpfung des Terrorismus zu einem vorrangigen Ziel der EU erklärte, ist die PKK seit 2002 auf der in diesem Zusammenhang eingerichteten sog. EU-Terrorliste notiert. Dort können Personen, Vereinigungen und Körperschaften erfasst werden, wenn eine zuständige Behörde eines EU-Mitgliedstaats über Beweise oder schlüssige Indizien für deren Involvierung in terroristische Handlungen verfügt. Konsequenz der Listung ist insbesondere das Einfrieren von Geldern und Vermögenswerten terrorismusverdächtiger Personen und Organisationen.

Im Anschluss an das „20. Internationale Kurdische Kulturfestival“ startete eine von der „Initiative Freiheit für Öcalan“ organisierte europaweite Bustour. Sie führte durch insgesamt 67 Städte in acht europäischen Ländern, darunter 36 Städte in Deutschland, und endete mit einer Demonstration am 24. November in Düsseldorf. Die Initiatoren warben für eine politische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei unter Einbeziehung der PKK und versuchten, die Öffentlichkeit für die Lage des seit 1999 inhaftierten PKK-Führers zu sensibilisieren.

3.2 Organisatorische Situation/Strukturen

Bemüht, die seit 2000 proklamierte „neue politische Linie“ auch nach außen zu dokumentieren, trat die PKK unter wechselnden Organisationsbezeichnungen auf. Im Jahr 2002 unter KADEK agierend benannte sie sich bereits 2003 in KONGRA GEL um. Nach einem „Kongress zum Wiederaufbau“ im Jahr 2005 wurde auch die Bezeichnung „Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan“ (kurdisch „Koma Komalen Kurdistan“ – KKK), die wiederum 2007 in „Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans“ (kurdisch „Koma Civaken Kurdistan“ – KCK) überging, verwandt. Unverändert blieb hingegen die ÖCALAN zuerkannte Autorität als „kurdischer Volksführer“. Auf der Ebene des KCK wird er von dem formal als KCK-Exekutivratsvorsitzenden agierenden Murat KARAYILAN vertreten. Dem weiterhin bestehenden KONGRA GEL – dieser dient der internen Beschlussfassung und übt parlamentsähnliche Funktionen aus – sitzt Remzi KARTAL vor.

Mit wirklichen „Neugründungen“ hatten vorgenannte Veränderungen kaum etwas gemein. So blieben maßgebliche Stellen in allen Gremien mit linientreuen Funktionären besetzt.

Die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (kurdisch „Civata Demokratîk a Kurdistan“ – CDK)¹¹⁴ bestimmt die politischen Aktivitäten der PKK in Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Teil der hierarchischen Struktur der PKK, bestehend aus vier Regionen (Nord, Mitte, Süd I und Süd II) mit 28 „Gebieten“, die sich wiederum in „Teilgebiete“ untergliedern. Seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stellt das „Teilgebiet Erfurt“ die einzige in Thüringen etablierte Struktur der PKK dar. Es ist dem „Gebiet Kassel“, welches der „Region Nord“ zugehört, organisatorisch angeschlossen und umfasst neben dem Großraum Erfurt auch Weimar und Teile Nord-, West- sowie Südwestthüringens. Ein von der Partei bestimmter Teilgebietsleiter ist u. a. für die Mobilisierung zu Veranstaltungen, die Verteilung und den Verkauf von Propagandamaterial sowie die Spendensammlungen verantwortlich. Die PKK-Anhängerschaft im „Teilgebiet Erfurt“ umfasst ca. 90 Personen (2011: 90).

¹¹⁴ Der vormals als „Nationale Befreiungsfront Kurdistans“ (ERNK) bezeichnete politische Arm der PKK war 1993 ebenfalls mit einem Betätigungsverbot belegt worden.

Die umzusetzenden Vorgaben und Anordnungen der CDK-Leitung werden durch Gebiets- und Teilgebietsleiter zur Basis transportiert. Diese ist vornehmlich in kurdischen Kulturvereinen organisiert. In Deutschland existieren etwa 45 solcher Vereine, die dem Dachverband „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.“ (YEK-KOM) angeschlossen sind.

Am 23. September gründete sich in Erfurt der „Mezopotamien e. V.“. Anliegen des Vereins sei, das kulturelle Leben hier ansässiger Kurden zu bereichern. Zwei Vertreter der YEK-KOM traten bei der Gründungsveranstaltung als Redner auf.¹¹⁵

3.3 Finanzierung

Die PKK nutzt verschiedene Finanzierungsquellen, u. a. Mitgliedsbeiträge, Veranstaltungseinnahmen und den Publikationsverkauf. Den weitaus größten Einnahmenanteil erzielt sie während der jährlich unter den Anhängern in Europa durchgeführten Spendenkampagne. Allein in Deutschland wurden anlässlich der Spendenkampagne 2011/2012 mehrere Millionen Euro gesammelt. Sonderspendenkampagnen sollen zusätzliche Spendenbereitschaft generieren.

Die eingenommenen Gelder dienen vorrangig der Finanzierung der Guerillaeinheiten und dem Unterhalt der umfangreichen PKK-Strukturen einschließlich des der PKK zuzurechnenden Fernsehsenders „Roj TV“. Darüber hinaus werden diverse PKK-Großveranstaltungen damit finanziert.

3.4 Propaganda und Themenschwerpunkte

Die PKK-Gliederungen in Deutschland sind bestrebt, mit diversen Veranstaltungen und Aktionen das öffentliche Meinungsbild in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Berichtszeitraum bildeten Kampfhandlungen zwischen den HPG und dem türkischen Militär sowie diverse Hungerstreiks von PKK-Anhängern thematische Schwerpunkte.

¹¹⁵ Der vormals aktive, der YEK-KOM zugehörige „Kurdisch-Deutsche Freundschaftsverein Erfurt e. V.“ war zum 16. September 2010 wegen Wegfalls sämtlicher Mitglieder aus dem Vereinsregister gelöscht worden.

Sympathiebekundungen für hungerstreikende PKK-Aktivisten

Am 3. und 29. April fanden in Erfurt Infostände „Türkei – Demokratie hinter Gittern“ statt. Es lag u. a. die von PKK-Führer Abdullah ÖCALAN verfasste Schrift „Krieg und Frieden in Kurdistan“ aus. Hintergrund der Aktionen bildeten ein Hungerstreik von kurdischen Volkszugehörigen in türkischen Gefängnissen und eine korrespondierende Aktion vor dem Europarat in Straßburg. Mit den Veranstaltungen bemühten sich in Thüringen ansässige Kurden um mehr Öffentlichkeit zu Themen wie die „Isolationshaft“ ÖCALANs und die Diskriminierung der kurdischen Minderheit in der Türkei. Die Forderungen dabei lauteten, die Haftsituation ÖCALANs auf die Tagesordnung des Europarats zu setzen und die PKK von der EU-Terrorliste zu streichen.

In vergleichbarem Kontext fanden am 3. und 17. November in Erfurt Demonstrationen mit ca. 80 bzw. 100 Teilnehmern statt. Dabei wurde auch deutschen Behörden eine Mittäterschaft bei der Unterdrückung von Kurden in der Türkei unterstellt. Für den Zeitraum vom 8. bis 10. November waren zudem Mahnwachen zur Haftsituation kurdischer Gefangener in der Türkei angemeldet und per Flugblatt von dem Verein „Mesopotamien e. V.“ beworben worden.

Gedenkveranstaltung für gefallene PKK-Guerillakämpfer

Am 24. Dezember richtete der Verein „Mesopotamien e. V.“ eine Gedenkveranstaltung für im Jahr 2012 gefallene PKK-Guerillakämpfer, darunter drei Personen mit familiären Bezügen nach Thüringen, aus. Einem Bericht der YÖP¹¹⁶ zufolge besuchten 100 Personen die Zusammenkunft.

¹¹⁶ Ausgabe vom 27. Dezember 2012.

V. Scientology-Organisation (SO)

Gründung	1954 in den USA 1970 erste Niederlassung in Deutschland
Hauptsitz	Los Angeles
Leitung	David MISCAVIGE, Vorstandsvorsitzender der „Religious Technology Center“ (RTC)
Publikationen	u. a. „Dianetik-Post“, „Impact“, „Freewinds“, „Freiheit“
Mitglieder/Anhänger (Bund)	2012 ca. 3.500 bis 4.500 2011 ca. 4.000 bis 5.000 2010 ca. 4.500 bis 5.000
Mitglieder/Anhänger (Thüringen)	2012 ca. 15 2011 ca. 20 2010 ca. 20

1. Verfassungsfeindliche Bestrebungen der SO

Seit dem Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) vom 5./6. Juni 1997 wird die SO durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Mehrheit der Länder beobachtet. Die IMK stellte fest, dass bei der SO tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bestehen. So besäßen in einer scientologisch geprägten Gesellschaft die durch das Grundgesetz garantierten Rechte keineswegs einen für die Allgemeinheit verbindlichen Charakter. Die Ideologie der SO entwickelt sich nicht aus der permanenten, rationalen, diskussions- und lernbereiten Auseinandersetzung mit der Geistes- und Ideengeschichte, sondern beruft sich auf die angeblich „ewige“ Wahrheit ihrer Lehrsätze. Selbst konstruktive Kritik an diesen Lehrsätzen gilt bereits als abweichlerisches und sanktionswürdiges Verhalten. Wesentliche Grund- und Menschenrechte, wie jene auf freie Entfaltung der Persönlichkeit oder Gleichbehandlung, würden durch eine scientologische Gesellschaftsordnung eingeschränkt bzw. außer Kraft gesetzt. Allgemeine und gleiche Wahlen lehnt die SO ab. Obgleich sich die SO gern als Kirche präsentiert, ist sie in Deutschland nicht als solche anerkannt.

2. Organisationsstruktur

Die SO geht auf den US-amerikanischen Science-Fiction-Autor Lafayette Ronald HUBBARD (1911–1986) zurück. Er gründete 1954 die erste „Church of Scientology“ in Los Angeles, wo sie bis heute ihren Hauptsitz hat. 1982 übernahm David MISCAVIGE die Leitung der Organisation. Wenngleich die SO selbst 15 Mio. Mitglieder angibt, scheinen Zahlen zwischen 100.000 bis 120.000 realistisch. In Deutschland werden ihr mit abnehmender Tendenz 4.000 bis 5.000 Anhänger zugerechnet.

Im Bundesgebiet bestehen acht „Missionen“, acht „Orgs“ und zwei „Celebrity Centers“ (CCs) der SO. Bei den „Missionen“ handelt es sich um Basisorganisationen, die einführende Dienste anbieten. Die „Orgs“ stellen darüber hinaus ein breiteres Angebot an Kursen, insbesondere zum „Auditing“ – der maßgeblichen Psychotechnik, mit der Menschen in das System „Scientology“ hineingezogen werden – zur Verfügung. In den CCs werden mit eben jenen Diensten ausschließlich Prominente (Sportler, Künstler und Geschäftsleute) betreut, um diese später als Imagenträger für die Organisation einzusetzen. Besondere Bedeutung kommt den als „ideale Orgs“ bezeichneten Einrichtungen in den der SO strategisch wichtig erscheinenden Städten zu. In Deutschland haben ihre Niederlassungen in Berlin und Hamburg diesen Status erreicht.

3. SO in Thüringen

Niederlassungen der SO existieren im Freistaat weiterhin nicht.

Aktivitäten der SO beschränken sich auf das Versenden von Broschüren und Informationsmaterialien an öffentliche Einrichtungen und Privatpersonen. Derartige Maßnahmen gehen jeweils von SO-Niederlassungen außerhalb Thüringens aus. Zu Beginn des Jahres 2012 erhielt auch die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen im Rahmen einer deutschlandweiten Kampagne mehrere Schreiben der SO mit der Aufforderung, die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu beenden. Zudem stellte die SO Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz an das Thüringer Justizministerium.

In einem Schreiben des der SO zuzuordnenden Vereins „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e. V.“ (KVPM) sollte das Thüringer Landeskriminalamt auf angebliche Missbräuche durch Psychopharmaka hingewiesen werden. Die KVPM fordert dabei die Einrichtung eines Registers, in dem Gewalttaten von Tätern unter Einfluss von Psychopharmaka erfasst werden.

VI. Ereigniskalender extremistischer Bestrebungen in Thüringen¹¹⁷

Termin:	Ereignis:
7.–13. Februar	Diverse Aktionen im Rahmen der rechtsextremistischen „Aktionswoche 13. Februar“ in Jena, Kahla und Erfurt
10. Februar	Rechtsextremistischer „Trauermarsch“ unter dem Motto „Ehrenhaftes Gedenken“ in Weimar
18. Februar	Ersatzveranstaltung Thüringer Rechtsextremisten in Gera für den abgesagten „Trauermarsch“ der JLO in Dresden
3. März	Rechtsextremistische Kundgebung „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ in Kranichfeld und Bad Berka
3. März	Rechtsextremistische Spontandemonstrationen in Saalfeld und Saalfeld-Gorndorf unter dem Motto „Gegen Polizeirepression“
10. März	Von linksextremistischen Autonomen unterstützte Demonstration gegen Rechtsextremismus in Saalfeld
16.–18. März	7. Theorieseminar der DKP Thüringen in Gera
3. April	Teilnahme von Rechtsextremisten an der offiziellen Gedenkveranstaltung zur Bombardierung Nordhausens
14. April	Rechtsextremistische Musikveranstaltung in Crawinkel
1. Mai	Rechtsextremistische Standkundgebung unter dem Motto „Wir wollen Arbeit, Recht und Freiheit“ in Weimar
1. Mai	Linksextremistische Autonome unterstützen Protestaktionen anlässlich rechtsextremistischer Kundgebung in Weimar
5. Mai	„NPD-Eichsfeldtag“ in Leinefelde; linksextremistische Autonome unterstützen Proteste gegen die Veranstaltung
12. Mai	Landesparteitag der NPD Thüringen in Haselbach/Landkreis Sonneberg
18.–20. Mai	Jahreskongress der GfP in Kirchheim
25.–28. Mai	Pfingstcamp der DKP Thüringen in Königsee
26. Mai	Rechtsextremistische Musikveranstaltung in Crawinkel
9. Juni	11. „Thüringentag der nationalen Jugend“ in Meiningen mit Aufzug der NPD Thüringen; linksextremistische Autonome unterstützen Proteste vor Ort

¹¹⁷ Es handelt sich um eine Zusammenstellung repräsentativer Szeneveranstaltungen.

Termin:	Ereignis:
9. Juni	„Anti-Euro-Aktionstag“ der NPD in verschiedenen Thüringer Städten
16. Juni	Präsidiumssitzung der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
17. Juni	Demonstration des NPD-Kreisverbands Gera unter dem Motto „Arbeiteraufstand und aktuelle politische Themen“ in Gera
23. Juni	Rechtsextremistische Kundgebung der FKE und der AG WL unter dem Motto „Kinderschänder (Häusliche Gewalt) – Erfurt gegen Sexualstraftäter“ in Erfurt
23. Juni	Fußballturnier der rechtsextremistischen Szene in Kahla
7. Juli	10. NPD-Veranstaltung „Rock für Deutschland“ in Gera
21. Juli	Rechtsextremistische Musikveranstaltung in Crawinkel
28. Juli – 11. August	10. Sommercamp des MLPD-Jugendverbands „REBELL“ und ihrer Kinderorganisation „ROTFÜCHSE“ in der „Ferien- und Freizeitanlage Truckenthal“ in Schalkau
6. August	Kundgebungen der NPD in Erfurt und Gera unter dem Motto „Wir wollen nicht Zahlmeister Europas sein – Raus aus dem Euro!“ im Rahmen der NPD-Deutschlandtour
16.–18. August	Rechtsextremistische Propagandaaktionen in Zusammenhang mit dem Todestag von Rudolf HEß u. a. in Jena, Kahla, Arnstadt, Neuhaus a. Rennweg, Brotterode und Fambach
25. August	Rechtsextremistischer Aufzug „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ in Arnstadt
25. August	Festveranstaltung der „KPD Regionalorganisation Bad Langensalza und Umland“ anlässlich des 100. Geburtstags von Erich HONECKER im Unstrut-Hainich-Kreis
1. September	Ersatzveranstaltung in Erfurt für die in Dortmund verbotene rechtsextremistische „Antikriegstag“-Kundgebung
14.–16. September	Bundesdelegiertenversammlung der RH in Straußberg
29. September	Rechtsextremistischer Aufzug „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ in Erfurt
5. Oktober	Regionalkonferenz der NPD Thüringen in Jena
13. Oktober	Demonstration linksextremistischer Autonome unter dem Motto „Der Frust muss raus! Konsequent Handeln gegen Nazis, Rassismus und staatliche Repression!“ in Erfurt
27. Oktober	Bundeskongress der JN in Kirchheim
27. Oktober	Rechtsextremistische Musikveranstaltung in Crawinkel
4. November	Linksextremisten unterstützten Demonstration „Highlights von denen

Termin:	Ereignis:
	keiner wissen wollte“ in Jena
10. November	Vortragsveranstaltung des FN Jena mit Zeitzeugen der sog. Erlebnisgeneration in Jena
10. November	Rechtsextremistische Demonstration „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Wir wollen leben – Zukunft statt EU-Wahn“ in Hildburghausen
18. November	Rechtsextremistisches „Heldengedenken“ u. a. in Bad Salzungen, Friedrichroda, Crawinkel, Gera, Eisenach, Ummerstadt, Erfurt und auf der Schmücke bei Oberhof
18. November	Linksextremistische Autonome unterstützen Demonstration gegen rechtsextremistisches Heldengedenken in Friedrichroda
24. November	„Bürgertreffen“ der „Exilregierung Deutsches Reich“ in Mosbach
8. Dezember	Rechtsextremistische Musikveranstaltung in Crawinkel
15. Dezember	Landesmitgliederversammlung der DKP Thüringen in Gera
21. Dezember	Rechtsextremistische Demonstration „Freier Kräfte“ unter dem Motto „Keine Freiräume für Sexualstraftäter“ in Erfurt

VII. Organisierte Kriminalität (OK)

1. Aufgaben des Verfassungsschutzes

Dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) wurde durch das Thüringer Gesetz zur Änderung des Polizei- und Sicherheitsrechts vom 20. Juni 2002 die Beobachtung von Bestrebungen und Tätigkeiten der OK im Geltungsbereich des Grundgesetzes als zusätzliche Aufgabe übertragen. Neben Thüringen verfügen die Verfassungsschutzbehörden Bayerns, des Saarlands sowie Hessens über diese Beobachtungskompetenz.

Unter OK versteht man „die von Gewinn- oder Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten“¹¹⁸, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung sind, wenn mehr als zwei Beteiligte, auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig

- a) unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- b) unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohung oder
- c) unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft

zusammenwirken.“¹¹⁹

Die Beobachtung der OK durch das TLfV zielt vornehmlich auf die Erkenntnisgewinnung zu personellen Strukturen, zu Deliktfeldern, zu Logistik und zu wirtschaftlicher Verflechtung ab – dies alles im Sinne einer Frühwarnfunktion bereits im Vorfeld konkreter Straftaten. Hieraus wird ersichtlich, dass der Verfassungsschutz die polizeiliche Arbeit ergänzt. Die Verfolgung entsprechender Straftaten obliegt nach wie vor allein den Polizeibehörden bzw. der Staatsanwaltschaft. Politik, staatliche Einrichtungen, andere öffentliche Stellen und auch die breite Öffentlichkeit sollen aber frühzeitig über entsprechende Gefahren informiert werden, um sie in die Lage zu versetzen, selbsttätig gegen kriminelle Aktivitäten oder gegen deren aktive Einflussnahme auf Justiz, Medien, Politik, Verwaltung und Wirtschaft vorzugehen.

Auch im Jahr 2012 stellten regionale Rockergruppierungen mit Bezügen in das OK-Milieu den Beobachtungsschwerpunkt des TLfV dar.

¹¹⁸ Typische Deliktfelder der OK sind z. B. Rauschgifthandel und -schmuggel, Waffenhandel und -schmuggel, sog. Rotlichtkriminalität (vor allem Zuhälterei, Prostitution, Menschenhandel, illegales Glücksspiel) und Schutzgelderpressung, aber auch die illegale Einschleusung von Ausländern sowie die Herstellung und Verbreitung von Falschgeld.

¹¹⁹ „Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren“ (RiStBV), Anhang E Nr. 2.1, Stand: 2008.

2. Bundesweit agierende kriminelle Rockergruppierungen

Die bundesdeutsche Rockerszene wird durch die international organisierten Rockergruppierungen „Hells Angels MC“, „Bandidos MC“, „Gremium MC“ und „Outlaws MC“ geprägt. Diese vier großen Clubs verfügen im Bundesgebiet über zahlreiche Ableger („Chapter“ oder „Charter“) sowie über eine beträchtliche Anzahl an Unterstützerclubs, sog. Supporter. Bei den vorgenannten Clubs handelt es sich um sog. Outlaw Motorcycle Gangs (OMGs), die überwiegend der OK zuzurechnen sind. OMGs grenzen sich – auch äußerlich erkennbar – bewusst von anderen Motorradclubs sowie den Normen und Wertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft ab. Zudem sind sie durch einen strikt hierarchischen Aufbau, enge persönlichen Bindungen der Gruppenmitglieder untereinander sowie selbst auferlegte strenge Regeln und Satzungen gekennzeichnet.

Die seitens der entsprechenden Clubs gestellten Führungs- und Gebietsansprüche, deren Durchsetzung und Sicherung zum Teil mit brutaler Gewalt erfolgt, sind ein wesentliches Merkmal der OMG-Szene. Aufgrund dessen kommt es immer wieder zu Machtkämpfen um Hoheitsgebiete, zu Racheakten und Vergeltungsschlägen, in deren Zusammenhang von ihren Mitgliedern schwere Straftaten begangen werden. Körperverletzungen, Erpressungen und Bedrohungen dominieren diese Auseinandersetzungen. Auch Verstöße gegen das Betäubungsmittel- und das Waffengesetz werden hierbei festgestellt. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden kriminellen Rockergruppierungen hielten auch 2012 bundesweit unvermindert an.

Daneben sind die OMGs bestrebt, Einfluss auf verschiedene Kriminalitäts- und Wirtschaftsbereiche zu erlangen und pflegen enge Kontakte zu anderen Gruppierungen, die zum Teil ebenfalls der OK zuzurechnen sind.

Die im Jahr 2012 gegen einzelne Charter/Chapter der vorgenannten OMGs in mehreren Bundesländern verhängten Vereinsverbote¹²⁰ gründeten u. a. auf zahlreichen kriminellen Aktivitäten ihrer Mitglieder. Die sich hierin äußernde verfestigte Ablehnung der geltenden Rechtsordnung ist typisch für kriminelle Rockergruppierungen. Diese Haltung findet ihren Widerhall auch in dem parallelstaatlichen Rechts- und Sanktionierungssystem, dem sich ihre Mitglieder unterwerfen.

Die mit den Verbotsverfügungen verbundenen Maßnahmen haben die betroffenen Chapter/Charter enorm geschwächt. So konnten durch die zuständigen Behörden beispielsweise

¹²⁰ „Hells Angels MC Berlin City“, „Hells Angels MC Cologne“, „Hells Angels MC Kiel“, „Bandidos MC Aachen“.

Betätigungsverbote ausgesprochen, Vereinsvermögen eingezogen und Clubhäuser geschlossen werden. Um diese Konsequenzen eines drohenden Vereinsverbotes zu unterlaufen, wählten daraufhin einige Chapter/Charter dieser OMGs den Weg der Selbstauflösung.

3. Lage in Thüringen

Alle vier großen OMGs, der „Bandidos MC“, der „Gremium MC“, der „Hells Angels MC“ und der „Outlaws MC“ blieben auch im Jahr 2012 in Thüringen vertreten.

Der seit 2009 in der Landeshauptstadt Erfurt mit einem Charter präsente „Hells Angels MC“ entfaltete über das gesamte Jahr hinweg club- und szenetypische Aktivitäten. Als Supportclub des hiesigen „Hells Angels“-Charters fungiert nach wie vor das Erfurter Charter des „Red Devils MC“. Dieses ist auf vielfältige Weise in die Aktivitäten der Erfurter „Hells Angels“ eingebunden.

Auch der „Gremium MC“ hielt durch das Chapter Mühlhausen, das seit 2011 den Status eines vollwertigen Chapters innerhalb des Clubverbands innehat, seine Präsenz in (Nord-)Thüringen aufrecht.

Dem in Weimar befindlichen Chapter des „Bandidos MC“ wurde am 31. März der Status eines „Fullchapters“ verliehen. Es wurde damit in den Rang eines vollwertigen Mitglieds des „Bandidos MC“ erhoben und besitzt nunmehr entsprechende Rechte und Verpflichtungen innerhalb des Gesamtclubs.

Das in Weida/Ostthüringen ansässige Chapter des „Outlaw MC“ agierte über das gesamte Jahr 2012 hinweg unauffällig und nach außen hin kaum wahrnehmbar.

Auch im Jahr 2012 wurden gegen einzelne Mitglieder der in Thüringen ansässigen OMGs und ihrer Supporter Gerichtsverfahren geführt. Ein vor dem Erfurter Landgericht anhängiges Verfahren gegen vier Angehörige der „Garde 81“ wegen eines 2010 begangenen schweren Körperverletzungsdelikts endete mit Verurteilungen der Beschuldigten. Bei der „Garde 81“ handelte es sich um eine vormals dem hiesigen „Hells Angels“-Charter zuzurechnende Supportergruppierung, die sich 2011 aufgelöst hatte.

Darüber hinaus versuchten auch rockerähnliche „Streetgangs“, die durch ein extrem hohes Gewalt- und Kriminalitätspotenzial gekennzeichnet sind, im vergangenen Jahr in Thüringen

Fuß zu fassen. Wenngleich das Ansinnen bislang erfolglos blieb, liegen erneute Versuche der Einflussenerlangung durch entsprechende Gruppierungen im Bereich des Möglichen.

4. Rocker und Rechtsextremismus

In Einzelfällen werden im Bundesgebiet immer wieder personelle Überschneidungen zwischen dem rechtsextremistischen Spektrum und der kriminellen Rockerszene festgestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Personen, die der rechtsextremistischen Szene weitestgehend entwachsen sind. Werte wie unverbrüchliche „Bruderschaft“, Disziplin, der Gebrauch bestimmter Codes¹²¹ und das hierarchische System der kriminellen Rockergruppierungen üben auf Rechtsextremisten offensichtlich eine besondere Faszination aus. Einige der Interessenten, besonders, wenn sie sich für die OMGs als nutzbringend erweisen, versuchen später eine Mitgliedschaft in einer OMG zu erlangen. Bundesweit konnte in den vergangenen Jahren zudem festgestellt werden, dass Angehörige von kriminellen Rockergruppierungen ihre eigenen Räumlichkeiten Rechtsextremisten zur Durchführung rechtsextremistischer Veranstaltungen zur Verfügung stellen. Auch in Thüringen gab es 2012 einen entsprechenden Versuch, der jedoch polizeilich verhindert werden konnte. Darüber hinaus wurden Fälle bekannt, in denen sich Personen mit rechtsextremistischem Vorlauf in den Chaptern/Chartern der hier ansässigen OMGs betätigten.

¹²¹ Interne, aus Ziffern oder Buchstabenkombinationen bestehende Erkennungsmuster, z. B. bei Rechtsextremisten „88“ als Abkürzung für „Heil Hitler“ (H = achter Buchstabe des Alphabets).

VIII. Spionageabwehr

1. Überblick

Auch im Jahr 2012 blieb Deutschland durch seine geopolitische Lage, seine starke Rolle innerhalb der Europäischen Union (EU) sowie der NATO und seine Bedeutung als Hochtechnologiestandort als Ausforschungsziel für fremde Nachrichtendienste von großem Interesse. Begünstigt wird dies durch eine offen und pluralistisch verfasste Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur, die dem freien Austausch von Meinungen, Informationen und Gütern einen zentralen Stellenwert beimisst.

Namentlich die Nachrichtendienste der Volksrepublik China und Russlands sowie einiger Länder aus der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), aber auch entsprechende Stellen weiterer Länder Nordafrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens entfalten weiterhin Aktivitäten in der Bundesrepublik. Die Tätigkeit der Dienste aus den letztgenannten Regionen wird aktuell zudem beeinflusst durch die sich immer noch im Vollzug befindliche politische Umwälzung in vielen arabischen Ländern.

Die Beschaffungsziele fremder Nachrichtendienste liegen nach wie vor in den „klassischen“ Spionagebereichen Politik, Wirtschaft, Hochtechnologie sowie Militärtechnik. Diese Zielvorgaben werden jedoch mittlerweile ergänzt durch die Aufklärung von klima-, energie- und umweltpolitischen Strategien und Entscheidungsprozessen der Bundesrepublik auf nationaler und internationaler Ebene. Daneben liegt auch die Ausforschung und Unterwanderung von in Deutschland tätigen ausländischen Oppositionsgruppen immer noch im Auftragspektrum einiger in Deutschland tätiger Dienste. Darüber hinaus sind die Regierungen einiger Staaten bemüht, in den Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen sowie der dazu erforderlichen Trägersysteme zu gelangen. Zur Beschaffung einzelner Komponenten zu deren Herstellung sowie des erforderlichen Know-hows bedienen sich diese Länder u. a. ihrer Nachrichtendienste.

Vor diesem Hintergrund kommt dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz (TLfV) die Aufgabe zu, im Rahmen der deutschen Spionageabwehr die geheimdienstlichen bzw. proliferationsrelevanten Aktivitäten der entsprechenden Nachrichtendienste mit Bezügen zum Freistaat Thüringen zu erkennen und zu verhindern.

2. Methoden der Nachrichtendienste

Die Zielrichtung fremder Nachrichtendienste in Deutschland bemisst sich aus ihrer jeweiligen gesetzlichen Aufgabenzuweisung sowie aus ihrer politischen Steuerung. Um ihre Aufklärungsaufgaben zu erfüllen, bedienen sie sich sowohl herkömmlicher als auch progressiver Methoden bei der Informationsbeschaffung. Gerade die Dienste Russlands oder Chinas entwickeln ihr Instrumentarium fortlaufend weiter und passen es den sich ändernden gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen der jeweiligen Zielländer an.

In diesem Zusammenhang kommt der „Innenaufklärung“ nachrichtendienstlicher Ziele durch menschliche Quellen eine unvermindert hohe Bedeutung zu. Die Methoden zum Erkennen, Werben und Führen potenzieller Quellen sind vielfältig und mitunter subtil.

Zur Anwerbung und Führung menschlicher Quellen werden zunächst persönliche Kontakte aufgebaut oder bereits bestehende Verbindungen weiter entwickelt. Ziel können Personen aus politisch/ministeriellen Tätigkeitsfeldern, Vertreter von Unternehmen oder Wissenschaftler sein. Verfügt der Gesprächspartner über nachrichtendienstlich interessante Zugangsmöglichkeiten, versucht man – auch über einen längeren Zeitraum – die persönliche Verbindung zu kultivieren. Hierdurch soll langfristig ein freundschaftliches Verhältnis vorgespiegelt werden, um so auch an vertrauliche Informationen zu gelangen. Durch geschickte Gesprächsführung muss dem Gesprächspartner dieses Aufklärungsziel nicht einmal bewusst werden.

Daneben gehört weiterhin die Aufklärung durch „offene Informationsgewinnung“ bzw. die Auswertung offener Quellen, z. B. durch die Teilnahme an wissenschaftlichen Fachtagungen oder durch die Nutzung wissenschaftlicher Onlinebibliotheken mit Forschungsveröffentlichungen, zum gängigen Methodenrepertoire fremder Nachrichtendienste.

Teilweise erfolgt die Steuerung solcher Aktivitäten durch die Zentralen des jeweiligen Dienstes in den betreffenden Staaten, teilweise erfüllen auch sog. Legalresidenturen in Botschaften, Konsulaten und sonstigen staatlichen bzw. halbstaatlichen Einrichtungen eine wichtige Funktion bei der nachrichtendienstlichen Aufklärung. Diese Residenturen dienen den dort eingesetzten Mitarbeitern fremder Nachrichtendienste als „Operationsbasis“, von der aus sie ihre Aufträge in der ganzen Bundesrepublik wahrnehmen.

In Ergänzung dieser Methoden werden Reisende aus bestimmten Ländern, die aus privaten oder geschäftlichen Gründen ein nachrichtendienstlich interessantes Zielland aufsuchen, bei

der Rückreise von den Diensten ihres jeweiligen Heimatlandes kontaktiert. Im Zuge dieses Kontakts versucht man gezielt, sich ihre Informationen zu erschließen und sie für eine weitere Zusammenarbeit zu gewinnen.

Daneben müssen zwischenzeitlich auch deutsche Staatsangehörige, die beispielsweise nach China reisen wollen, zur Visaerlangung umfangreiche Angaben zu ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld machen. Die auf diesem Wege erlangten Informationen bieten den chinesischen Diensten zahlreiche Ansatzpunkte für gezielte Anwerbungsversuche.

Neben den herkömmlichen Methoden der Informationsbeschaffung haben sich auch elektronische Angriffe zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung für fremde Nachrichtendienste entwickelt. Sie ergänzen als zusätzliche Informationsquelle die bislang eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel. Sie sind kostengünstig, erfolgsträchtig und mit geringen politischen oder strafrechtlichen Risiken behaftet, da die wenigsten Angriffe zweifelsfrei zurückverfolgt werden können.

3. Wirtschaftsspionage

Die deutsche Volkswirtschaft ist seit jeher technologie- und exportorientiert. Die Wirtschaftskraft basiert nicht in erster Linie auf Rohstoffen und Bodenschätzen. Vielmehr profitieren deutsche Unternehmen von ihren Mitarbeitern, deren Wissen und dem damit verbundenem Wissensvorsprung und Innovationspotenzial. Die Innovationen deutscher und auch Thüringer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen sind eine tragende Säule für den wirtschaftlichen Erfolg. Im Rahmen von internationalen Forschungsk Kooperationen sind sie jedoch zugleich ein begehrtes Ziel von wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Konkurrenz. Neuentwicklungen stehen aber nicht nur im Fokus der Konkurrenten, sondern auch im Visier fremder Nachrichtendienste, die ihren Aufklärungs- und Beschaffungsaktivitäten gerade im Bereich von Wirtschaftspolitik und Hochtechnologie einen breiten Raum einräumen. Um im harten internationalen Wettbewerb bestehen zu können, sehen es einige Auslandsnachrichtendienste als ihre Verpflichtung an, die Wirtschaft ihres eigenen Landes unmittelbar durch entsprechende Informationsbeschaffungen zu unterstützen. Die hieraus resultierende Wirtschafts- und Industriespionage verursacht jährlich einen immensen Schaden. Dieses Phänomen bedroht den technologischen Vorsprung sowie die Innovationskraft insbesondere mittelständischer Unternehmen und hat den Verlust von Arbeitsplätzen zur Folge. Somit werden die Risiken, denen deutsche Unternehmen in einer globalen Welt ausgesetzt sind, um einen weiteren Faktor ergänzt.

Eine effektive, weltweit erfolgreiche Volkswirtschaft ist ohne weit reichende IT- und Internetnutzung heute nicht mehr denkbar. Wegen der Risiken solcher Systeme wie der Gefahr elektronischer Angriffe stellt diese Abhängigkeit jedoch die Kehrseite globaler Möglichkeiten dar. Folglich standen im Bereich der Wirtschaftsspionage auch 2012 neben den traditionellen Methoden fremder Nachrichtendienste vor allem internetgestützte Angriffsformen im Vordergrund des Handelns. Seit Jahren sind zahlreiche elektronische Angriffe mit mutmaßlich nachrichtendienstlichem Hintergrund auf deutsche Bundesbehörden und Wirtschaftsunternehmen festzustellen.

Dass elektronische Attacken durch Nachrichtendienste anderer Staaten zukünftig in unverminderter Intensität weitergeführt werden, ist anzunehmen. Neben der hiermit verbundenen Spionage wird es weiterhin Versuche geben, auch Sabotage gegen sog. kritische Infrastrukturen¹²² zu betreiben.

Symptomatisch dafür sind z. B. die komplexen, von langer Hand vorbereiteten Angriffe gegen die Computersysteme der EU-Kommission im Jahre 2012, der sog. „Ecluse“-Vorfall. Einmal mehr offenbarten sich in diesem möglicherweise nachrichtendienstlich gesteuerten Vorfall der Umfang und die Konsequenzen der sogenannten Cyberangriffe.

Im Rahmen der offenen und globalisierten Märkte gilt es, die heimische Wirtschaft vor schädigenden Eingriffen fremder Staaten durch wirtschaftlich orientierte Spionageaktivitäten zu schützen. Die Verfassungsschutzbehörden sind in diesem Zusammenhang zunehmend als Beratungs- und Dienstleistungsinstitution gefragt. Auch das TLFV ist im Zuge der präventiven Spionageabwehr bei Thüringer Unternehmen, Forschungsinstituten und Hochschulen für den Wirtschaftsschutz tätig.

Für Informationen oder Gespräche zu Wirtschaftsschutz und Verdacht auf Spionageaktivitäten fremder Nachrichtendienste steht das TLFV unter den veröffentlichten Kontaktdaten zur Verfügung.

¹²² Zum Beispiel Verbundnetze oder Anlagen der Energie- und Wasserversorgung.

4. Proliferation

Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen („ABC-Waffen“) bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme (z. B. Raketen und Drohnen) einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows.

Trotz bestehender nationaler und internationaler Handelsbeschränkungen und Abkommen sowie einer ausgeprägten internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Proliferationsabwehr, blieben Versuche zur Erlangung von Massenvernichtungswaffen oder von Bestandteilen zu ihrer Herstellung auch 2012 ein globales sicherheitspolitisches Problem.

So geben Staaten wie Nordkorea, Iran, Pakistan und Syrien durch ihr Verhalten auf der internationalen politischen Bühne nach wie vor Anlass zu der Befürchtung, solche Waffen in einem bewaffneten Konflikt einzusetzen oder deren Einsatz zur Durchsetzung politischer Ziele anzudrohen. Dies birgt unberechenbare Gefahren für die jeweilige regionale Sicherheitslage.

Die betreffenden Staaten sind bestrebt, durch Teilhabe am freien Austausch von wissenschaftlichen Informationen und/oder Handel, bei den führenden Industrienationen Technologie und Know-how zu Massenvernichtungswaffen zu beschaffen. Sie versuchen, nationale Exportkontrollmechanismen und internationale Abkommen zur Unterbindung derartiger Aktivitäten zu unterlaufen, indem die jeweiligen Nachrichtendienste direkt oder indirekt in entsprechende Beschaffungsvorhaben eingebunden werden. Diese Dienste unterstützen ihre Staaten beispielsweise durch die Gründung von Scheinfirmen, die Einbindung unverfänglich erscheinender Zwischenhändler, Umweglieferungen über Drittländer oder auch falsche Angaben zu Endverwendern bzw. dem Endverwendungszweck. Dadurch, dass die nachgesuchten Güter nicht selten als sog. „Dual-use“-Güter für zivile wie militärische Zwecke einsetzbar sind, wird die Prüfung einer etwaigen Proliferationsrelevanz zusätzlich erschwert.

Als eine der führenden Industrienationen mit Sitz einer Vielzahl von Unternehmen der Hochtechnologie bleibt die Bundesrepublik Deutschland für derartige „Risikostaaten“ ein besonders lohnenswertes Zielgebiet für Beschaffungsvorhaben zur Erlangung von Massenvernichtungswaffen. Auch der Freistaat Thüringen mit seinen Standorten von technologieorientierten Unternehmen, Instituten, Universitäten und Hochschulen ist hiervon nicht ausgenommen.

Deutschland hat sich in mehreren internationalen Abkommen dazu verpflichtet, an der Verhinderung von Proliferation aktiv mitzuwirken. Dieser Verpflichtung kommt die Bundesrepublik auf unterschiedlichen Ebenen nach. So bestehen in Deutschland für bestimmte Produkte Restriktionen des Außenhandels durch entsprechende Regelungen im Außenwirtschaftsgesetz, in der Außenwirtschaftsverordnung sowie im Kriegswaffenkontrollgesetz. Daneben gehört die Sensibilisierung von Institutionen und Unternehmen, die durch ihre Forschungs-, Technologie- oder Produktangebote in das Blickfeld der o. g. Länder geraten könnten, zu den Aufgabenfeldern der Verfassungsschutzbehörden. So kann der frühzeitige Informationsaustausch dazu beitragen, illegale Beschaffungsbemühungen zu erkennen und zu unterbinden. Auch das TLfV kommt diesem Auftrag nach. Es führt bei Bedarf Sensibilisierungsgespräche mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Freistaat, die mit der Entwicklung bzw. Herstellung von Gütern befasst sind, die unter Umständen proliferationsrelevant sind. Soweit Hinweise auf entsprechende Anfragen bzw. Beschaffungsbemühungen eingehen, sucht das TLfV den Kontakt zu den betroffenen Stellen, um diese zu informieren und auf mögliche Gefahren hinzuweisen.

5. Fazit

Die wirtschaftliche Globalisierung und die weltweite Vernetzung der Kommunikation bergen neben enormen Vorteilen gleichfalls große Risiken. Für fremde Nachrichtendienste eröffnen u. a. moderne IT- und Kommunikationssysteme vielfältige Möglichkeiten, in den Besitz sensibler Daten und Informationen zu gelangen. Die daraus erwachsende reale Gefährdung für die politische und wirtschaftliche Wohlfahrt der Bundesrepublik wird – nicht zuletzt durch die veränderten globalpolitischen Verhältnisse und die leichtfertige Ausblendung realpolitischer Zielsetzungen vormals als kritisch angesehener Staaten – oftmals unterschätzt.

Auch Thüringer Unternehmen und Forschungseinrichtungen haben sich erfolgreich in verschiedenen Technologiebereichen etabliert und dürften daher Begehrlichkeiten der Nachrichtendienste unterschiedlichster Länder wecken. Hier gilt es, im Zusammenwirken mit anderen Verfassungsschutzbehörden sowie sonstigen Partnern durch geeignete Präventionsmaßnahmen den gegen unsere Interessen gerichteten Spionageaktivitäten entgegenzuwirken und unsere heimischen Unternehmen und Institutionen nach Kräften zu unterstützen.

IX. Geheimschutz

1. Allgemeines

Der Geheimschutz ist für den demokratischen Rechtsstaat unverzichtbar. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass Informationen und Vorgänge, deren Bekanntwerden den Bestand, lebenswichtige Interessen oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslands gefährden kann, vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Im Rahmen ihrer Organisationsgewalt haben Behörden Vorkehrungen zur Gewährleistung des Geheimschutzes zu treffen.

Zu den Aufgaben des TLfV zählt gemäß § 2 Abs. 5 Satz 1 des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes (ThürVSG) die Mitwirkung im Bereich des personellen und materiellen Geheimschutzes.

2. Personeller Geheimschutz

Unter dem Begriff „Geheimschutz“ werden sämtliche Vorkehrungen im weiteren Sinne verstanden, die dem Schutz von Geheimnissen dienen. Nicht jede Person, nicht jeder Amtsträger erfüllt die für den Umgang mit Geheimnissen erforderlichen Voraussetzungen. Folglich gilt es, Personen, die aufgrund bestimmter Verhaltensweisen für Verrat, Erpressung oder Spionage anfällig scheinen, von vornherein den Zugriff auf Geheimnisse zu verwehren. Diesem Ziel dient die Sicherheitsüberprüfung. Dabei wird festgestellt, ob der Überprüfte seiner Vergangenheit, seinem Charakter, seinen Gewohnheiten und seinem Umgang nach Anlass bietet, an seiner persönlichen Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln, ob er somit ein Sicherheitsrisiko darstellt. Dabei kommt es nicht auf ein Verschulden im Sinne persönlicher Vorwerfbarkeit an.

Rechtsgrundlage für das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist das Thüringer Sicherheitsüberprüfungsgesetz (ThürSÜG) vom 17. März 2003 in der Fassung vom 21. Dezember 2011.

Sicherheitsüberprüfungen werden für Personen, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit gemäß § 1 Abs. 2 ThürSÜG ausüben sollen, durchgeführt. Betroffen sind in erster Linie Personen, die Zugang zu Verschlusssachen haben oder sich diesen verschaffen können.

Als Verschlussache werden alle im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse – unabhängig von ihrer Darstellungsform – bezeichnet. Schriftstücke, Zeichnungen, Karten, Fotokopien, Lichtbildmaterial, elektronische Datenträger, elektrische Signale, Geräte und technische Einrichtungen können ebenso wie das gesprochene Wort oder Zwischenmaterial (z. B. Entwürfe), das im Zusammenhang mit Verschlussachen anfällt, eine solche Klassifizierung erfordern.

Für eine Sicherheitsüberprüfung ist der Geheimschutzbeauftragte der jeweiligen Dienststelle bzw. der zuständigen obersten Landesbehörde verantwortlich. Das TLfV wirkt an der Sicherheitsüberprüfung gemäß § 2 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 ThürVSG i. V. m. § 3 Abs. 3 ThürSÜG mit. Die Sicherheitsüberprüfung wird je nach Geheimhaltungsgrad abgestuft. Gemäß §§ 8 ff. ThürSÜG wird sie als einfache (Ü 1), erweiterte (Ü 2) oder als erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen (Ü 3) durchgeführt. Sie bedarf der vorherigen Zustimmung sowohl des Betroffenen als auch der gegebenenfalls einzubeziehenden Person (Ehegatte oder Lebenspartner).

Das TLfV wurde im Jahr 2012 in 258 Fällen als mitwirkende Behörde an Sicherheitsüberprüfungen beteiligt und hat jeweils sein Votum gegenüber dem Geheimschutzbeauftragten der einleitenden Dienststelle abgegeben. Im Einzelnen wurden folgende Überprüfungen durchgeführt:

	Sicherheitsüberprüfung Ü 1	Sicherheitsüberprüfung Ü 2	Sicherheitsüberprüfung Ü 3
2012	104	116	38
2011	137	105	18
2010	164	107	38

3. Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz betrifft die Entwicklung, Planung und Durchführung technischer Maßnahmen, die dem Schutz geheimhaltungsbedürftigen Materials vor Entwendung oder Kenntnisnahme durch Unbefugte dienen. Zu technischen Sicherheitsmaßnahmen sind auch organisatorische Vorkehrungen zu rechnen, die den Geheimschutz verbessern.

Als Rechtsgrundlage dient die Neufassung der „Verschlussachenanweisung für den Freistaat Thüringen“ (VSA)¹²³ vom 1. Juli 2011. Die VSA richtet sich an Landesbehörden, landesunmittelbare öffentlich-rechtliche Einrichtungen und die sonstigen der Aufsicht des Freistaats Thüringen unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die mit Verschlussachen befasst sind und somit Vorkehrungen zu deren Schutz zu treffen haben. Darüber hinaus betrifft sie Personen, die Zugang zu Verschlussachen erhalten oder eine Tätigkeit ausüben, die einen solchen eröffnet und die Einhaltung bestimmter Schutzvorkehrungen erfordert. Für Kommunen gilt die VSA nur im Bereich der Aufgabenerfüllung im übertragenen Wirkungskreis. Den Kommunen wird empfohlen, die VSA auch im eigenen Wirkungskreis anzuwenden.

Entsprechend der Schutzbedürftigkeit der Verschlussache nehmen die herausgebenden Stellen die erforderliche Einstufung in einen der in § 4 Abs. 2 ThürSÜG bestimmten Geheimhaltungsgrade¹²⁴ vor. Aus der jeweiligen Einstufung ergeben sich die notwendigen personellen und materiellen Sicherheitsvorkehrungen. Hinsichtlich des materiellen Geheimschutzes enthält die VSA eine Reihe von Vorschriften, welche die Herstellung, Kennzeichnung und Vervielfältigung von Verschlussachen, den Zugang zu Verschlussachen, die Dienstpflichten zum Schutze von Verschlussachen, die Aufbewahrung, Verwaltung und Mitnahme außerhalb des Dienstgebäudes sowie Maßnahmen bei Verletzung von Geheimschutzvorschriften betreffen.

Das TLfV berät öffentliche Stellen über den Umgang mit Verschlussachen und sichere Organisationsabläufe, u. a. auch über technische Sicherheitsmaßnahmen wie Alarmsysteme oder Stahlschränke (sog. Verwahrtelasse).

Auskünfte zur Geheimschutzbetreuung von Wirtschaftsunternehmen erteilt das:

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (TMWAT)

Der Geheimschutzbeauftragte für die Wirtschaft

Postfach 90 02 25 Max-Reger-Straße 4–8

99105 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 3797-140

¹²³ Thüringer Staatsanzeiger, Nr. 29/2011 S. 927 ff.;
im Internet: abrufbar unter: www.thueringen.de/de/verfassungsschutz/geheimschutz.

¹²⁴ „VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“, „VS-VERTRAULICH“, „GEHEIM“ oder „STRENG GEHEIM“.

4. Sonstige Überprüfungen

Neben seiner Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen wird das TLfV an Zuverlässigkeitsüberprüfungen beteiligt. Infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 ist insbesondere auch die Sicherheit im internationalen Luftverkehr und in diesem Zusammenhang u. a. die Zuverlässigkeitsüberprüfung nach dem Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. An das TLfV wurden im Jahr 2012 im Rahmen der Luftverkehrs-Zuverlässigkeitsüberprüfungen 1.006 Anfragen gestellt.

Im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Sprengstoffgesetz (SprengG) gingen 2012 beim TLfV 211 Anfragen ein.